

STAATSRECHT
DES
TEUTSCHEN BUNDES
UND DER
BUNDESSTAATEN.

Politisch und rechtlich
erörtert

von

August Brunnquell,
Großherzogl. S. Weimarischem Regierungsrathe.

Ein Beitrag zu den Schriften
von

Klüber und Dresch.

II. Abtheilung,
das Staatsrecht der Bundesstaaten enthaltend.

Erfurt, 1824.
Keyzersche Buchhandlung.

Inhalt.

II. Abtheilung. Staatsrecht der teutschen Bundesstaaten.

I. Kapitel. Ueber das rechtliche Verhältniß der teutschen Bundesstaaten und der Staats-Regierungen daselbst.

	Seite
Ueber die dreifache Stellung der Bundesstaaten in staatsrechtlicher und politischer Hinsicht. §. 1.	3 - 6
Fortsetzung. §. 2.	6 - 7
Staatsverfassung der vier freien Städte und deren Rechte als Bundesgenossen. §. 3.	7 - 10
Ueber die Staatsform und Thronfolge in den teutschen Bundesstaaten; ferner über die nachgeborenen Kinder, über die väterliche Gewalt und den Gerichtsstand; über die Residenz, den Hofstaat, das Ceremoniel, die Orden, Titel, Wappen, Majestäts-Symbole, Insignien, und über die Civilliste. Ferner über den Regierungsantritt, Regierungseid, über die Huldigung, Krönung und die Verbindlichkeit des Regierungsnachfolgers aus den Handlungen der Regierungsvorfahren, so wie über die Dauer des Verhältnisses zwischen dem Regenten und dem Volk. §. 4.	10 - 27

II. Kapitel. Die Staatsbürger und Unterthanen.

Begriffsbestimmung über die in einem Staate lebenden Genossen, über deren Verhältnisse zu dem Staats-

	Seite
Oberhaupt; über die verschiedenen Classen der Staatsgenossen. §. 1.	28 - 30
Grundsätze über die Anerkennung der Landeshoheit. §. 2.	31 - 32
Ueber die Landstände, Standes - und Grundherren. §. 3.	32

III. Kapitel. Ueber die Oberherrschaft und das Staatseigenthumsrecht.

Allgemeine Bemerkungen. §. 1.	33 - 34
Rechte des Staates. §. 2.	34 - 35
Ueber die Natur des Staatseigenthumsrechtes, über Patrimonialstaaten und über das Veräußerungsrecht. §. 3.	35 - 38
Folgen der vertragsmässigen Regierung. Grundsätze über die Staatsveräußerungen oder Vertauschungen. §. 4.	39 - 50
Fortsetzung. §. 5.	50 - 54
Rechtsgrundsätze über das Staatseigenthum nach dem heutigen teutschen Bundesrecht. §. 6.	54
A. Staatszweck und Folgen desselben für das Eigenthum.	54 - 57
B. Staats - Erwerbungen.	57 - 58
C. Staats - Veräußerungen.	58 - 69
Ueber die einzelnen Bestandtheile des Staatseigenthums. §. 7.	70 - 72
A. Domänen oder Kammergüter.	73 - 74
B. Adespota, Res nullius, Bona vacantia.	74 - 76
C. Ueber die Staatsschulden.	76 - 77
D. Privat - oder Schatull - und Familiengut des Regenten.	77 - 79
E. Ueber das Privatgut und mittelbare Staatsvermögen.	79 - 80

IV. Kapitel. Staatsverwaltungsform.

Allgemeine Bemerkungen. §. 1.	81
Ueber die Verantwortlichkeit der Minister und sonstigen Staatsbeamten etc. §. 2.	82 - 85

V. Kapitel. Ueber das Verhältniß zwischen den Staatshoheits- und Eigenthumsrechten.

	Seite
Festsetzung der Begriffsbestimmungen über die Natur und Folgen der Hoheitsrechte, und über die Natur und Folgen der Eigenthumsrechte	86 - 88

VI. Kapitel. Aufsehende, gesetzgebende und vollziehende Gewalt im Staate.

Begründung des Rechts der Obergerichtsbarkeit für den Staat.	
1) Recht des Staates, von allem Kenntniß zu nehmen, 2) Recht der Bestätigung, 3) Verbiethungsrecht, 4) Recht der Anordnung. §. 1.	89 - 90
Grenzen der Ausübung des obergerichtlichen Rechts. §. 2.	90
Begründung der gesetzgebenden Gewalt im Staate, Folgen der Staatsgesetze, Grenzen und Maximen für den Gesetzgeber. §. 3.	90 - 91
Begründung der vollziehenden Gewalt im Staate und Eintheilungsarten. §. 4.	91 - 92

VII. Kapitel. Die Justizhoheit.

Begründung der <i>Justizhoheit</i> . <i>Inbegriff</i> derselben. Ueber die <i>Gerichtsbarkeit</i> und deren Verschiedenheit a) nach dem Besitzer, b) nach den Gegenständen ihrer Erstreckung. <i>Inbegriff</i> der Gerichtsbarkeit im Allgemeinen. Besondere Eintheilung der <i>peinlichen Gerichtsbarkeit</i>	95 - 95
--	---------

VIII. Kapitel. Die Polizeigewalt.

Begriffsbestimmung der Polizeigewalt, Eintheilung derselben 1) nach den Besitzern derselben, 2) nach den Geschäftszweigen, 3) nach den Graden, 4) nach dem Umfang hinsichtlich des Flächeninhalts, 5) nach deren reinen oder vermischten Natur	96 - 97
--	---------

IX. Kapitel. Die Finanzhoheit.

	Seite
Begriffsbestimmungen der Finanzhoheit und des Staatseinkommens. Grundsätze bei der Aufbringung des Staatsbedarfs.	98 - 101
Bestimmung der Staats - Finanzverwaltung. Eintheilung des Staatseinkommens. Inbegriff der Finanzwissenschaft. Grundsätze über den Staatsschatz, über die Staatsauslagen, über das Einkommen - Besteuerungssystem, über die verschiedenen Steuersysteme (Bemerkungen und Schriften hierüber in der Anmerk. 10. das.); nothwendige Bedingungen bei der Einführung der Einkommensteuern; Maximen für die Finanzverwaltung	101 - 112
Ausfall in dem Budget, nothwendige Deckung desselben; Art und Weise, wie solches geschehen muß. Nothwendige Beschaffenheit des Steuer - und Ersparungssystems. Staatsschulden - Tilgungsweise.	112 - 113
A. <i>Das Steuer-Regal</i> . Eintheilung der Steuern.	113 - 115
B. <i>Das Strafsen - und Geleits - Regal</i> . Inbegriff derselben.	115 - 119
C. <i>Das Commerz - Regal</i> . Grundsätze über den in- und ausländischen Handel.	119 - 122
D. <i>Das Münz - Regal</i> . Bestimmung und Erfordernisse der Münzen, deren Eintheilung in reelle und symbolische; Erfordernisse der letztern wie der Erstern, Bildung des Courses hiernach. Inbegriff des Münz - Regals.	122 - 127
E. <i>Das Post - Regal</i> . Begriffsbestimmung von „Post.“ Eintheilung der Posten. Rechtsverhältnisse des fürstl. Hauses Thurn und Taxis hinsichtlich der Postanstalten. Inbegriff des Post-Regals. Pflichten der Postanstalten.	127 - 133
F. <i>Das Bergwerk - Regal</i> . Begriff des Bergbau-Regals; Gründe, worauf man es stützt; Inbegriff der Berghoheit.	133 - 135
G. <i>Das Jagd - und Forst - Regal</i> . Inbegriff der Forsthoheit. Beschaffenheit des Forst - und Jagd-	

rechts, als Privatrecht betrachtet. Begrenzung der Jagdgerechtigkeit. Ueber die gesetzlichen Gründe der Jagd- und Wildfolge. Staatspflicht bei Ausübung der Jagdgerechtigkeit . . .	135 - 139
H. Das Wasser - Regal. Begriffsbestimmung hierüber. Inbegriff desselben. . .	139 - 140
I. Das Industrie - Concessions - Regal. Rechtliche Begründung dieses Regals . . .	140
K. Das Landesschutz - Regal. Ausübung und Inbegriff des Landesschutz - Regals. Ertrag desselben. Ueber die Aufgreifung und Auslieferung der Landstreicher. . .	140 - 141
L. Das Landesdienst - Regal. Begründung dieses Regals. Eintheilung der Staatsdienste, a) nach dem Object, worauf sie haften, b) nach dem Umfang. 141 - 144	141 - 144
M. Die Fiscal - Gewalt. Deren Begründungsart und Inbegriff. Rechte, wonach solche zu beurtheilen, und Gerichte, vor welchen sie zu verhandeln sind. Beschränkung des bei den Römern üblich gewesenen fiscalischen Rechts in den deutschen Staaten. Ueber die Namhaftmachung des Rechtstitels und über die Verjährungsfrist. Namhaftmachung der fiscalischen Berechtigungen. Verwerflichkeit einer ausdehnenden Erklärung hierbei. Verwendung und Verwaltung der fiscalischen Gefälle, und Verleihung derselben an andere Personen oder Behörden. . .	144 - 146
N. Domänen - Recht. Erwerbart der Domänen, deren Verwendung und Verwaltung. Anwendung der Privatgesetze auf selbige Rechtstitels - Angabe und Verjährungsfrist. . .	146 - 147
O. Das Privilegien - Regal. Begründung desselben. Erstreckungsweise der Privilegien. Eintheilung derselben nach Personen und Sachen, fernere Eintheilung in affirmative und negative in ausschließende und cumulative, Privilegien als Quelle des Staatseinkommens betrachtet. Ueber die Rechtswirksam-	

keit der Privilegien und deren Umfang hinsichtlich des Staatsgebietes, so wie über deren Unveränderlichkeit, Auslegung. Beweis und Anwendung. 147-149

X. Kapitel. Aemter-, Titel-, Ehrenzeichen-, Rang- und Standeserhöhungsrecht.

Begründung dieser Berechtigungen. Art und Weise des weissen Gebrauchs hiervon. Nothwendige Stellung der Staatsdiener, deren Behandlung, Fürsorge für deren Wittwen und Kinder. Benehmen gegen alte, kränkliche oder dienstlos gewordene Diener, Entsetzungs- oder Suspensionsart derselben. 150-153

XI. Kapitel. Erziehungs- und Unterrichts-Regal.

Begründung der Pflicht des Staates zur Errichtung von Culturanstalten. Umfang dieser Staatsanstalten, Er-
streckung derselben auf alle Alter und Stände.
Resultate hiervon. 154-157

XII. Kapitel. Die Kirchenhoheit.

Die Kirche, Begriffsbestimmung derselben. Begriffs-
bestimmung der Kirchenhoheit und des Kirchen-
staatsrechts. Bestimmung der Rechte zwischen
Staat und Kirche. Bestrebungen des päpstlichen
Hofes, der Oratoren etc. bei dem Wiener Congress
zu einer neuen und erkräftigten Hierarchie. Wider-
spruch von Seiten Baierns. Päpstliche Protestation.
Päpstliches Concordat mit Baiern und dessen Gehalt.
Päpstliche Vereinbarung mit Preussen und Inhalt der
desfalls ertheilten Bulle. Ueber die Verhandlungen
anderer teutschen Staaten und über den Inhalt der
hierauf erfolgten päpstlichen Bulle. Ueber das noth-
wendige Verhältniss der Kirche zu dem Staat. Be-
grenzung der Kirchenhoheit. Die Social- oder Col-
legial-Kirchengewalt. Gesetzliche Begrenzung des
Kirchenregiments. 158-165

Ueber das Princip der römisch-katholischen Kirche hinsichtlich des Verhältnisses der Kirche zu dem Staat. Prüfung dieses Princip. Nothwendigkeit der Unterordnung des geistlichen Regiments unter das weltliche. Geschichtliche Bemerkungen hierüber. Ueber das dreifache System (das Collegial-, das hierarchische und Territorialsystem. Anmerk. 33.). Einfluß der Reformation auf das hierarchische System. Demokratisch-repräsentative Verfassung in den ersten christlichen Jahrhunderten.	165 - 169
Grundsätze der evangelischen Glaubens-Verwandten über die Vereinigung der Kirche.	169
Ueber die Pflicht des Staates zur Beschützung der Gewissensfreiheit und zur gesetzlichen Ahndung der Unduldsamkeit und des Fanatismus. Ueber die Unveränderlichkeit der Glaubensdogmen. Staatsoberaufsichtliches Recht über die Kirche. Abgeleitete Folgen aus diesem Recht.	170 - 173
Ueber das Patronatrecht. Bestimmung der Bundesacte über die Religionsgleichheit.	173 - 176
Ausnahmen hinsichtlich der Religionsgleichheit.	176 - 177
Rechte der Kirche als Staatsgesellschaft betrachtet, und Begrenzung des Rechts der Staatsgewalt hierbei.	178
Rechtliche Grundsätze über das Vermögen aufgehobener geistlicher Corporationen.	178 - 179

XIII. Kapitel. Die Lehnhoheit und Lehnverbündung.

Ueber die rechtlichen Folgen der Auflösung des teutschen Reiches in Absicht der Lehnverbindungen. Ueber die während der Rheinbundes-Periode sowohl in Betreff der inländischen als der auswärtigen Lehen aufgestellten Grundsätze und verübten factischen Einschreitungen.	180 - 184
--	-----------

XIV. Kapitel. Das Wehr- und Waffenrecht.

	Seite
Ueber die Bestimmung des Wehr- und Waffenrechts, und deren Inbegriff, Ueber die desfallsigen Bestimmungen des teutschen Bundes.	185
Ueber die Eintheilung der Wehrmannschaft, die Natur des Kriegsdienstes, und die Berechtigungen der Bundesstaaten hinsichtlich der Aufbringung und Erhaltung des Kriegsheeres. Untersuchung der Frage: „Wer das Contingent eines oder mehrerer Bundesstaaten bei gleicher Voraussetzung zu unterhalten und zu bewaffnen habe, wenn solche von feindlichen Mächten besetzt sind, und wer den desfallsigen Ersatz zu leisten habe?“	185 - 189
Ueber die Wichtigkeit der Bundesverpflichtungen in Betreff der kleinern Staaten, über die Regulirung der Militairangelegenheiten.	189 - 190

XV. Kapitel. Das äußerste Recht und die Einschränkungen der Staatsgewalt.

Grundsätze über die regelmässigen Grenzen der Staatsgewalt und über die ausnahmsweise Erweiterung derselben. Gesetzliche Voraussetzungen bei der Anwendung der letztern, und Bestimmungen über die Grenzen hierbei.	191 - 192
---	-----------

XVI. Kapitel. Ueber die äußeren Staatshoheits-, Gesandtschafts-, Friedens- und Bündnisrechte.

Rechtserfordernisse bei den genannten Rechten, und Beschränkung derselben durch die teutschen Bundesgesetze durch sonstige Staatsverträge etc.	193 - 194
--	-----------

XVII. Kapitel. Staats-Servituten.

Begriffsbestimmung. Eintheilung der Staats-Servituten. Gesetzliche Voraussetzungen bei den Staats-Servituten und Dauer derselben.	195 - 196.
---	------------

II. Abtheilung.

S t a a t s r e c h t

der

teutschen Bundesstaaten.

I. K a p i t e l.

Ueber das rechtliche Verhältniß der deutschen Bundesstaaten und der Staatsregierungen daselbst.

§. 1.

Alle teutsche Bundesstaaten befinden sich, *als solche betrachtet*, in einer dreifachen Stellung, 1) durch ihr Verhältniß zu dem teutschen Bund ⁽¹⁾, 2) zu allen auswärtigen Mächten ⁽²⁾, 3) zu ihren Unterthanen ⁽³⁾. Durch das erstere dieser Verhältnisse erscheinen die Bundesstaaten in einer untergeordneten Stellung und ohne Selbstständigkeit; denn sie sind zur *Beachtung der Bundesgesetze verpflichtet*, und der Wirkung nach ist es gleichviel, ob sich diese *Verpflichtung* aus einem Vertrage herschreibt, oder aus einer *Zwangs-Verbindlichkeit*: indem ja allen Vertragsgesetzen dieselbe Gültigkeit beiwohnet, wie den, vermöge der Staatsgewalt, ertheilten Gesetzen; zumal da es *nicht* in der Macht der einzel-

(1) Vergl. oben d. Abtheil. I. Kap. III. bis VII.

(2) Vergl. ebendas. Kap. VIII.

(3) Vergl. ebendas. Kap. IX.

nen Bundesstaaten stand, sich von dem teutschen Bunde auszuschliessen, und weil zufolge des Artikels V. der Wiener Schlussacte von 1820 dieser Bund für unauflösbar und der Austritt aus selbigem für unstatthaft erklärt worden ist. Das zweite der erwähnten Verhältnisse beruhet auf ganz gleichen Gründen, indem kein Bundes-Mitglied ein anderes, oder eine fremde Macht (insofern nämlich ein solches nicht zugleich als eine unabhängige europäische Macht berücksichtigt wird) bekriegen darf. Die gesetzlichen Vorschriften ⁽⁴⁾, vermöge deren alle Streitigkeiten der Bundesmitglieder unter sich freundlich oder durch eine Entscheidung der Bundesversammlung geschlichtet werden müssen, vermöge deren ferner alle einseitigen Friedensschlüsse bei Bundeskriegen untersagt worden sind, und deren zufolge endlich keine Bündnisse von Seiten eines einzelnen Bundesstaates mit einer dritten auswärtigen Macht insofern statthaft erscheinen, als solche gegen die Sicherheit des ganzen Bundes oder einzelne Bundesstaaten gerichtet sind, mögen als hinreichende Beweise für unsere Behauptung gelten. Was das dritte der angegebenen Verhältnisse anbelangt, so stehen zwar die Bundesstaaten im Allgemeinen als unabhängig da, inzwischen müssen sie doch die hergebrachten Staaten-Verfassungen und die durch das Vorhandenseyn der Landstände her-

(4) Vergl. Art. 11. d. B. A. (Klübers Schlussacte d. Wiener Congresses vom 9. Juni 1815 etc. 2. Aufl. S. 146 flgde.) ferner d. W. S. A. von 1820. Art. 18, 19, 20, 21, 31, 37, 46 und 48; Klübers öffentl. Recht, §. 153 bis 163.; Dresch, öffentl. Recht, §. 70 bis 78, §. 104 bis 107 und §. 108 bis 118; dessen Erste Fortsetz. §. 1, 2, 3, 4, 11 bis 20, §. 26 und 29.

beigeführten Beschränkungen respectiren; auch liegt ihnen die Befolgung der durch die gesetzlichen Bundesbestimmungen ⁽⁵⁾ zum Besten der Unterthanen ausgesprochenen Regierungsnormen ob.

Bei diesen gesetzlichen Beschränkungen der deutschen Bundesstaaten, mag man nun solche *a)* in ihrer Bundeseigenschaft, *b)* gegen dritte auswärtige Mächte, oder *c)* gegen ihre Unterthanen betrachten, hält es schwer, ihnen das Prädicat „*unabhängig*“ (mit Beistimmung der Gesetze) beyzulegen, wenn man nicht durch eine Menge von Ausnahmen die Regel entkräften will. Das Verhältniß der fünf Bundesfürsten, die zugleich *europäische Mächte* sind, weiset ihnen allerdings in dieser *letztern* Beziehung einen anderen unabhängigeren Standpunkt an, als *Bundesglieder* aber stehen sie, in Rücksicht der zum *deutschen Bunde* gehörigen Gebiete unter gleichen Gesetzen bei gleichen Berechtigungen. Jedem Regenten oder den Staatsregierungen in den freien deutschen Städten kommt die Staatshoheit zu, welche als *Realrecht auf dem Lande* haftet, daher denn dessen Verlust auch den Verlust ⁽⁶⁾ der Staats-

⁽⁵⁾ Hieher gehören z. B. die Bestimmungen der Artikel 12 bis 19, d. Bundesacte (vergl. Klübers angeführte Schlußacte etc. S. 149. bis 164.); ferner d. W. S. A. v. 1820. d. I. Abth. Art. 53. bis 63. u. Art. 65. das. Vergl. auch oben d. Kap. I. §. 1. u. 6., Kap. V. §. 3., ferner d. Kap. IX. daselbst, und Dresch, öffentl. Recht §. 63 bis 69, 104 bis 107, 119 bis 127, 128 bis 147; ferner dessen Erste Fortsetz. z. öffentl. Recht etc. §. 2, 10, 21, 22 bis 24, 30 bis 32, und Klübers öffentl. Recht etc. §. 164 bis 175. (Vergl. auch oben die I. Abth. d. Kapitel VII. Nro. 9. u. das Kap. IX. §. 4. Nota 25 und 26.)

⁽⁶⁾ Vergl. meine staatsrechtl. Erörter. S. 36, und Klübers

hoheit nach sich zieht. Unter der *Staatshoheit* ist 1) die *politische Unabhängigkeit* (*Souverainität* ⁽⁷⁾) im *engeren Sinne*), unter welcher man das Recht politischer Persönlichkeit, im Verhältniß zu jedem andern Subject, zu verstehen pflegt, 2) die *Staatsgewalt im engeren Sinne* (welche auf den Zweck des Staats gerichtet ist) zu verstehen.

§. 2. Fortsetzung.

So wie schon nach der Natur der Sache kein Regent in der Regel als *Eigenthümer des Staatsgebiets und der innerhalb desselben befindlichen beweglichen Güter*, so wie aller sonstigen *Gerechtsamen*, am allerwenigsten aber, hinsichtlich der *Staatsunterthanen*, betrachtet werden kann, eben so wenig kann insbesondere ein deutscher Regent auf diese Rechte Anspruch machen, *vermöge der Entstehung, Ausbildung und eigenen Beschaffenheit der deutschen Staaten*, wie dieses bereits von uns in der Lehre von dem Staatseigenthume dargelegt worden ist (⁸ a). Der Regent kann vielmehr bloß als Repräsentant des Staates, als dessen Vertreter und Verwalter aner-

öffentl. Recht §. 176. Wenn hier Klüber unter Nro. III. sagt „Jedem deutschen Bundesstaat gebührt die *Staatshoheit* oder *unabhängige Staatsgewalt*,“ so ist das letztere Attribut lediglich unter der Clausel zu verstehen: „*insoweit als diese Staatsgewalt durch gesetzliche Bundesbestimmungen oder durch die grundgesetzliche Verfassung eines oder des andern Bundesstaates nicht beschränkt worden ist.*“

(⁷) Ueber die Begriffe von Souverainität vergl. oben Abth. I. d. Kap. VII. Nro. 9. u. Klübers öffentl. Recht §. 176. Nota b.

(⁸a) Vergl. d. Kapitel III. dieser Abtheilung.

kannt werden (^{8b}), der vermöge der auf der ihn übertragenen Staatshoheit folgende Vorrechte besitzt:

1) Das Recht der *Majestät*, 2) das Recht der *Staatsvertretung nach Außen*, 3) die *Staatsregierung im Innern*. Die beiden letztern Rechte können durch Landesgrundgesetze (Constitutionen) ihre Beschränkungen finden, in welchem Falle ein solcher Regent ein *verfassungsmässiger* heisst. Da, wo der Staat sich in dem Besitze einer förmlichen *Volksvertretung* befindet, nennt man ihn einen *ständisch-verfassungsmässigen*. 4) Ist die Person des Regenten unverletzbar (⁹).

§. 3.

Staatsverfassung der vier freien Städte.

Die vier freien Städte Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg, welche sich, vermöge der gesetzlichen Bundesbestimmungen, gleich allen übrigen Bundesmitgliedern, allen Bundesverpflichtungen unterworfen haben, genießen nunmehr auch alle, diesen Verpflichtungen correspondirenden, Rechte (¹),

(^{8b}) Vergl. meine staatsrechtl. Erörterungen über den Vorzug der Lineal - Erbfolge etc. (Ilmenau bei Voigt 1823.) S. 32. flgde.

(⁹) Vergl. Klübers öffentliches Recht §. 177. und dessen Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen d. Wiener Congresses, S. 129 flgde. und S. 244 flgde.

(¹) So besitzen z. B. diese vier freien Städte zusammen eine Gesamt - (Curiat) Stimme in der *engeren Bundesversammlung*, und jede derselben eine *Virilstimme* in der *Plenar - Versammlung*. Vermöge der Artikel 4. und 8. der Bundesacte ist ihnen gleich den übrigen Mitgliedern ihr *Rang* gewähret worden. Vergl. Klübers Uebersicht S. 504 flgde., und S. 536, — Ueber den Titel der freien Städte

unter welchen letztern auch die Souverainität mit begriffen ⁽²⁾ ist. Denn obgleich in der Bundesacte die *souverainen* Fürsten den *freien* Städten entgegengesetzt worden sind: so ist doch keineswegs zu zweifeln, daß dieser Ausdruck bei den monarchischen Staaten bloß zur Bezeichnung des *persönlichen* Verhältnisses der Regenten (Monarchen) gewählt worden sey, weil sich aus keiner gesetzlichen Bundesbestimmung auch nur eine Vermuthung schöpfen läßt, daß man den freien Städten geringere Rechte

vergl. Bisinger's «Vergleichende Darstellung der Staatsverfassungen etc. 1818. Bd. 1. S. 138., und Klübers angef. Schlußacte des Wiener Congresses.» v. 1815, *Aufl.* 2., S. 140, Nota c. und d., und S. 141, Nota a. S. 145, Art. 8. und Nota a. und b.

- (²) Vergl. den *Eingang* und *Artikel 1. der deutschen Bundesacte*, *Pariser Friede* v. Jahr 1814. Art. 6. und Schlußacte d. Wiener Congresses v. Jahr 1815. Art. 53. — Ueber die Verhandlungen wegen des Beiwortes «*souverain*» vergl. oben Kapitel VII. Nro. 9., ferner Klübers angef. Schlußacte etc. S. 136. Note c., und dessen «*öffentliches Recht*» §. 109. §. 113. und §. 176. Nota b. daselbst. — Klübers Acten des Wiener Congresses Bd. II. S. 344, 402, 454, 459 u. 493 flgde. Desselben Uebersicht etc. S. 156 flgde. — Tittmann (in d. Darstellung der Verfassung d. deutschen Bundes S. 22, Nota *.) glaubt, daß man im *Eingange* und im *Artikel 1. der Bundesacte* «*die Souverainität*» als *Machtvollkommenheit* im *Gegensatze* gegen die *Rechte des Volkes* erklärt habe. Daß aber der ganze *Sinn* der Stelle um so unwidersprechlicher die *ausschließende Beziehung* auf die *Unabhängigkeit von außen* enthalte, als ja in d. Bundesacte (Art. 13.) den sämtlichen Bundesstaaten *landständische Verfassungen* zugesichert worden sind, und manche andere Beschränkungen im Innern vorhanden sind, leidet keinen Zweifel.

als den monarchisch gebildeten Staaten habe zu Theil werden lassen wollen ⁽³⁾, sondern die Erfahrung vielmehr bewiesen hat, daß sich diese vier freien Städte, *ihrem Standpunkte gemäß*, sowohl in ihrem Verhältniß zu dem deutschen Bunde, als im Innern ihrer Staatsgebiete, in dem Besitze aller der den monarchischen Bundesstaaten zustehenden Rechte befinden.

In den vier freien Städten befindet sich die Stadgemeinde in dem Besitze der Staatshoheit ⁽⁴⁾, die sie durch ihre höchste Behörde (den Rath oder Senat) ausüben läßt ⁽⁵⁾, obgleich bei Gesetzgebungs- und Besteuerungs-Gegenständen, *unter Mitwirkung* der Bürgerschaft oder eines Ausschusses derselben ⁽⁶⁾, welcher letztere die Stelle der Landstände vertritt ⁽⁷⁾.

Vermöge der Wiener Congressbeschlüsse erhielten diese vier freien Städte ihre alten Freiheiten

⁽³⁾ Vergl. Tittmann a. a. O. S. 22. flgde. in d. Nota *.

⁽⁴⁾ Eine Uebersicht der Staatshoheitsrechte und deren verschiedenartige Eintheilungsarten gewähret Häberlin im Repertorium d. deutschen Staats- und Lehenrechts im Artikel „*Hoheitsrechte, Staatseigenthum etc.*“ und Klüber im öffentl. Recht d. deutschen Bundes etc, §. 98. bis §. 102.

⁽⁵⁾ In Hamburg und Frankfurt nimmt die Bürgerschaft mit Theil an dem *höchsten Recht und der Gewalt*. Vergl. Klübers öffentl. Recht §. 178 a.

⁽⁶⁾ Beides geschieht in Hamburg und in Bremen durch Bürgerschlüsse; eben dieses ist in Lübeck der Fall, während zu Frankfurt die Gesetzgebung an den gesetzgebenden Körper (unter mehrern bei Klüber a. a. O. Nota b. bemerkten Ausnahmen) verwiesen worden ist.

⁽⁷⁾ Ueber die verschiedenartige Gestaltung dieser Ausschüsse vergl. Klüber a. a. O. §. 178. a, Nota c. d. und e.

und Gerechtsamen wieder (§a), und mithin eine wahre Wiederherstellung in den vorigen Stand. Die früheren Verfassungen wurden wieder daselbst, unter den durch die Zeitverhältnisse und durch die Bundesgesetze bedingten Veränderungen (§b) eingeführt.

§. 4.

Ueber die Staatsform und Thronfolge in den teutschen Bundesstaaten.

Obgleich der vormahlige Protector des, seit dem Jahr 1814 aufgehobenen, rheinischen Bundes *eben so wenig als jede andere Macht berechtigt war*, wohlerworbene Gerechtsame (und somit auch die durch *Lehensverbindungen* begründeten) *einseitig* ihren Eigenthümern oder rechtmässigen Besitzern zu entziehen (⁹): so sind doch *vertragsmässig* die meisten auswärtigen Lehnsverbindlichkeiten (*feuda extra curtem*) aufgehoben worden (¹⁰), so daß jetzt beinahe alle teutschen Bundesstaaten *allodial* sind, und, mit Ausnahme der bereits erwähnten *vier freien Städte*, eine *monarchische Verfassung* haben, bei welcher vorzüglich die Landes- oder *Staats-Grundverfassung*, das *Staats-Verwal-*

(§a) vergl. Artikel 1, 4, 6 und 12 der teutschen Bundesacte, und Klübers Acten des Wiener Congresses Bd. II, S. 80, 129 und 135 flgde.

(§b) vergl. Klüber a. a. O. §. 178 b.

(⁹) vergl. *meine staatsrechtliche Erörterungen* S. 38 flgde; Klübers öffentl. Recht etc. §. 179, und §. 442. bis 449.

(¹⁰) Kurhessen führt aber jetzt wieder mehrere teutsche unmittelbare Fürsten in seinen Staatskalender als seine Vassallen auf. Vergl. Klüber a. a. O. §. 179, Nota a. das.

tungsrecht und die Staatshoheitsrechte (deren Inbegriff in Bezug auf den Regenten die *Machtvollkommenheit* bildet, genau zu betrachten sind, um hiernach die gesetzlichen Grenzen der durch sie bedingten Regentengewalt genau abmessen zu können⁽¹¹⁾). In allen monarchischen teutschen Bundesstaaten ist die *ordentliche Thronfolge* gesetzmässig eine *erbliche*, nach dem Rechte der *Erstgeburt*. Der *Vorzug* der *früheren* Geburt nach der *Ordnung der Linien*⁽¹²⁾ entscheidet hier das Thronrecht, und eine jede andere Erbfolgeart, wie z. B. die nach der Gradesnähe etc., muß als eine *Ausnahme von der Regel* betrachtet, und deren Rechtmässigkeit, gestützt auf rechtsgültige Familienstatuten, Landesgrundgesetze etc. rechtsgültig bewiesen werden⁽¹³⁾. Die *ausserordentliche Thronfolge* für

(¹¹) Vergl. Klübers öffentl. Recht §. 97.

(¹²) Vergl. Klüber a. a. O. §. 179., ferner „*Untersuchungen über die Natur der Nachfolge der Seitenverwandten in d. Herzogl. Hause Sachsen*“ (Coburg bei Ahl 1822.); *meine staatsrechtl. Erörterungen* über den Vorzug der Lineal-Erbfolge nach Stämmen vor der Gradual-Erbfolge etc. (Ilmenau bei Voigt 1823.) S. 1 bis 10.

(¹³) Ein solcher Familienrecess (unter dem Namen „des Altenburger Nebenrecesses von 1672“ bekannt) existirt in d. Herzogl. Hause Sachsen, dem zufolge die *Erbfolge-Ordnung* nach dem dereinstigen Aussterben der Sachsen-Gothaischen Linie zu beurtheilen ist, insofern nicht durch die jetzt zwischen den Herzogl. genannten Häusern obschwebenden Verhandlungen (unter dem Einverständnisse von *Sachsen-Weimar-Eisenach*) ein anderes Abkommen getroffen werden wird. Vergl. „*Kurze Nachrichten, die Erbfolge-Ordnung im Herzogl. Hause Sachsen betreffend, nebst drei Fortsetzungen.*“ Meiningen 1822 — 23; ferner *meine staatsrechtl. Erörterungen* S. 10 bis 51. — Ueber

solche, die entweder gar nicht, oder wenigstens nicht allein, durch Geburt zu Ansprüchen auf die Regierungsnachfolge berechtigt sind, muß nothwendig durch rechtsbeständige *Erbverträge*, *Erbverbrüderungen*, rechtsgültige letzte *Willenserklärungen*, *Mitbelehnungen*, *Anwartschaften* oder *Eventual-Belohnungen* gerechtfertigt werden. Da der Staat nicht dem Landesoberhaupt, sondern dem *Volke* eigenthümlich zugehört, die Unterthanen aber ohnehin keinen Gegenstand der *Veräußerung* abgeben können: so folgt hieraus, daß ohne die *Einwilligung der Unterthanen*, es mag solche früher oder später erfolgen, keine solche *aufserordentliche Thronfolge* zu Recht beständig ist, indem kein Dritter, wie z. B. ein Lehnherr, Erblasser, dritte vertragsschließende Mächte etc. über fremde Rechte und Unterthanen zu dergleichen Zwecken verfügen kann ⁽¹⁴⁾. Ein anderer Fall ist es, wenn der Regent *landesgrundgesetzlich* seinen Regierungsnachfolger ernennen kann, oder zur Abschließung von

die abweichenden, singulären Erbfolge - Ordnungen vergl. Klübers öffentl. Recht etc. §. 180. — Auch der Privat-Nachlaß des Souverains muß bisweilen nach besonderen Bestimmungen beurtheilt werden, Klüber a. a. O. §. 180. Nota c.

⁽¹⁴⁾ Vergl. meine staatsrechtl. Erörterungen etc. S. 31 bis 42; ferner Klübers öffentl. Recht §. 179. Nro. VI. u. VII. Ueber die Fortdauer der während der deutschen Reichsverfassung durch Erbverträge etc. erworbenen Erbfolgerechte vergleiche meine staatsrechtl. Erörter. S. 38 flgde., Klübers öffentl. Recht §. 52, 82 flgde. 179, Nota f.; Dresch, öffentl. Recht des deutschen Bundes §. 18. u. 19.; v. Berg's Abhandl. zur Erläuterung der Rhein. Bundesacte §. 84.; Runde's Beiträge 1. 350; Klüber, öffentl. Recht, §. 50.

Erbverträgen, so wie zu einseitigen ähnlichen Verfügungen, gesetzmäßig bevollmächtigt erscheint.

Nothwendige Eigenschaften des Thronfolgers.

1) Der Regent leitet zwar bei der *erblichen Thronfolge* sein Recht zur Regentschaft nach dem *Erstgeburtsrecht* von dem *ersten Erwerber*, nicht aber von dem letzten Regenten ab; 2) haben in der Regel, selbst in den Staaten, wo der weibliche Stamm nicht gänzlich von der Regierungsfolge durch die Staatsgrundgesetze ausgeschlossen worden ist, die *Agnaten* den *Vorzug* vor den *Cognaten* ⁽¹⁵⁾. Mag aber auch immerhin das Recht zur Thronfolge durch die eben erwähnten Voraussetzungen bedingt erscheinen: so sind doch noch außerdem mancherlei Eigenschaften und Verhältnisse durch die Natur der Sache und das Vernunftrecht nicht minder als durch die positiven Gesetze vorgeschrieben, wenn eine Thronfolge als gesetzmäßig erscheinen soll. Die vorzüglichsten Vorschriften dieser Art sind folgende: 1) Die *Abstammung* aus einer *gleichen* oder *standesmäßigen Ehe*. Der Vernunft und der Natur der Sache zufolge ist es zwar sehr gleichgültig, ob die Thronerben der Staaten von Gemahlinnen aus *kaiserlichem* oder *bäuerlichem Geblüte* abstammen, indem vielmehr die *gegentheiligen Bestimmungen* sich lediglich auf politische und insbesondere aristokratische Principien gründen; daher denn während des vormahligen teutschen Reichs die Meinungen der Rechtsgelehrten über diese Materie sehr getheilt waren, und selbst der Kaiser und die Reichsgerichte *Haus- und Familiengesetze* bei den fürstlichen Stäm-

(15) Vergl. Klübers öffentliches Recht §. 181.

men, welche die *Abstammung aus ebenbürtigen Ehen* zum Grundsatz der alleinigen Rechtmäßigkeit bei der Thronfolge erhoben hatten, nur bei vorhandener kaiserlicher Bestätigung anerkannten, aus welchen Umständen sich nicht allein die Menge von Reichsprocessen über die Rechtmäßigkeit der Thronfolge, sondern auch die unebenbürtigen Ehen mit dem vormahligen Kaiser Napoleon und dessen Verwandten erklären lassen ⁽¹⁶⁾. Wenn nun aber inzwischen mit *Einwilligung des Volkes* in einem oder dem andern Staate, in älteren oder neueren Zeiten, die *Erblichkeit bei der Thronfolge* unter mancherlei *Modificationen und Voraussetzungen* festgesetzt worden ist: so muß sie so lange beachtet werden, als die Vernunft oder eine unvermeidliche Rechtsnothwendigkeit ⁽¹⁷⁾ nicht das Gegentheil erheischen ⁽¹⁸⁾.

2) Aber selbst *standesmäßige Ehen* einzugehen, war bestimmten *Nachgeborenen* nicht gestattet, daher denn die aus solchen Ehen erzeugten Kinder nicht für thronfähig erkannt wurden ⁽¹⁹⁾. Dafs dergleichen Verbote ebenfalls auf politischen Gründen beruhen (um, z. B., vorzüglich in kleinern, mit vielen Prinzen begabten Häusern, die dem Lande zur Last

⁽¹⁶⁾ Vergl. Meiners Geschichte der Ungleichheit der Stände. 1792. Häberlin's Handbuch des teutschen Staatsrechts, Bd. III. §. 448. S. 507 flgde.

⁽¹⁷⁾ Vergl. meine staatsrechtlichen Erörterungen. S. 50 bis 52.

⁽¹⁸⁾ Die Schriften und die neuern Staatsgesetze über die legitime Abstammung und über die Begriffe von Mißsheurath vergl. in Klübers öffentl. Recht §. 182. und Nota a. bis e. Häberlins Repertorium, Artikel „Mißsheurath, Ehen“ etc. und an dem in der Anmerk. 16. angeführten Orte.

⁽¹⁹⁾ Vergl. Klüber a. a. O. §. 182. Nota c.

fallende Fürstenfamilie nicht zu zahlreich werden zu lassen, oder um der Zersplitterung der Länder durch Theilungen vorzubeugen, da wo nicht bereits die Landesgrundgesetze und vorzüglich die *Primogenitur* dafür gesorgt hatten) erleidet keinen Zweifel. 3) Sind auch *Morganatische*, *uneheliche* und *Adoptiv-Nachkommen* nicht *successionsfähig* (²⁰). 4) Ist (zwar nicht den positiven Gesetzen, aber) dem Vernunftrecht zufolge der *geistliche Stand* bei *Katholiken* in Erbstaaten *unvereinbarlich* mit dem *weltlichen Regiment* (²¹). 5) Können Körper- oder *Geistesfehler* eine *Regierungsunfähigkeit* begründen; denn der Regent soll — als Repräsentant des Volkes — den Willen der Staatsgenossenschaft aussprechen und vollziehen; in seinen Händen ruhet die Staatsgewalt, die Machtvollkommenheit, das Begnadigungsrecht. Nur unter der stillschweigenden *Clausel* der *Geistes- und Willensfähigkeit* hat das Volk die Zügel des Staates in seine Hände gelegt; sobald als er unvermögend erscheint, seine Regentenpflichten zu erfüllen, so kann das Volk verlangen, daß, im Fall diese Körper- und Geistesschwäche unheilbar erscheinen würde, die Thronfolge auf den zunächst hierzu Berechtigten übertragen werde, so wie im Fall der möglichen Heilbarkeit die Staatsregierung durch Anordnung einer provisorischen Regentschaft gesichert werden muß (²²). Man hat zwar hiergegen folgende Einwendungen gemacht:

« 1) Daß zur Zeit der bestandenen Reichsverfassung die *Landeshoheit* ein *Ausfluß* der höhern

(²⁰) Vergl. Klübers öffentl. Recht §. 182. Nro. V.

(²¹) Klüber a. a. O. §. 182. Nro. VII.

(²²) Vergl. Klübers öffentl. Recht §. 182. Nro. VI. u. §. 184.

Regierungsgewalt ⁽²³⁾ gewesen sey, während die *Regierungsgewalt* der *neuen* (Bundes-) *Staaten* aus ihrem Innern selbstständig und unmittelbar ausströme. Ehemahls sey die Landeshoheit eine Zwittergeburt zwischen der Reichssouverainität und dem aus Grundherrlichkeits - Elementen gebauten Territorialstaat, in der Mitte schwebend, gewesen, wo nunmehr sich die Gewalten unzweideutig geschieden, und Teutschland sich zu unabhängigen, durch ein föderatives Band verbundener, Staaten gestaltet hätten."

Wenn wir nun aber auch nicht in Zweifel stellen können, daß die *ehemalige Landeshoheit* eine der *Reichshoheit untergeordnete Gewalt* war, so waren doch fast alle *wesentliche Rechte* der letztern auch in der erstern mit begriffen, nachdem die Reichstände ihre Landeshoheit so weit ausgebildet hatten, daß dem Kaiser nichts mehr, als einige unbedeutende Reservatrechte übrig geblieben waren, und nur ein Schatten von Reichsgewalt — durch die dagegen erlangten Exemtionen und Privilegien in ein Gaukelspiel verwandelt — die einzelnen Territorialgewalten nur dem Anschein nach überstrahlte ⁽²⁴⁾. Derselbe Fall ist auch jetzt dem Wesen, wenn gleich *nicht der Form nach*, vorhanden ⁽²⁵⁾. Es kann übrigens auch nichts darauf an-

⁽²³⁾ Ueber Regenten - Bevormundung etc. von Alex. Müller (Ilmenau 1822.) S. 5. flgde.

⁽²⁴⁾ Vergl. oben die Einleitung zu dieser Schrift, und Klüber a. a. O. §. 36. Nota a.

⁽²⁵⁾ Die Beweise hierüber sind oben enthalten im Kap. IV. V. VII (insbesondere Abth. I. Kap. VII Nro IX. daselbst: „über die Souverainität“) Kapit. VIII. IX.; ferner das Ka-

kommen, aus welchen Elementen sich die ehemalige Territorialhoheit entwickelt und gestaltet hat, sondern der vermeinte Unterschied müßte vielmehr durch das dermahlige Vorhandenseyn einer *größeren Unabhängigkeit* der einzelnen Bundesstaaten dargethan werden, welches man aber *nicht* zu beweisen im Stande seyn wird, man mag nun die Unabhängigkeit der Bundesstaaten nach Außen sowohl als im Innern der Staaten, oder das Verhältniß der letztern gegen den deutschen Bund selbst, in Betrachtung ziehen (²⁶).

2) Soll Teutschland während der teutschen Staatsverfassung ein Staaten - Staat gewesen seyn, dessen einzelne Staaten durch die Justiz- und polizeimäßige Oberaufsicht einer obersten Staatsgewalt im Innern beschränkt gewesen wären. Allein unter einem *Staaten - Staat* kann man nichts anders verstehen, als eine *Anzahl Staaten*, die zufällig unter einem und demselben Oberherren stehen, während ein jeder dieser zufällig zusammengefügt Staaten seine eigenen Gesetze, Verfassung und sein abgesondertes politisches Interesse besitzt. In einer solchen

pitel III. in der Abtheil. II. (über das Staatseigenthum); vergl. hiermit Klübers öffentl. Recht §. 36, §. 176, Nro. IV., §. 177, §. 250 bis 253, §. 256 bis 260.

(²⁶) Da, wo die Gewalt sich über das *Recht* zu erheben vermag, und hiervon *Gebrauch macht*, da kann natürlich von einer *Beschränkung* nicht die Rede seyn: aber bei einer *treuen* und *gewissenhaften* Erfüllung der Bundespflichten, dem Inhalte der Bundesacte und der Wiener Schlufsacte von 1820 etc. zufolge, bei Beachtung *deren Geistes* und *nicht blos deren Worte*, werden wir, gleich wie während der Reichsverfassung, ansehnlichen Beschränkungen nach Außen und im Innern (vergl. Nota 25.) begegnen.

Lage befinden sich z. B. (nach der deutschen diplomatischen Bundessprache) die sogenannten fünf europäischen Mächte. Allein hier herrscht gar kein Verband zwischen den drei Kronen England, Irland und Schottland mit dem Königreich Hannover. Derselbe Fall ist es bei Oesterreichs, Preussens, Dänemarks und des niederländischen Monarchen Staatenvereinigungen; aber Deutschland hatte ehemahls ein *Reichsoberhaupt*, und seine Staaten waren gemeinschaftlichen Reichsgesetzen, Reichsgerichten, Reichstag und der kaiserlichen Gewalt untergeordnet, während jetzt die deutschen Staaten und deren Regenten der *Bundesgewalt* und den in ihren Staaten vorhandenen *Landesgrundgesetzen* Gehorsam leisten müssen, daher denn Deutschland weder während der deutschen Reichsverfassung noch jetzt ein *Staaten-Staat* heißen konnte und kann ⁽²⁷⁾.

3) Räumt man selbst die bei Unmündigen und Minderjährigen, bei Verschwendern, Wahnsinnigen und Verbrechern statt gefundenen Reichsvormundschaften ein ⁽²⁸⁾, deren Anwendung aber jetzt, zufolge des Bundesverhältnisses, unstatthaft seyn soll: weil bei jener reichsgerichtlichen Befugniß der Grundsatz zum Grunde gelegen habe, daß kein zur Succession berufener Thronerbe mit Geistes- oder Körperfehlern habe behaftet seyn dürfen, die ihn der Regierungsfähigkeit beraubt hätten. Man habe,

(²⁷) Tittmann's Darstellung d. deutschen Bundes S. 5 bis 9; Klüber a. a. O. §. 103 a. und b.; Dresch öffentl. Recht. §. 10 und 25.

(²⁸) Vergl. Müller, A., Ueber Regenten - Bevormundung etc. S. 7. flgde., und Klüber a. a. O. §. 182. Nota f., und §. 184. Nota a, b. und c.

heißt es ferner, in Fällen, wo sich dergleichen körperliche oder geistige Fehler erst *nach bereits angetretener Regierung* gezeigt hätten, eine vormundschaftliche Regierung bis zur Wiedergenesung des Regenten eintreten lassen, während man, wenn diese Fehler schon *vor angetretener Regierung* vorhanden gewesen, die Befugniß, den unfähigen Reichsstand unter absolute Vormundschaft zu setzen, und von der Succession gänzlich auszuschließen, nicht bezweifelt habe. Allein diese Grundsätze, welche das frühere teutsche Staatsrecht aussprach, sind keinesweges durch die Auflösung des teutschen Reiches obsolet geworden, weil sie Aussprüche der gesunden Vernunft, angewendet auf Menschenrechte, sind, weil der Staat keine Versorgungspründe ist, noch seyn soll, und weil unsere teutschen Staaten keine Patrimonialstaaten sind.

4) Ist auch das teutsche *Reichsstaatsrecht*, wie wir bewiesen zu haben glauben, nur insofern für ungültig zu erachten, als die *Objecte*, über die es disponirt hatte, mit der Auflösung des teutschen Reiches *hinweggefallen sind*, nicht aber die Vorschriften desselben, wo die *Objecte* noch vorhanden sind, wo sich *wohlerworbene Rechte* daraus ableiten, weil ja außerdem die aus der Reichshoheit abgeleitete Territorialhoheit mit der Auflösung der Ersteren ebenfalls hinweggefallen seyn müßte, und endlich auch nicht *da*, wo das Reichsstaatsrecht Verfügungen enthielt, die in der Natur der Sache und in der gesunden Vernunft gegründet sind ⁽²⁹⁾.

(²⁹) Die Beweise dafür vergl. in d. Nota 14. dieses Kapit. und oben Abth. I. Kap. I. §. 2. 3. 4. 5. und 6., Kapit. III. Abtheil. II. (über das Staatseigenthum), ferner *meine staatsrechtl. Erörterungen* etc. S. 34 bis 42.

Die den Reichsständen nach der Auflösung des Reiches durch den rheinischen Bund ertheilte Souveränität⁽³⁰⁾ konnte nur *unbeschadet der Rechte Dritter* (*salvo jure tertii*) ertheilt werden, weil niemand das *Recht* hatte, die *Rechte Dritter* zu beeinträchtigen, so daß mithin *alle* aus dem *Reichsstaatsrecht* sowohl, als aus den Staatsgrundgesetzen der einzelnen Territorien, wie auch aus den Familienstatuten und aus allen Verträgen und Privilegien abgeleiteten Rechte, insofern noch die Objecte derselben vorhanden sind, ihre fortwährende Gültigkeit fort bewahren. Die Grundsätze über die nothwendigen Eigenschaften eines Regenten können mithin *nicht von einem zufälligen Umstande*, wie z. B. von der andern Gestaltung der deutschen Territorien durch die Reichsauflösung, abhängig seyn⁽³¹⁾, der bevormundete Regent und der Vormund sind so wenig als der Beauftragende und Beauftragte (*mandans* und *mandatarius*) als *zwei* Personen zu unterscheiden⁽³²⁾, so daß also von *keiner Mitregentschaft* die Rede seyn kann. Das Volk hat sich dem Regenten nur, sey es durch einen stillschweigenden oder ausdrücklichen Vertrag, unter der *Voraussetzung* unterworfen, „daß er willens- und kraftfähig sey, seine Regentenpflichten zu erfüllen, und daß er solches wirklich thätlich bewaise⁽³³⁾.“

(³⁰) Ueber diese problematische Souveränität vergl. oben Abtheil. I. das. Kapit. VII. (Nro. IX. daselbst), Kapit. VIII. und IX. (Anmerk. 25. und 26.) ebendas.

(³¹) Vergl. E. V. Schenk: Ueber Regenten-Bevormundung, Stände und ständische Verfassung (Ilmenau b. Voigt 1823.) S. 4. flgde.

(³²) Schenk a. a. O. S. 11. flgde.

(³³) Schenk a. a. O. S. 16. flgde., und (Hendrich v.) Frei-

Die Heiligkeit der Idee von dem Regenten kann hier keine Aenderung hervorbringen; denn wenn der Regent aus physischer oder moralischer Schwäche *unverschuldet* regierungsunfähig ist oder wird: so leidet hierunter seine Würde nicht, weil *unverschuldete Krankheit oder Altersschwäche* kein Verbrechen ist. Wenn übrigens der Herr Regierungsrath Müller ⁽³⁴⁾ selbst das Fortbestehen der Eventual-Belehnungen, Erbverbrüderungen etc. zugestehen

müthige Gedanken über die allerwichtigste Angelegenheit Deutschlands. (3te Aufl.) Theil I. S. 60, 64, 68 flgde., 72, 73, 86, 90 flgde. Kap. III. (unten) „über die Oberherrschaft und das Staatseigenthumsrecht §. 3. u. Nota 4. 5. und 6. daselbst, §. 4. Nro. 4. Buchstab A. und B., §. 6. A. Nro. 2 bis 4.

⁽³⁴⁾ Vergl. auch dagegen v. Hendrich a. a. O. Theil I. S. 60, 99, 72, 86, 264 und 272. — Wenn übrigens Hr. Schenk a. a. O. S. 20 sagt: „*in einem teutschen Staate mit landständischer Verfassung und einem Fürsten oder Senate am Staatsruder ist die Regentschaft nicht allein in den Händen des Fürsten oder des Senats, sondern sie ist getheilt zwischen den Landständen und dem Fürsten oder Senat*“ so kann man solches nicht zugestehen, weil solches, *wenigstens der Sache, wo nicht dem Namen nach* (vergl. S. 38.) *eine wahre Mitregentschaft wäre*; die Landstände erscheinen aber nur entweder *als Rathgeber oder als Grenzwächter* in Bezug auf die Regenten; sie sollen in der *letztern Hinsicht* *blös wachen*, daß der Regent nicht die ihm durch die *Vernunft* und durch die *Landesgrundesgesetze* *normirten Grenzen* überschreite, so wie sie in der *erstern* Rücksicht den Regenten überall, wo er es verlangt oder wo es das Staats-Beste erfordert, mit ihrem besten Rath unterstützen sollen. Vergl. I. Abtheil. Kapit. IX. §. 5 k. Buchstab C.

muß: so scheint uns schon hierdurch allein und ohne die noch mächtiger wirkenden Volksrechte zu berücksichtigen, die Möglichkeit und Rechtlichkeit der Regenten-Bevormundung erwiesen; und es muß bei der Natur der hierfür sprechenden Rechtsgründe gleichviel seyn, ob die *Regierungsunfähigkeit* vor oder nach erfolgter Thronbesteigung statt gefunden habe, oder später eingetreten sey (³⁵).

Dafs auch 5) den Gesetzen zufolge das *minderjährige Alter* eine *temporäre Regierungsunfähigkeit* bewirke, bedurfte nur der Vollständigkeit der gesetzlichen Bedingungen wegen einer Erwähnung. Eine jede unstrafbare und heilbare Regierungsunfähigkeit muß eine *aufserordentliche Regentschaft* zur Folge haben, es mag solche in einer *Bevormundung* oder bei *erloschener Thronfolge* in einem *Vicariat* bestehen. In dem letztern Fall oder bei gänzlicher *Thronerledigung* hat das Volk oder dessen Stellvertreter das Recht der Wiederbesetzung des Throns (³⁶). Die *Gemahlin* des Regenten führt in der Regel den Titel und das Wapen ihres Gemahles, ob sie gleich dessen Staatshoheit unterworfen ist, und keinen Antheil an der Regierung hat (³⁷). Sie wird auch gewöhnlich mit

(³⁵) Müller, über Regenten - Bevormundung S. 13. Nota *. Könnte ein toller oder wahnsinniger Regent regieren, so könnte er ja durch unvernünftige Handlungen den Staat ins Verderben stürzen, und alle Successionsrechte Dritter hierdurch vernichten oder schwächen, welche Möglichkeit daher auf Kosten Wohlberechtigter mit den gemeinsten Rechtsvorschriften unvereinbar erscheint.

(³⁶) Klüber öffentl. Recht §. 184. und Nota d. daselbst.

(³⁷) Klüber a. a. O. §. 185. — Vermöge der meisten teut-

in das Kirchengebet eingeschlossen, genießt den Rang ihres Gemahles, und den Vorrang vor der Wittwe des vorigen Regenten. Als Wittwe hat sie Anspruch auf ein in den Landesgrundesgesetzen oder in den Ehepakten gewöhnlich schon bestimmtes *Witthum* zu machen. Gewisse Verbrechen gegen sie werden wie Majestätsverbrechen oder wie Felonie bestraft; ferner findet nach ihrem Ableben die öffentliche Trauer statt ⁽³⁸⁾.

Ueber die nachgebohrnen Kinder, die väterliche Gewalt und den Gerichtsstand.

Die Gerichtsbarkeit, so wie überhaupt die Staatshoheit, erstreckt sich über die *nachgebohrnen* erbfähigen Mitglieder des Regentenhauses, und die Kinder stehen unter der Vormundschaft ihres Vaters, die nach dessen Tode auf dessen Gemahlin übergeht; über alle sonstigen Bevorzugungen der Regentenfamilien muß man bei vorkommenden Fällen immer die, oft von einander abweichenden, besonderen Landesgesetze vergleichen ⁽³⁹⁾, welches auch in Hinsicht der Apanagen der Fall ist ⁽⁴⁰⁾.

Ueber die Residenz, den Hofstaat, das Ceremoniel, die Orden, Titel, Wappen, Majestäts-Symbole, Insignien und über die Civilliste.

Ohne besondere vorhandene gesetzliche Bestimmungen hat der Regent das Recht, seine Residenz

schen fürstlichen Familienstatute hat sie jedoch das *Recht der Vormundschaft* oder wenigstens der *Mitvormundschaft* über den *minderjährigen Regenten*.

⁽³⁸⁾ Klüber a. a. O. §. 185.

⁽³⁹⁾ Vergl. Klüber a. a. O. §. 186.

⁽⁴⁰⁾ Klüber a. a. O. §. 187.

zu wählen, wo er will, und eben so hat er die Befugniß, seinen Hofstaat, das Ceremoniel, das Wapen und die Majestäts-Insignien, in Abgang grundgesetzlicher und familien-statutenmäßiger Bestimmungen, nach Belieben anzuordnen. Eben so steht ihm unter gleicher Voraussetzung das Recht der Ordenseinführung und Verleihung, so wie die Bestimmung über die Civilliste zu (⁴¹).

Ueber den Regierungsantritt, Regierungseid, über die Huldigung und Krönung.

Obgleich in erblichen, monarchischen Staaten der gesetzliche Thronfolger nach dem Ableben oder nach der Niederlegung der Regierung seines Vorfahrs von *rechtswegen* die Regierung sogleich antritt: so ist es doch gewöhnlich und in den meisten Staaten sogar grundgesetzlich, daß der die Regierung antretende Regent seinen Unterthanen den *Regierungsantritt* verkündigt, sodann den *Regierungseid* schwört und die *Huldigung* einnimmt, womit ein feierlicher *Einzug* und das *Krönungsfest* öfters verbunden zu werden pflegt (⁴²).

Verbindlichkeit des Regierungsnachfolgers aus den Handlungen seiner Vorfahren.

Ein jeder Regent ist verbunden, die rechtsgültiger Weise von seinen Regierungs-Vorfahren eingegangenen Staatshandlungen anzuerkennen und zu vertreten; bei Privathandlungen derselben tritt aber nur bei nützlichen Verwendungen für den Staat, oder bei besonderen ähnlichen Gründen eine

(⁴¹) Klüber a. a. O. §. 188.

(⁴²) Vergl. Klüber a. a. O. §. 183.

rechtliche Verpflichtung zu deren Anerkennung für ihn ein ⁽⁴³⁾).

Ueber die Dauer des Verhältnisses zwischen dem Regenten und dem Volk.

Da sich die Staatsbürger nur zur *Erreichung einer ungetrübten Sicherheit und Wohlfahrt* (im höhern Sinne des Wortes) in den *Staatsverein* begeben haben, und nur *insoweit*, als es die *Erreichung* der erforderlichen *Staatszwecke* erheischt, einen Theil ihrer ursprünglichen Freiheit und Urrechte aufgeopfert haben: so folgt hieraus, daß, *ausserhalb dieser bezeichneten Zwecke*, die Staatsbürger mit Recht Anspruch auf Erhaltung ihrer Selbstständigkeit machen können, und daß der Regent bei seinen Regentenhandlungen nicht weiter zu gehen befugt sey, als *insoweit* solche durch die *Erreichung der Staatszwecke* bedingt sind. Wenn also gleich die *Verbindlichkeit* der Regentenhandlungen nur so weit als das Recht hierzu statt finden kann, und auch die *Heiligkeit und Unverletzbarkeit* der Person des Regenten nicht ganz unbedingt und jenseits der Schranken, wo er nicht mehr als gesetzmässig handelnder Regent erscheint, ihre Heiligkeit, *streng-rechtlich betrachtet*, fortbewahren können: so erfordern doch hier *politische Gründe*, in Bezug auf das Staatswohl selbst, die Erhaltung der *Unverletzbarkeit* der Regentenperson ⁽⁴⁴⁾.

⁽⁴³⁾ Klüber a. a. O. §. 139.

⁽⁴⁴⁾ Vergl. Dresch öffentl. Recht etc. §. 6. und Klüber öffentl. Recht §. 190.

Der *Regent* muß so lange seine *Regentenpflichten* erfüllen, als sein *Regiment* dauert; ob aber solches nur mit seinem Tode seine Endschaft erreiche, oder ob solches nur für einen bestimmten Zeitraum, oder bis auf erfolgte Aufkündigung von Seiten des Volkes oder des Regenten selbst währe: alles dieses läßt sich nur nach den besonderen Grundverfassungen der hierin möglicher Weise von einander abweichenden Staaten bestimmen. In den *deutschen erblich-monarchischen Staaten* dauert die *Regentschaft lebenslänglich*; doch kann dem Regenten nicht das Recht abgesprochen werden, der Regierung *einseitig* entsagen und solche auf seinen erblichen Regierungsnachfolger übertragen zu können, *insofern als er nicht constitutionsmässig zur lebenslänglichen Führung des Regiments verpflichtet worden ist*, denn ausserdem würde der Regent hier eingeschränkter erscheinen, wie jeder andere Staatsbürger, dem in der Regel das Recht des freien Abzuges gewähret wird (⁴⁵). In Zeiten aber, wo sich der Staat in Gefahr befindet, und wo durch eine plötzliche Niederlegung der Regierung (ohne eine dazu vorhandene unabwendbare Nothwendigkeit) die Staatswohlfahrt bedroht werden würde, kann der Regent nicht mit Ehren die Regierung niederlegen, wenn ihm auch solches nicht ausdrücklich die Staats-Constitution verbietet, weil hier sein Verhältniß dem eines Generals in Kriegszeiten analog erscheint. Eine willkührliche Veräußerung der Staatsvertretung und Staatsregierung ist dem Regenten eben so wenig erlaubt, als eine einseitige Veräußerung der Staatshoheit, des Staatsgebietes,

(⁴⁵) Das Gegentheil behauptet Kläber a. a. O. §. 191.

der *Regalien oder sonstigen Staatsgüter* (⁴⁶). Diese Grundsätze ergeben sich nicht nur aus der *Natur der Staaten* und aus der *Entwicklungsgeschichte derselben im Allgemeinen*, sondern insbesondere auch aus dem *ehemahligen teutschen Staatsrecht*, inso- weit als die teutschen Unterthanen während des teutschen Reichsverbandes Rechte, die in dieses Staatsrecht aufgenommen worden sind, erworben hatten, die nicht *einseitig* durch die Auflösung des teutschen Reiches ihren Erwerbern rechtsbeständig entrissen werden konnten (*). Es ist mithin ein höchst unjuristisches *Raisonnement*, wenn manche Staatsmänner diesen den Unterthanen erworbenen Berechtigungen Staats- oder Familienverträge entgegen- setzen wollen, die *einseitig* und ohne der Unter- thanen oder deren Stellvertreter hierzu eingeholte Einwilligung abgeschlossen worden sind, und mit- hin *ungesetzliche Verfügungen über die Rechte Dritter* enthalten.

(⁴⁶) Klüber a. a. O. §. 191.

(*) Vergl. Abtheil. I. Kapit. I. dieser Schrift.

II. K a p i t e l.

Die Staatsbürger und Unterthanen.

§. 1.

Der Staat besteht aus einer vereinigten Anzahl von Staatsbürgern und sonstigen Staatesgenossen, an deren Spitze sich eine *Regierung* befindet, die selbst die *Staatsgewalt ausübet*, oder, wie solches in monarchischen Staaten der Fall ist, unter einem *Staatsoberhaupt* (Souverain, Landesherr, Regenten) steht, und die Staatsgewalt *in dessen Namen* und *Auftrag*, unter mehr oder weniger Concurrency desselben und des Volkes, handhabet. Insofern als, vermöge des ausdrücklichen oder stillschweigenden *Unterwerfungsvertrages*, die Staatsbürger dem verfassungsmässigen und gesetzlichen Willen des *Staatsoberhauptes* unterworfen sind, heißen sie *Staatsunterthanen*, und zerfallen in mehrere, oft mit ungleichen Rechten versehene Klassen, obgleich dem *Staatszwecke* und der *Natur der Sache* eine solche *Ungleichheit der Stände* durchaus fremd ist, und nur in der Verschiedenartigkeit der Beschäftigungen, Lebensweise, und besonderer Staatsinstitutionen, durch mannichfaltige Veranlassungen her-

beygeführt, und mithin, auf historischen Elementen beruhend, ihren Grund haben ⁽¹⁾).

Denn obgleich nicht nur, zufolge des Vernunftrechts und der positiven Rechtsvorschriften, alle *Staatsbürger* (nicht aber überhaupt alle Staatseinwohner) *gleiche staatsbürgerliche Rechte und Pflichten* haben sollten: so finden sich doch noch im Widerstreit mit dem Zeitgeiste und mit den *allgemeinen Rechtsnormen Bevorzugungen einzelner Stände* und Staatsmitglieder, unter welchen man vorzüglich die Mitglieder des *Regentenhauses*, ob sie schon der Staatshoheit unterworfen sind, noch am unschädlichsten für den Staat, als *eine höhere Classe*, auszeichnet ⁽²⁾. Die vernünftigste Eintheilung wird

(¹) Vergl. Klübers öffentliches Recht etc. §. 192. und 193. mit der Literatur in den Anmerkungen daselbst.

(²) Fernere Classen werden begründet durch die Eintheilungen in *Activ-Bürger* (d. i. welchen, in Staaten mit *Repräsentation* versehen, ein Mitwirkungsrecht bei der Volksvertretung zustehet) und *Nicht-Activ-Bürger*, *Einsassen* und *Fremde* (temporäre Unterthanen). In den Gemeinden, als der Grundlage des Staatsvereins, muß *jeder Staatsgenosse* einer *Gemeinde* als *Bürger* oder *Beisatz* beigezählt werden, und den Gemeinde-Ordnungen zunächst und in höherer Instanz den Staatsbehörden untergeordnet seyn. Klüber §. 194. a. a. O. — Nach dem Unterschied der Stände findet die Eintheilung 1) in den *Adel* als *Geurtsstand*, 2) *Bürger-* und 3) *Bauernstand* statt. Klüber ausführlich hierüber a. a. O. §. 195. bis 201. (§. 170. daselbst). — Ueber den Adel insbesondere, über dessen Eintheilung und politischen Werth s. Klüber a. a. O. §. 195. bis 199., über den *Bürgerstand* §. 200., über den freien und unfreien *Bauernstand* und den *Pöbel* §. 201. —

immer die nach dem *Verdienst* und die nach den *Beschäftigungen* abgeben, weil diese allein einen wahren Maasstab für den *Vorzug* gewähren, den ein jeder Mensch in dem Staatsvereine und in Beziehung auf diesen verdient.

Nach *Beschäftigungen*, *Lebensart*, *Wohnort*, *Grundeigenthum* und *Nationalökonomie*. Hiernach bildet sich denn die Abtheilung 1) in *Staatsbeamte* (Civil - oder Militärstand, Geistlichkeit, Gelehrte, Künstler, Kauf- und Handelsleute, Fabrikanten und Manufacturisten, Handwerker, Landwirthe, Tagelöhner und Gesinde). 2) In *Rentenzehrer*, die zwar, insofern sie blos als consumirende Mitglieder betrachtet werden, nutzlos für den Staat sind, nicht aber *insofern* als *Geld* durch sie in Circulation kommt; mit Unrecht scheint sie daher unserer Ueberzeugung nach Klüber (in dessen öffentl. Recht etc. §. 202. Nro. 2.) mit den *Armen* (die *keinen Tausch* wie die Rentenzehrer begründen) in eine Classe zu setzen. 3) Nach dem *Wohnort* findet die Abtheilung statt a) in *Städter* und *Landleute*, b) in *immerwährende* und *temporäre* Unterthanen, c) in *inländische* und *auswärtige* Güterbesitzer. 4) Nach dem *Besitz* in a) in Grundeigenthümer und b) Beiwohner. 5) In Bezug auf die *Nationalökonomie* in a) Producenten und b) Consumenten. In *dieser* Hinsicht hat ein jeder um so viel mehr Werth für den Staat, *als er mehr producirt als consumirt*. Vergl. Klüber a. a. O. §. 202. 6) Nach der Unterordnung unter den Staat in *unmittelbare* und *mittelbare* Unterthanen. (Klüber §. 203. daselbst.) 7) In *persönliche* und *dingliche* Unterthanen (Klüber §. 205. und 206., nach vollen - und unvollständigen Landsassiat §. 204. dasselbst. Die persönliche Subjection erfolgt entweder durch ausdrücklichen Unterwerfungsvertrag oder durch *stillschweigende Anerkennung* der *Staatshoheit*.)

§. 2.

Grundsätze über die Anerkennung der Landeshoheit.

Die *Unterthanen-Eigenschaft* setzt immer einen Act voraus, wodurch sie begründet wird, den man *Huldigung* nennt, gleichviel ob die Unterwerfung durch einen *ausdrücklichen Unterwerfungsvertrag* oder durch eine *stillschweigende Anerkennung der Staatshoheit* erfolgt ist. Diese Huldigung ist *vollständig* oder *unvollständig*, je nachdem sich solche auf die *Person und das Grundeigenthum* zugleich oder auf das *letztere* allein bezieht, und ist wohl von anderen Verpflichtungsarten zu unterscheiden⁽³⁾. Die Huldigung wird dem Regenten geleistet, *a)* bei dem *Antritt der Regierung*, *b)* während der *Regierung* von den neuen Bürgern, Schutzverwandten, Staatsdienern etc. bei ihrer Annahme. *Stillschweigende* ⁽⁴⁾ *Anerkennung der Staatshoheit* kann nur

(³) Z. B. von Lehn-, Schutz-, Staatsdienerpflicht etc. oder von Erbpflicht der Patrimonialpflichtigen, von Untersassen-Huldigung oder von der Eventual-Huldigung, welche den Erbberechtigten und Erbverbrüdernten, dem Regierungsnachfolger und den Mitbelehnten für den eintretenden Successionsfall geleistet wird.

(⁴) Ueber die oft unrichtige Annahme des Vorhandenseyns einer *stillschweigenden Unterwerfung* vergl. *Posse* „über *Staatseigenthum* etc.“ S. 22.; ferner v. Hendrich: über die wichtigste Angelegenheit Deutschlands. 3te Aufl. Th. I. S. 90 flgde. (und S. 102, 103, 137.); Klübers öffentl. Recht, a) über die *ausdrückliche Huldigung* § 207. und 208, b) über die speciellen Fälle einer statt findenden *stillschweigenden Hoheits-Anerkennung* vergl. ebendasselbst §. 209. — Ueber die verschiedenen, die Ober- od Staatshoheit begründenden Rechte vergl. §. 210. bis 212, ebendasselbst.

in solchen Fällen angenommen werden, wo *sprechende*, keiner andern Auslegung fähige, Handlungen vorhanden sind. Der Machthaber, der auf Anerkennung seiner Staatshoheit dringt, bedarf seiner Seits einer bündigen Legitimation hinsichtlich *seines* Rechtes auf die Staatshoheit; denn weder ein *unqualificirter* Besitz der *allgemeinen* und *wesentlichen* Hoheitsrechte, noch ein *qualificirter* Besitz *besonderer* Hoheitsrechte, oder das Vorhandenseyn *zufälliger* Hoheitsrechte etc., sind hinreichend zur Begründung eines solchen Beweises, und oftmahls ist nur eine *Concurrenz* solcher *hoheitlichen* Rechte der *wesentlichsten* Gattungen, durch Besitz und Rechtstitel zugleich geheiligt, vermögend, den Zweifel über die vorhandene Oberhoheit zu lösen.

§. 3.

Ueber die Landstände, Standes- und Grundherren.

Außer den bereits (im §. 1.) bemerkten Classen von Staatsunterthanen müssen wir hier noch besonders der Landstände, so wie der Standes- und Grundherren, gedenken, theils wegen ihrer Wichtigkeit für den Staat, in Berücksichtigung ihres Grundeigenthums, theils wegen ihres (zum Theil hieraus erwachsenden) Antheils an der Staatsregierung als Landstände. Weil wir aber bereits das Nähere über deren Verhältniß zum Staat schon mitgetheilt haben ⁽⁵⁾: so ist hier deren Erwähnung nur als einer ausgezeichneten und privilegierten Classe von Staatsbürgern nicht zu umgehen gewesen.

⁽⁵⁾ Vergl. oben die Abtheil. I. Kapit. IX. §. 5.

III. K a p i t e l.

Ueber die Oberherrschaft und das Staats- eigenthumsrecht.

§. 1.

Allgemeine Bemerkungen.

Keine Materie in dem gesammten Staatsrecht ist von jeher geeigneter gewesen, Streit unter den Rechtsgelehrten zu erregen, als die über die Oberherrschaft und das Staatseigenthum. Die Gründe hiervon sind wohl hauptsächlich folgende: dass man 1) nicht über den Zweck der Staaten und über die einer Veräußerung fähigen oder unfähigen Gegenstände gehörig nachgedacht hatte, 2) weil man nicht historisch zum Werke geschritten war, und mittelst der uns zu Gebot stehenden geschichtlichen Quellen und der philosophischen Combination die Entstehung der (insbesondere teutschen) Staaten und deren Fortbildung zu ergründen gesucht hatte, und dass man 3) die Grundsätze des römischen Privat- und longobardischen Lehnrechts auf die oben erwähnten höheren Gegenstände (die mit dem Pri-

vatrecht gar nichts und mit dem Lehnrecht nur sehr wenig Verwandschaftliches haben) anzuwenden bemüht war, die Vergleichung mochte auch noch so schief ausfallen, 4) waren auch hier gedungene Hofpublicisten und hofschmeichelnde, so wie ehrgeitzige Staatsdiener (oder richtiger gesagt, Fürstendiener, weil sie ihre Pflichten gegen den Staat nicht kannten, oder kennen wollten) vorzüglich mit die Veranlasser von dergleichen Streitigkeiten, indem solche aus Eigennutz die Gewalt der Fürsten durch Unterdrückung der Landstände und durch Verbreitung falscher Begriffe über die Grösse und Ausdehnung der Herrschergewalt, zu vermehren strebten.

§. 2.

Rechte des Staates

Betrachten wir die Rechte des Staates, so wie uns solche die Vernunft, die historischen Nachrichten über die Entstehung und Fortbildung der (insbesondere deutschen) Staaten, so wie das allgemeine und das positive Staatsrecht dictiren, so erhalten wir folgende Resultate. I. Jeder *Staat* besitzt das Recht der *Oberherrschaft* ⁽¹⁾, er ist II. fähig *Ei-*

(1) Vergl. Klübers öffentl. Recht §. 248, Häberlins Repertorium des Staats- und Lehnrechts, Bd. 3. S. 21. flgde. und die Artikel „*Majestät*“ und *Dynaste*. Ueber die einzelnen Bestandtheile, aus welchen sich die teutschen Territorien gebildet haben, vergl. man Häberlins Handbuch d. teutschen Staatsrechts, Bd. II. S. 2. flgde. — Hier bemerken wir nur, *dass man nicht*, wie es so oft geschehen ist, und Begriffsverwirrungen zur Folge hatte, das imperium s. potestatem public., s. jus eminens mit dominium eminens verwechseln darf; Ueber den Unterschied

genthum zu erwerben und zu besitzen, welches man sodann *Staatseigenthum* nennt ⁽²⁾, und sehr genau von *Staatsobereigenthum* (3a) unterscheiden muß, denn das Recht der *Oberherrschaft* erstreckt sich über alle Personen und Sachen, nicht aber eben so das *Staatseigenthumsrecht*.

§. 3.

Ueber die Natur des Staatseigenthumsrechtes, über Patrimonialstaaten und über Veräußerungsrecht.

Weder das Vermögen der *staatsbürgerlichen* (Staatsvermögen im eigentlichen Sinne genannt) *Gesammtheit*, noch dasjenige einzelner *Corporationen*, *moralischer Personen* oder *Einzelner*, ist ein *Grund- und Bodeneigenthum* des Regenten (3b) oder

zwischen beiden vergl. Pofse „über das Staatseigenthum etc.“ Rostock und Leipzig 1794. S. 7. flgde., und S. 10 flgde.

(2) Ueber die Gegenstände, die es unter sich begreift, vergl. Klübers öffentl. Recht §. 248. Nro. II. — Da die teutschen Staaten insbesondere aus vielerlei Gebietstheilen zusammengesetzt sind, so ist der Landesherr keineswegs Herr und Eigenthümer des ganzen Landes, sondern man muß sehr wohl die Patrimonialrechte von den Gütern des Landesherrn unterscheiden, indem die Rechte, die ihm, zufolge der erstern zustehen, sehr verschieden von den letztern sind; auch bei den landesherrlichen Gütern ist solches der Fall, wo man wieder eigentliche *Staatsgüter* von *Kammerngütern*, und bei den letztern wieder die eigentlichen *Kammerngüter* von *Schatull- oder Tafelgütern* unterscheiden muß. Vergl. Häberlins Handbuch des teutschen Staatsrechts Bd. 2. §. 184. bis 189. u. §. 190. bis 196.

(3a) Vergl. Klübers öffentl. Recht, Th. 2. Kapitel XIX.

(3b) Ueber die gegentheilige Meinung vergl. den von gänzlicher Unkenntniß der teutschen Verfassung zeugenden

seiner Familie, es mag solches innerhalb oder außerhalb des Staatsgebietes liegen. Grundfalsch ist mithin die Meinung derjenigen, welche die teutschen Staaten für *Patrimonialstaaten* halten, unter welchen letztern man solche Staaten versteht, in welchen die *Regierungsgewalt* das *Eigenthum* einer *Individualperson* oder einer *Familie* ist, ob sich gleich auch hier nicht dieses Staatseigenthum auf das *Privateigenthum* der Staatsbürger an ihren Personen oder Gütern erstreckt, weil sonst der Staat aufhören würde, ein solcher zu seyn. Man pflegt die Hauptwirkung der Patrimonialbeschaffenheit der Regierungsrechte in die freie und ganz uneingeschränkte *Disposition* über dieselben zu setzen, so daß mithin ein solcher Regent nach Belieben seinen Staat und die darin befindlichen Unterthanen an jeden andern Regenten verhandeln kann ⁽⁴⁾.

Aufsatz in Schlözers Staatsanzeigen, Heft 63. S. 358. (über diesen Aufsatz vergleiche man Posse über das Staatseigenthum etc. S. 5. flgde.), Scheid: De juris publ. et priv. convenient. et differentiis p. 7., Fischers Lehrbegriff sämmtl. Kammeral- und Polizeirechte, Th. 2. S. 388., Biener (C. G.) De natura et intole dominii interterritoriis Germaniae (Hallae 1780.) lib. 1. §. 10. p. 40., Schnauberts Lehrbuch des teutschen Staatsrechts, Bd. 1. §. 101 b. — Widerlegt findet sich diese Ansicht in meinen staatsrechtl. Erörterungen über den Vorzug der Linealerbfolge etc. (Ilmenau, bei Voigt 1823.) Abhandl. II. §. 1. und 2. S. 31. flgde., Koppe, Almanach der Rechtsgelehrsamkeit 1795. S. 165. flgde., A. F. H. Posse über das Staatseigenthum etc. S. 11. und Nota g. das. und S. 36. flgde. Klübers öffentl. Recht, §. 249.

(4) Posse über das Staatseigenthum S. 13. bis 15.; über die Nachtheile einer solchen *eigenwilligen* Veräußerung, S.

Eine solche Veräußerung aber, die allerdings die traurigsten Folgen für ein Land haben kann, ist weder nach der *Natur der Sache*, noch zufolge der *Entstehung und eigenen Beschaffenheit der deutschen Staaten* für erlaubt zu halten. Die Natur eines Staates bringt es mit sich, daß die Vereinigung der Unterthanen (Union), so wie deren Unterwerfung unter irgend eine Regierungsgewalt auf einem *Vertrag* beruhe, *gleichviel* ob der letztere *ausdrücklich* oder mittelst einer *stillschweigenden Subjection* statt gefunden habe ⁽⁵⁾, und ob alle liegenden Grundstücke, aus welchen ein Staat zusammengesetzt ist, aus bloßen, dem Regenten eigenthümlich gehörenden Grundstücken bestehen, oder ob auch die Unterthanen eigenthümliche Grundstücke hiervon besitzen. Auch kann es keinen Unterschied machen, ob ein Land gewaltsam durch Krieg und Uebermacht erworben worden ist oder nicht. Denn bei einem *gewaltsam* eroberten Staat kann der rechtmäßige Regent, sobald als es ihm die Umstände er-

15. flgde. ebendas.; ferner *meine staatsrechtl. Erörterungen über den Vorzug etc.* (Ilmenau, bei Voigt 1823.) Abhandl. 2. §. 4. S. 50. flgde. — Häberlin (in d. Handbuch der deutschen Staatsrechts, Bd. 2. §. 190. S. 10. flgde. [ingl. §. 184 bis 189.]) hat klar die Entstehung deutscher Staaten und die Grenzen, welche dem Landesherrn überall vorgezeichnet sind, dargelegt, ingleichen die Folgen der Ueberschreitung der letztern (S. 12. Nota XX. daselbst). Vergl. ferner Posse über das Einwilligungsrecht deutscher Unterthanen in Landesveräußerungen (Jena 1786.) S. 5. bis 7.

(5) Vergl. *meine staatsrechtl. Erörterungen etc.* S. 34. und 35. sind die Gründe herausgesetzt; ferner Dresch öffentl. Recht, §. 3.

lauben, sich immer wieder des ihm entrissenen Staates bemächtigen, und braucht nicht die von dem unrechtmässigen Eroberer oder Besitzer desselben contrahirten Staatsschulden und Staatsgüter-Verkäufe anzuerkennen, daher sich auch *deshalb* Hessen-Cassel und Hannover etc. wohl nicht ohne Grund (*wenn sonst keine Staatsverträge entgegen stehen*) weigern, die westphälischen Staatsschulden und Domänenverkäufe anzuerkennen. Die eroberten oder zur Leistung des Huldigungseides gezwungenen Unterthanen aber haben *ganz gleiche Rechte* mit den ihnen entrissenen *rechtmässigen Regenten* (6)

(6) Pofse über das Staatseigenthum etc. S. 16 und 17 und die Anmerkung p., ingleichen *meine staatsrechtlichen Erörterungen* etc. S. 48 bis 52. — Nach dem römischen sowohl als nach dem heutigen Völkerrecht, wird zwar das Staats- sowohl, als das Privateigenthum für *herrenlos* erachtet (die Belege hierüber vergl. in B. W. Pfeiffers *Recht der Kriegseroberung* etc., Cassel 1823, S. 25 flgde.); aber eben um deswillen kann der durch die Gewalt im Krieg Beraubte, *sobald als ihn* das Schicksal begünstigt und die *Uebermacht* verleiht, sich mit *eben dem Recht* wieder des ihm entrissenen Eigenthums wieder bemächtigen. Denn wenn auch die Rechtsgelehrten nicht selbst über die *rechtl. Erfordernisse* der *Kriegseroberung* die abweichendsten Ansichten aufgestellt hätten (vergl. Pfeiffer a. a. O. S. 30 flgde. §. 5.), sondern vielmehr nur *eine* Meinung über die Fragen vorhanden wäre: *a) wer als Feind zu betrachten sey? b) welche Eigenschaften* die Sachen eines Feindes besitzen müssen, und *c) welche Erfordernisse* bei einer *rechtl.* zu begründenden Kriegs-Occupation vorhanden seyn müssen? so würde doch immer unter gleichen Umständen der Beraubte sich des ihm im Kriege entrissenen Eigenthums wieder bemächtigen dürfen, sobald als die *Uebermacht* — die ihn beraubte — ihm zur Seite stehen würde.

§. 4.

Folgen der vertragsmäßigen Regierung.

Wenn eine Regierung mittelst eines *ausdrücklichen oder stillschweigenden Subjectionsvertrages*

Eine Unterscheidung zwischen *gerechten* und *ungerechten* Kriegen halten wir für eben so ungereimt, als eine Unterscheidung zwischen einem Krieg, der von *Staaten* gegen *Staaten*, im Gegensatz eines Krieges, der von *Land- oder Seeräubern* gegen *Staaten* oder gegen *Privatleute* geführt wird; denn was die erstere dieser Unterscheidungen anbetrifft, so gehört ja zu einer Entscheidung über *gerecht* und *ungerecht*, 1) ein von zwei oder mehrern kriegführenden Theilen *gemeinschaftlich* anerkanntes *Gesetz* über die Begriffe „von *Recht* und *Unrecht*“, indem die Gesetze *eines* Staates nicht auf andere *Staaten* oder *Privatleute* angewendet werden können. 2) Würde ebenfalls ein von den besagten Theilen *gemeinschaftlich* anerkanntes *Gericht* dazu gehören, welches jene *gemeinschaftlich* anerkannten Rechtsbegriffe auf *concrete Fälle* anzuwenden berechtigt wäre. Diese Erfordernisse finden wir aber weder bei *souverainen* Staaten gegen *souveraine* Staaten, noch bei Kriegen von wilden Völkern oder heimath- und gesetzlos lebenden See- und Landräuberbanden, gegen gehörig organisirte Staaten oder Privatleute, und eben so wenig läßt sich ein *alle* Staaten so wie die *gesetz- und heimathslos* herumschweifenden Räuberbanden etc. bindendes *allgemeines Gesetz* nachweisen, welches bloß den Staaten ein *Recht* zum Krieg ertheilte? Denn die Grundsätze, welche hierüber entweder von mehrern Staaten oder Rechtslehrern in dem sogenannten europäischen Völkerrecht oder in der römischen Legislation aufgestellt worden sind, können doch nur diejenigen Staaten oder Einzelnen *binden*, die sich mittelst abgeschlossener Verträge oder factisch anerkannter desfallsiger Observanzen, diesen Rechtsgrundsätzen unterworfen haben. Aus diesen Gründen halten wir die *erwähnten* Streitigkei-

begründet worden ist, so geht bei einer *erblichen* Regierung das *vertragsweise* erworbene Recht des

ten der Rechtslehrer für eben so ungegründet als nutzlos, so wie die über die ähnlichen Fragen, ob z. B. eine Kriegseroberung in Beziehung auf *unkörperliche* Sachen statt finde (Pfeiffer a. a. O. S. 41. §. 6.), auf welche Weise Staatscapitalien occupirt werden können (Pfeiffer ebendasselbst S. 62 flgde. §. 9.), ferner über die Eroberung des Staatsgebietes (Pfeiffer ebendasselbst §. 10. S. 64 flgde.), der Staatsgewalt (Pfeiffer a. a. O. S. 77 flgde. §. 11.), in wiefern die Occupation von Staatscapitalien eine Befreiung der Schuldner bewirke (Pfeiffer a. a. O. S. 111 flgde. §. 16.) etc. Im Allgemeinen werden stets die nachfolgenden vernunft- und positivrechtlichen Grundsätze die einfachste Entscheidung über die aufgeworfenen Fragen darbieten.

1) Ein jedes Recht enthält eine *Befugniss* auf der einen, und eine *Verbindlichkeit* von der andern Seite. 2) Müssen diese beide sich correspondirenden Eigenschaften, die das *Recht* begründen, auf ein *Gesetz* gegründet seyn, weil ein Recht ohne ein Gesetz, welches ihm den Charakter eines Rechts beilegt, ein *Unding* ist. 3) Da ein jedes *Gesetz* Rechte und Verbindlichkeiten erzeugen soll, so muß auch

a) ein Recht vorhanden gewesen seyn, zur *Gesetzesertheilung*,
 b) ein Recht, das Gesetz auf bestimmte Subjecte und Objecte *anzuwenden*. Wer mithin weder ein Recht zur Gesetzesertheilung noch zur Anwendung des Gesetzes gegen mich hat, der kann mir auch weder Rechte verleihen noch Verbindlichkeiten aufbürden, noch steht ihm das Recht zu, *andere ihrer Rechte berauben* zu dürfen. Es läuft mithin die Beantwortung aller der aufgeworfenen Fragen auf das Vorhandenseyn eines rechtlich organisirten, und mit der Gesetzgebungs- und Vollziehungsgewalt versehenen Staates, auf das Vorhandenseyn eines concreten, unter ein vorliegendes Gesetz zu subsumirenden Falls, auf das Daseyn eines Subjectionsverhältnisses (gleichviel, ob sich solches auf Unterthanenschaft oder auf rechtsverbindliche Verträge

ersten Besitzers auf seine Nachkommen über, jedoch unter denselben Bedingungen (7a), indem der erste Erwerber nicht mehr Rechte auf seine Nachkommen übertragen konnte, als er selbst rechtmässig erworben und bis zu seinem Tod besessen hatte (7b). Da nun, wie wir bereits erwähnt haben, das Staats-eigenthum kein Grund- und Boden-Eigenthum des regierenden Subjects und seiner Familie ist, und auch keineswegs in der Staatsgewalt selbst (in ähnlicher Eigenschaft) besteht, sondern vielmehr ein *Ausfluss* der Staatshoheit (welcher jedoch nicht mit der Oberherrschaft über Personen verwechselt werden darf) ist, so folgt hieraus so viel, dass a) kein *Auswärtiger* befugt sey, sich irgend einer im Staat befindlichen Sache anzumassen, gleichviel, ob es *Staats-* oder *Privatvermögen*, oder *Adespota* sey,

gründet) und auf das Daseyn der gehörigen, zum *Vollzug* der *gesetzlichen* (Rechte begründenden und Verbindlichkeiten auflegenden) *Vorschriften* erforderlichen Macht hinaus; wo alle oder nur eins dieser Erfordernisse nicht vorhanden ist, da ist entweder kein Recht vorhanden, oder es kann nicht geltend gemacht werden, sondern die rohe Gewalt entscheidet — aber auch nur so lange, bis sie selbst wieder einer überwiegenderen rohen Gewalt das Feld räumen muß.

(7 a) Pofse a. a. O. S. 17 flgde., der *titulus* und *modus habendi* ist mithin *Ein und Dasselbe*, indem beide sich nur auf die Uebertragung gründen können. Ganz verwirrt sind in dieser Hinsicht die von Majern (in dessen allgemeiner Einleitung in das Privatfürstenrecht, §. 18., 21., 44., vergl. hierüber Pofse a. a. O. S. 18 flgde.) aufgestellten Begriffe.

(7 b) Vergl. Pofse über das Einwilligungsrecht teutscher Unterthanen etc. S. 4.

dafs b) das *regierende Subject* die *Staatsgüter* und *Hoheitsrechte* lediglich zu den *Staatszwecken*, in *Gemälsheit* des allgemeinen und positiven *Staatsrechts* und der *Landesgrundesetze*, verwenden dürfe, wogegen c) der *Regent* über sein *Privatvermögen* gleich jedem andern *Privatmann* verfügen darf.

Grundsätze über die *Staatenveräußerungen* oder *Vertauschungen*.

1) *Die Geschichte der Entstehung der Staaten* belehrt uns schon hinreichend, dafs der *Staatenzweck* vorzüglich in der *Sicherheit der Personen* und des *Eigenthums* beruhe, daher man denn um deswillen nicht annehmen kann, dafs die *Unterthanen* in den ausdrücklich oder stillschweigend eingegangenen *Subjectionsverträgen* ihren *Regenten* ein *Veräußerungsrecht* des *Staatsgebietes* oder wohl sogar der *Unterthanen* zugestanden haben werden.

2) Wenn wir daher in der *Geschichte* Beispielen von *Landes-* oder *Unterthanen - Veräußerungen* begegnen, so dürfen wir immer sicher annehmen, dafs nicht die *Staatsunterthanen* im *Allgemeinen* und für *alle Fälle* den *Regenten* ein solches *Veräußerungsrecht* eingeräumt haben, sondern dafs sie sich nur in *einzelnen Fällen* solchen *Veräußerungen* nicht *widersetzt* haben mögen, weil a) sie vielleicht selbst bei einer solchen *Veränderung* des *Regenten* in *einzelnen Fällen* *gewonnen* haben ⁽⁸⁾, oder weil sie b) der *Gewalt*, wenigstens für den *Augenblick* weichen

(⁸) Pofse über das *Staatseigenthum*, S. 22, dessen *Abhandlung* über das *Einwilligungsrecht* teutscher *Unterthanen* in *Landesveräußerungen*, Jena 1786, S. 2 flgde.

mussten (⁹). c) Sind uns aber auch von den wenigsten Veräußerungsfällen der genannten Art die denselben vorausgegangenen Verhandlungen mit den Unterthanen oder den Landständen aufbewahrt worden (¹⁰), indem sich außerdem eine von Seiten der Unterthanen erfolgte freiwillige *Einwilligung* oder eine *erzwungene*, und mithin *rechtsunverbündliche* (der *Gewalt der Waffen* etc. weichende) veroffenbaren würde. 3) Wenn die Unterthanen vermöge ihrer angebohrnen (Ur-) Rechte *kein Handelsgegenstand* seyn können, wenn selbst um deswillen der Negersclavenhandel als eine niederträchtige Herabwürdigung der Menschheit mit Recht verabscheut wird, und deshalb dessen gänzliche Vertilgung ein Gegenstand der Berathungen bei den Congressen in Wien und Verona ward (¹¹), so müßte man ja den Barbaren, nicht aber einem cultivirten Welttheil

(⁹) Welche Folgen solches erzeugen könne, haben wir eben erst im vorigen §. erwähnt. Man vergl. auch *meine staatsrechtlichen Erörterungen* S. 35 flgde., S. 37, S. 50. flgde., *Polse über das Staatseigenthum*, S. 16 flgde.; ganz besonders beherzige man die goldenen Worte hierüber in des Herrn v. Berge's köstlichen Abhandlungen zur Erläuterung der rheinischen Bundesacte. 1. Th. S. 122 flgde. §. 34., S. 204 flgde. §. 75., §. 77., §. 78. — Ohne der Landstände, oder (in deren Ermangelung) der Unterthanen Einwilligung, kann daher auch bei Friedensschlüssen kein Regent seine Länder *rechtsbeständig* abtreten. Anderer Meinung ist *Polse* in der Abhandlung über das Einwilligungsrecht, S. 46, 47 und 49.

(¹⁰) Vergl. *Polse über das Staatseigenthum* S. 22, dessen Abhandlung über das Einwilligungsrecht teutscher Unterthanen etc. S. 43 flgde.

(¹¹) Klübers Acten des Wiener Congresses, Bd. IV. S. 609 flgde. und dessen Uebersicht der Verhandlungen des Wiener

angehören, wenn man nichts desto weniger einen Handel mit cultivirten Unterthanen für erlaubt hielte, während man den mit wilden Negern für einen Gegenstand der Verabscheuung erachtet! 4) Wenden wir ferner unsern Blick auf die *teutschen Staaten*, so finden wir nicht nur nicht die Behauptung derjenigen bestätigt, als ob die Entstehung derselben, der Ursprung der Landeshoheit bei selbigen, so wie deren Erwerbeart anders beschaffen gewesen sey, als solches bei andern Staaten der Fall gewesen ist, sondern es ergeben sich vielmehr die gegentheiligen Resultate hiervon. Denn

A. hatten in ältern Zeiten die Landstände in mehreren teutschen Staaten das *Recht, sich ihre Regenten zu wählen* ⁽¹²⁾, und die Fürsten waren so durch ihre Landstände beschränkt, daß sie *keine Landes-Angelegenheit* von irgend einiger *Wichtigkeit* ohne deren *Zustimmung* vornehmen ⁽¹³⁾ durften, und

B. selbst in den Staaten, wo der *teutsche Thron* erblich war, wählten doch die geistlichen und weltlichen Fürsten, *nach dem Erlöschen der*

Congresses, S. 48 und 54 flgde.; ferner, die preussische Staatszeitung von 1823. Nr. 66. S. 639; *meine staatsrechtlichen Erörterungen*, S. 35 und 37.

(¹²) Vergl. Strubens Tractat von den Landständen §. 2.; eben so hat solches von den Schleswig-Holsteinischen Landständen der Justizrath Christiani im teutschen Magazin. Juni 1794. (Pofse über das Einwilligungsrecht teutscher Unterthanen etc. S. 17.) bewiesen.

(¹³) Vergl. Strubens Nebenstunden, Abh. 4. §. 2. im Th. 1. und Th. II. Abhandl. 10, §. 13., Schmidts Geschichte der Teutschen, Th. IV. S. 487, und Strube, Th. 1. a. a. O. Kapitel II. p. 541.

regierenden Familie einen neuern Regenten (¹⁴). Wie läßt sich unter solchen Umständen behaupten, daß in Deutschland das *Patrimonialstaaten-System* statt finde (¹⁵)? Wenn sich die vormahligen teutschen Reichsbeamten, die Herzoge, Landgrafen, Markgrafen und Grafen etc. in der Zeitfolge die Benefizial- und Lehnsgüter erblich aneigneten, und die Ausbildung der Landeshoheit in diesen Ländern Wurzel faßte, die aber Regenten zu selbstständigen Fürsten und Reichsständen stempelte, so konnten doch ihre, *von der kaiserlichen Macht abgeleiteten Rechte* nicht bedeutender als die *Quelle selbst seyn, aus der sie selbige ableiteten* (¹⁶).

C. Läßt sich auch historisch nachweisen, daß man schon in alten Zeiten einen Unterschied zwischen *eigenthümlichen Gütern* der Herzoge und Grafen, und *eigentlichen Staatsgütern* machte. Selbst die Verkäufe der erstern wollten oftmahls die Unterthanen nicht erlauben (¹⁷); aber da, wo man solches erlaubte, wurde ausdrücklich in den Veräußerungsurkunden der Umstand „*daß es Eigenthum sey*“ einver-

(¹⁴) Vergl. Pofse über Staatseigenthum S. 24. Not. X.

(¹⁵) Wie solches die in der Nota 3 oben bemerkten Schriftsteller behauptet haben. Vergl. auch Pofse über das Einwilligungsrecht etc. S. 17.

(¹⁶) Vergl. Pofse über das Staatseigenthum, S. 24, und dessen Abhandlung über das Einwilligungsrecht teutscher Unterthanen etc. S. 30 und S. 32 flgde.

(¹⁷) Vergl. Pofse über das Einwilligungsrecht etc. S. 35 flgde.

leibt ⁽¹⁸⁾, bei Abtretung eigentlicher Staatsgebietstheile war aber das Einwilligungsrecht der Unterthanen ohne Ausnahme erforderlich ⁽¹⁹⁾, wie sich solches durch die vielfältigsten Beispiele aus der Geschichte beweisen läßt. Selbst zu den Zeiten, wo die teutschen, an Herzoge und Grafen etc., von den Kaisern und Königen vergebenen Länder bloß als Benefizien und zur Administration gelangt waren, durften *die einmal ernannten Regenten nicht ohne ihre eigene und ihrer Unterthanen Einwilligung* von den Kaisern und Königen eigenmächtig ihrer Regentenstellen entsetzt, und diese Länder an andere Regenten vergeben werden ⁽²⁰⁾; die Besitzer solcher Länder, welche ihre Rechte aus den kaiserlichen Befugnissen ableiteten, durften daher ihre Staatsgebiete eben so wenig ohne Zustimmung ihrer Unterthanen veräußern oder vertauschen, wenn gleich die übrigen Reichsstände ihre Beistimmung hierzu ertheilten ⁽²¹⁾, weil diese nichts als das Recht besaßen, ihre Einwilligung bei der Vergebung solcher Länder zu ertheilen. Das *Recht der Wahl* war zwar für die Unterthanen seit der Verwandlung der Amtes- oder Benefizial-Länder in Lehen verloren gegangen, *nicht aber ihr*

⁽¹⁸⁾ Polse über das Einwilligungsrecht etc. S. 36 und Nota k. daselbst.

⁽¹⁹⁾ Polse über das Einwilligungsrecht, S. 33. Nota h.

⁽²⁰⁾ Polse a. a. O. S. 39.

⁽²¹⁾ Polse über das Einwilligungsrecht, S. 40 und dessen Schrift über das Staatseigenthum, S. 25 flgde.

Einwilligungsrecht bei Veräußerungen ⁽²²⁾, denn die Landeshoheit und die Gerechtsame der Unterthanen waren *früher* vorhanden, als die Lehenseigenschaft ⁽²³⁾.

Die Unterthanen haben mithin das Recht erlangt, daß ihnen ihre Regentenfamilie bis zu deren gänzlichen Erlöschung gelassen werde ⁽²⁴⁾, und es kann höchstens der letztern gestattet seyn, ihren Regentenansprüchen zu entsagen ⁽²⁵⁾, nicht aber das Recht zur Veräußerung oder Vertauschung ihrer Länder. Für unsere Behauptung, daß nach den Grundsätzen des älteren und neueren teutschen Staatsrechts die Einwilligung der Landstände oder in deren Ermangelung der Unterthanen bei Veräußerungen oder sonstigen wichtigen Veränderungen

(22) Pofse über das Staatseigenthum, S. 25 und 26, derselbe über das Einwilligungsrecht etc. S. 23, 26, 28, 30, 34, 38 und S. 40. —

(23) Pofse über das Einwilligungsrecht etc. S. 32.

(24) Pofse über das Staatseigenthum, S. 25, derselbe über das Einwilligungsrecht, S. 32 flgde., S. 35, 38, *meine staatsrechtlichen Erörterungen*, S. 34 flgde. und S. 50 flgde.

(25) Vergl. *meine staatsrechtlichen Erörterungen*, S. 36, Pofse über das Einwilligungsrecht, S. 39 und 40. — Nach andern Rechtslehrern soll selbst die Entsagung der Regentenwürde dem Regent nicht ohne Einwilligung der Unterthanen frei stehen. Vergl. Klübers öffentliches Recht etc. §. 191. und Nota a. daselbst. und Pofse über das Staatseigenthum, S. 26. — Diese Behauptung dürfte sich aber wohl nur insofern rechtfertigen lassen, als sich der Regent landesgrundgesetzlich zur *lebenslänglichen Beibehaltung* der Staatsregierung *ausdrücklich* verpflichtet hat.

hinsichtlich des Staatsgebietes erforderlich gewesen sey, wollen wir nur einiger historischer Belege gedenken, und zwar folgender

- 1) des Vertrages der Landstände mit des Herzogs Magni Torquati Söhnen, welcher Vertrag zwischen Herzog Heinrich dem ältern und den Landständen im Jahr 1505 wiederholt ward (²⁶).
- 2) Aus demselben Grunde mußten die Grafen von Waldek, als sie ihr Land zu hessischen Lehen machen wollten, die Einwilligung ihrer Unterthanen hierzu beibringen (²⁷).
- 3) Aehnliche Belege hat uns die Geschichte in Menge aufbewahrt, z. B. von dem Herzog Tasilo in Baiern, von dem Pfalzgraf Ruprecht dem älteren, von den Herren von Plauen (²⁸) etc.

Selbst die Könige waren an dergleichen Einwilligungen gebunden, die auch da, wo Erbverbrüde-

(²⁶) Vergl. Lünigs Reichsarchiv Part. spec. Cont. II. Abth. IV. pag. 253, und ebendasselbst Abth. IV. Abschn. IV. p. 26 und p. 7.

(²⁷) Vergl. *meine staatsrechtlichen Erörterungen etc.* S. 36, ferner Hert de feudis oblati de Mantissa Nr. 5., wo der Lehnauftrag auch darlegt, daß die Grafen versprechen mußten, „ihre Mannschaft und Städte zur Huldigung zu überreden.“

(²⁸) Vergl. die Angabe der Urkunden und der nähern Bewandnisse bei Polse über das Einwilligungsrecht etc. S. 54. Nota c., S. 60 flgde., S. 63, in Betreff der Rechte in den sächsischen Ländern, vergl. ebendasselbst S. 66 und 67, Nota a, b und c, und *meine staatsrechtlichen Erörterungen etc.* S. 42 bis 55, in Betreff der schlesischen Fürsten, Polse a. a. O. S. 67 flgde., über die Stände im Elsaß, Würtemberg etc. S. 68 bis 69 daselbst.

rungen ⁽²⁹⁾ errichtet und von dem Kaiser und Reich bestätigt werden sollten, fördersamst beigebracht werden mußten, nur daß dergleichen gesetz-

(²⁹) Vergl. Pofse über das Einwilligungsrecht etc. S. 55.

In ältern Zeiten, wo die Landstände noch ihre größeren Vorrechte standhaft behauptet hatten, wurde die kaiserl. Bestätigung der Erbverbrüderungen ohne die hinzu gekommene Einwilligung der Unterthanen für durchaus unzureichend gehalten. Vergl. Nota d. a. a. O. mehrere Belege hierüber, ingl. S. 62 daselbst. Wenn wir oben gesagt haben, daß auch die obersten Regenten Deutschlands, die Kaiser und Könige, an die Einwilligung der Unterthanen gebunden waren, so berufen wir uns beispielsweise auf die Abhandl. von Pofse über das Einwilligungsrecht etc. S. 56, wo K. Friedrich II., als er mit dem Bischoff Konrad von Regensburg über die Stifter Ober- und Niedermünster ohne Vorwissen der Aebtissin einen Tausch eingegangen hatte, genöthigt wurde, solchen zu vernichten und *auf offenem Fürstentag zu Würzburg zu widerrufen*, welcher Vorfall die Folge hatte, daß gesetzlich festgesetzt wurde, „daß kein Reichsland ohne Wissen des innehabenden Fürsten und der Landstände sollte vertauscht, oder auf irgend eine Weise veräußert werden“. Vergl. S. 56 u. S. 57, Nota e. bei Pofse a. a. O. Dieses Gesetz muß auch um so mehr noch in unsern Tagen seine Anwendung finden, als a) durch die Auflösung des deutschen Reiches nicht die den Unterthanen früherhin gesetzmäßig erworbenen Rechte entrissen werden konnten (vergl. die Anmerk. 9. dieses Kapit., ferner Klübers öffentl. Recht d. deutschen Bundes, Aufl. 2. etc. §. 50. und 51. a., Dresch öffentl. Recht etc. §. 19. und 20.), b) weil der Inhalt dieses Gesetzes ohnehin eine Forderung des Natur- und allgemeinen Staatsrechtes ist, c) weil es selbst dem Herkommen gemäß ist. (Pofse Einwilligungsrecht etc. S. 59 flgde und S. 63 flgde. Vergl. auch Pofse über das Staatseigenthum S. 27, Nota a. und b. S. 28. flgde.)

liche Vorschriften mehr und minder beobachtet wurden, je nachdem in einem Lande ordentliche Landstände vorhanden waren oder nicht, und in dem erstern Fall die Landstände mehr oder minder muthvoll und ihrer landständischen Pflichten eingedenk gewesen waren, oder nicht. Auch in den landstandlosen Ländern entschied hier gleichfalls der grössere oder geringere Muth und die Einsicht der Unterthanen.

Es konnte inzwischen nicht fehlen, daß sowohl die Landstände als auch die Unterthanen überhaupt in vielen Ländern theils durch eigene, theils durch fremde Erfahrungen, hinsichtlich der einseitigen Landesveräußerungen aufmerksam gemacht, die erste beste Gelegenheit ergriffen, um sich von ihren Regenten Reverse darüber feierlich ausstellen zu lassen (³⁰), daß sie in Zukunft, ohne der Landstände und Unterthanen Einwilligung, keine Landesveräußerungen mehr vornehmen wollten. Eine solche *ausdrückliche* Zusicherung von Seiten des Landesherren berechtigt aber keineswegs zu der Folgerung „*als ob dergleichen Reverse bewiesen, daß ohne solche die Regenten zu Landesveräußerungen unbedingt befugt wären, weil man ja ausserdem dergleichen Zusicherungen nicht bedürfen würde.*“ Denn einem jeden Rechtsgelehrten muß

(³⁰) Vergl. Polse über das Einwilligungsrecht etc. S. 72 bis 80, in Betreff ähnlicher Landesgrundgesetze, fürstlicher Hausrecesse, Regimentsordnungen und Testamente in den sächsischen Ländern, vergl. Polse a. a. O. S. 66 und 75, und *meine staatsrechtlichen Erörterungen* etc. S. 42 bis 55, Polse über das Staatseigenthum S. 26, Nota z.

ja bekannt seyn, was man unter der cautelarischen Jurisprudenz zu verstehen habe? Warum, möchten wir hier fragen, läßt man denn auch dann und in solchen Fällen Verträge gerichtlich bestätigen, Testamente gerichtlich aufnehmen etc., wo die Gesetze (wie solches z. B. nach dem römischen und gemeinen teutschen Rechten in Betreff der außergerichtlichen, privilegirten etc. Testamente, der reinen Consensual-Verträge etc. der Fall ist) *dergleichen* Förmlichkeiten nicht erheischen? Haben diese und ähnliche Cautelen wohl je einen andern Grund für sich gehabt, als die möglichste Sicherstellung der Rechte, und der Beweisführung? Alle *schriftlichen* Documente sind mithin da, *wo nicht ausdrücklich* die Gesetze *das Daseyn eines Rechtes von einer brieflichen Urkunde abhängig* machen, lediglich *des Beweises wegen* nützlich und nothwendig geworden, denn warum würde man sich *außerdem* über bezahlte Schulden und Darlehne Quittungen und Schuldscheine ausstellen lassen, da dergleichen Maasregeln nicht als nothwendige Bedingungen für *das Recht selbst* vorgeschrieben sind? Alles dieses geschieht mithin *des Beweises wegen*, und es sind schon dergleichen Vorsichtsmaasregeln um deswillen nothwendig, weil, wenn auch die Contrahenten stets ehrlich genug seyn würden, ihre Verpflichtungen niemahls *absichtlich* und *wissentlich* abzuleugnen, diese doch nicht ewig leben, während die durch sie eingegangenen Verpflichtungen auf deren Nachkommen vererbet werden, die ohne dergleichen schriftliche Beweise, selbst ohne Gefährde, falsche Vorstellungen von ihren Rechten und Verpflichtungen hegen könnten; weil ferner bei verwickelten Rechtsangelegenheiten oftmahls der *Zusammenhang des Ganzen* und nicht einzelner Ausdrücke entschei-

dend ist, *welcher*, da wo er nicht durch die Schrift festgehalten wird, selbst dem Gedächtniß der Contrahenten, wie viel mehr aber noch denjenigen entschwinden kann, die ihn bloß nach mündlichen und vielleicht nach unklaren oder absichtlich entstellten Mittheilungen kennen?

Es würde sich kaum der Mühe verlohnen, über eine so klare Rechtswahrheit so viele Worte zu verlieren, wenn sich nicht selbst einer unserer scharfsinnigsten und mit Recht geachteten Rechtslehrer, der um die Rechtswissenschaft hochverdiente Strube⁽³¹⁾, zu einer so irrigen Ansicht über diesen Gegenstand öffentlich bekannt hätte, und wenn nicht das Verabsäumen solcher schriftlichen Normen in *früheren Zeiträumen* die Veranlassung zu spätern Streitigkeiten zwischen Regenten und Unterthanen gegeben^(32a) hätte, weil man öfters unterlassen hatte, Urkunden über alle Verhandlungen der angegebenen oder ähnlicher Art abzufassen, oder weil man wenigstens oftmahls verabsäumt hatte, die selbigem vorausgegangenen Unterhandlungen und anderen, solche begleitenden Umstände den Beweisurkunden einzuverleiben^(32b), ob es übrigens gleich bekannt genug ist, daß alle dergleichen wichtige Staatsangelegenheiten ein Gegenstand der landständischen Berathung wurden, bevor sie zum förmlichen Ab-

(³¹) De statuum provincialium origine et præcipuis juri-
bus §. 17., und Pofse hierüber in der Abhandlung des
Einwilligungsrechts teutscher Unterthanen etc. S. 42.

(32 a) Pofse a. a. O. S. 43 flgde.

(32 b) Einen merkwürdigen Beleg liefert uns hierbei die
Uebergabsurkunde der Lausitz an Sachsen, vergl. Pofse
über das Einwilligungsrecht etc. S. 43, Nota m.

schluss gediehen ⁽³³⁾. Hierzu gesellte sich der Umstand, dass in ältern Zeiten keine Landtagsacten geführt wurden, aus welchen man die nöthigen Notizen über die bei Staatsgüter-Veräußerungen eingeholte Einwilligung der Unterthanen hätte entnehmen können, indem man solche Landtagsacten erst seit dem sechzehnten Jahrhundert eingeführt hatte ⁽³⁴⁾. Alles beruhte mithin auf dem Umstand, ob man den Veräußerungsurkunden die Notiz über die erfolgte Einwilligung der Landstände und Unterthanen einverleibt hatte, oder nicht. Da jedoch die bei dergleichen Veräußerungsfällen statt findende Einwilligung der Unterthanen *als nothwendig a)* nach der Natur der Sache, und *b)* zufolge der von uns bereits dargelegten Berechtigungen der Landstände und Unterthanen erscheint, so muß bei dem ein und das andere Mal statt findenden Mangel an schriftlichen Urkunden die *Vermuthung jederzeit in zweifelhaften Fällen für die eingeholte Einwilligung der Unterthanen bei Staatsveräußerungen streiten*, jedoch *nur bis zu der Zeit, wo in dem Staat, wo solche vorgenommen worden, noch keine Landtagsacten vorhanden gewesen sind*, weil man in dem entgegengesetzten Fall vermuthen muß, dass dergleichen wichtige Landesangelegenheiten, als die Landesveräußerungen sind, in den Landtagsacten nicht unbemerkt geblieben seyn würden, *da, wo die Landstände oder Unterthanen um ihre desfallsige Einwilligung befragt worden sind*.

(33) Vergl. Pofse a. a. O. Nota n. und S. 45, Nro. IV. und Nota p.

(34) Vergl. Pofse Einwilligungsrecht der Unterthanen etc. S. 44, Nota o.

Wir können nunmehr nach diesen gefundenen Resultaten die Rechtssätze folgen lassen, die über diese Materie als Normen für unser heutiges öffentliches deutsches Recht zu betrachten sind.

§. 6.

Rechtsgrundsätze über das Staatseigenthum nach dem heutigen deutschen Bundesrecht.

A. Staatszweck und Folgen desselben für das Staatseigenthum.

1) Der Zweck des Staates besteht in der *Sicherheit* ⁽³⁵⁾ und *Wohlfahrt* der *Unterthanen*; er hat mithin nichts mit dem *Eigenthum* gemein, weil das letztere nur den Nutzen des Eigenthümers be-
abzweckt ⁽³⁶⁾. Hieraus ergiebt sich denn als nothwendige Folge, daß *a)* nicht, wie es Viele behaupten, die Vermuthung dafür streitet, daß alles, was sich innerhalb des Staatsgebietes befindet, bis zum Beweis des Gegentheils, für Staatseigenthum gehalten werden müsse ⁽³⁷⁾, sondern daß vielmehr *b)* bis zum Beweis des Gegentheils, alles für *Eigenthum* der *Unterthanen* zu erachten ist, weil das *Eigenthum* außerhalb des Staatszweckes (insofern als wir uns nämlich den Staat den Staatsbürgern gegenüber denken) liegt, während in Hinsicht auf die *Unterthanen* die *Sicherheit* und *Wohlfahrt* den

⁽³⁵⁾ Vergl. Klübers öffentl. Recht §. 1. Nota a., Schmidts Lehrbuch des gemeinen deutschen Staatsrechts Abth. 1. S. 4 flgde., §§. 1. 3. 5. 6. 7. 8. und 9.; Dresch öffentl. Recht etc. §. 1. und 2.; ferner Polse über das Staatseigenthum S. 40 flgde.

⁽³⁶⁾ Vergl. Polse über das Staatseigenthum S. 37.

⁽³⁷⁾ Vergl. Polse über Staatseigenthum S. 34 flgde.

Grund des Staatsverbandes bildet, welche erstere nur durch *Beschützung* der *Personen* und des *Eigenthums*, so wie die letztere durch *Anstalten* erreicht werden kann, welche die *Ausbildung des menschlichen Geistes* und die *Vermehrung des physischen Vermögens der Unterthanen* möglich machen, und mithin durch diesen herbeigeführten geistigen und physischen Reichthum die *Wohlfahrt der Unterthanen* begründen. Wenn nun gleich der Staat fähig ist, *Eigenthum* zu erwerben ⁽³⁸⁾, und wenn er ferner, vermöge positiver gesetzlicher Vorschriften, auf *Niemandes* gehörige (*res nullius*), auf *herrenlose* (*Adespota*) oder auf *erblose* und *vacante* Güter (*bona vacantia*) Ansprüche machen kann ⁽³⁹⁾, so sind dieses doch nur *zufällige* Rechte, die kein *wesentliches Merkmal seiner Natur* ausmachen, und eben deswillen *keine Vermuthung* begründen können, daß alle, innerhalb des Staates *befindliche*, oder *wenigstens zweifelhafte* Güter dem Staat gehören, wenn nicht in Hinsicht der letztern *rechtsgültige Gesetze* irgendwo das Gegentheil ausdrücklich bestimmen; sondern man muß vielmehr der Natur der Sache nach annehmen, daß wenn der Regent *für den Staat* oder *für sich* (es mag solches in letzterer Rücksicht als *Privateigenthum* oder *jure patrimoniali et herili* in Anspruch genommen werden), Güter innerhalb des Staates sich zueignen

(38) Siehe §. 2. dieses Kapitels.

(39) Vergl. Klübers öffentl. Recht etc. §. 256., 257. und 258. — Pofse über das Staatseigenthum S. 65 bis 73; auch an den Gütern der Staatsgesellschaften hat der Staat kein Eigenthumsrecht, wie solches Pofse a. a. O. S. 73 bis 91 unwiderleglich bewiesen hat.

will, er sein Recht hierauf gleich jedem andern Privatmann beweisen muß (⁴⁰).

2) Die Unterthanen sind berechtigt, zu verlangen, daß ihre Staatsverfassung, und somit auch das, was hinsichtlich des Staatseigenthumsrechts, vermöge des Vernunft- so wie des allgemeinen und positiven Staatsrechts, vorschriftsmässig ist, geschützt werde (⁴¹).

3) Die Staatsregierung oder der Regent dürfen die Regierungs- oder Staatsgewalt nur zur Beförderung des Staatszweckes gebrauchen (⁴²). Da nun das Staatseigenthum nur ein zufälliges, nicht zum unmittelbaren Staatszweck gehörendes Recht ist, so kann für selbiges nicht die Vermuthung streiten, sondern es ist solches nur insoweit, als dessen rechtlicher Erwerb nachgewiesen wird, und innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu beachten (⁴³).

4) Es ist irrig und unerwiesen, daß, zufolge der Entstehung der Staaten, die Staatsgewalt früher als das Privateigenthum bestanden habe, weil eine Vereinigung früher statt finden mußte, ehe eine Subjection darauf folgen konnte. Eroberung eines Landes und Vertreibung der frühern Einwohner, so wie die nachmahlige Vertheilung des Staatsgebietes, muß als Ausnahme von dem regelmässigen Lauf der Dinge erwiesen werden (⁴⁴); doch ist

(⁴⁰) Vergl. Pofse über das Staatseigenthum etc. S. 37.

(⁴¹) Klübers öffentl. Recht §. 164. Nro. I. und II.

(⁴²) Klüber a. a. O. §. 177. I. Nro. 3.

(⁴³) Pofse über das Staatseigenthum S. 37 flgde, dessen Einwilligungsrecht etc. S. 42 flgde.

(⁴⁴) Pofse über das Staatseigenthum etc. S. 40 flgde.

selbst diese letztere Behauptung unrichtig, indem die erobernden Heerführer nur *einen* gröfseren Antheil an der Beute erhielten, während alles, was bei ihnen Zubehör eines Privatgutes war, dieselbe Eigenschaft bei andern Privatpersonen besafs (⁴⁵). Auch die eroberte Nation ward nicht immer ihres Privateigenthumes beraubt (⁴⁶).

B. Staatserwerbungen.

So wie in Hinsicht der Güter, welche der Regent *besitzt*, ein Unterschied zu machen ist, ob es Staats- oder Privatgüter sind, eben so ist eine gleiche Unterscheidung in Betreff der durch den Regenten *erworbenen* Güter durchaus nothwendig. Alle Erwerbungen *von Staatswegen* werden mit dem Staatsvermögen unmittelbar vereinigt. Diese Bestimmung fließet schon aus der Natur der Sache, weil der Regent nur der oberste Repräsentant, nicht aber der Eigenthümer des Staates ist (⁴⁷); inzwischen hat man doch diese Bestimmung zum Ueberflufs mehreren Landesgrundgesetzen in der neuern Zeit *ausdrücklich* einverleibet. So enthält z. B. der §. 1. des Hildburghäuser Haus- und Grundgesetzes über Staatsgüter etc. (vom 26. April 1820) die gesetzliche Norm: „eben so sollen dazu alle künftig mit den Kräften oder Mitteln des Landes *acquirirte* und demselben oder dem Herzogl. Hause sonst *anfallende Güter, Besitzungen und Rechte* gehören, und

(⁴⁵) Pofse Staatseigenthum S. 44 flgde. Da, wo Einschränkungen statt fanden, traten besondere Gründe ein. S. 51 flgde. 62 flgde. 64 flgde.

(⁴⁶) Pofse a. a. O. S. 47. Nota z. S. 48 flgde.

(⁴⁷) Vergl. *meine staatsrechtlichen Erörterungen*, Abhandl. 2. §. 1. und 2.

dem *Staate* ohne weiteres einverleibet seyn.⁴⁸ Eine ähnliche Verfügung enthält der württembergische Verfassungsvertrag vom Jahr 1819. §. 2. und 87.

C. Staatsveräußerungen.

Eben so wenig als sich der Regent die *Staats-erwerbungen* als Privatmann aneignen darf, ist es ihm, und zwar aus gleichem Grund, gestattet, die *Staatsregierung* oder das *Staatsgebiet* zu veräußern (⁴⁸), und am wenigsten die *Unterthanen* (⁴⁹), als einen unveräußerlichen Gegenstand. Einzelne Gebietstheile, ohne die darauf haftenden Souverainitäts- oder Hoheitsrechte, sind dagegen dem Regenten nach den Grundgesetzen mancher Staaten oder Fürstenthümer unter gewissen Voraussetzungen zu veräußern erlaubt (⁵⁰) worden. So gestattet z. B. das Landesgrundgesetz des Großherzogthums S. Weimar vom 17. April 1821. die einseitige Veräußerung oder Ablösung von Frohndiensten, Zehenten, Zinsen etc. zur Abtragung der Kammerschulden und zur Ausleihung des Ueberrestes an die Landschafts-Casse. Ferner ist die Aufnahme von Capitalien zur Erhöhung des Kammervermögens unter der Verantwortlichkeit des Großherzogl. Ministeriums gestattet worden, wovon jedoch die Landschaft in Kenntniß gesetzt und der Erfolg dargelegt werden soll. Nicht minder sollen Theile des

(⁴⁸) Vergl. Klübers öffentl. Recht etc. §. 250. II. Nota c. (und §. 176. Nota c.) und oben §. 3. dieses Kap. Nota 4. §. 4. daselbst. (Nro. 4. daselbst sind auch die Nota 30. angezeigten Schriften vorzüglich zu vergleichen.)

(⁴⁹) Vergl. §. 3. Nota 5. dieses Kapitels und §. 4. Nro. 3.

(⁵⁰) Vergl. Klüber a. a. O. §. 250, Nota d.

Kammervermögens gegen andere Realitäten und Rechte von gleichem Werth vertauscht werden dürfen (⁵¹). Eben so verordnet das Grundgesetz des Fürstenthums Hildburghausen v. 19. März 1813. §. 2. Tit. I.: *Das Recht des Beiraths und der Zustimmung bei Verträgen und Dispositionen, wodurch die Integrität des Landes verletzt, dessen Einkommen geschmälert oder die Regierungsverfassung des Herzogl. Hauses verändert wird, von Seiten der Landschaft.* Der §. 46. Tit. V. aber verordnet: *Verträge und andere Bestimmungen, welche den Umfang der gegenwärtigen Landestheile, die Landes - Einkünfte oder die Regierungsverfassung des Herzoglichen Hauses verändern, sollen den Landständen entweder noch vor deren Eingehung*

(⁵¹) Vergl. das S. Weimar-Eisenachische Regierungsblatt v. 1820. S. 493 flgde. Eine solche Vertauschung versteht sich wohl nur von dem Fall, wo nicht Souverainitäts- und Hoheitsrechte mit Unterthanen ein Gegenstand der Verhandlung sind, denn letzteres würde aus den so eben im Text angegebenen (bei Nota 48. und 49.) Gründen nicht statthaft erscheinen; auch würde wegen der gesammten sächsischen Hand- und wegen den entgegen stehenden Erbverbrüderungen mit Brandenburg und Hessen die Einwilligung der Namensvettern und Erbverbrüdernten als nothwendig erscheinen. Vergl. *meine staatsrechtlichen Erörterungen* etc. Abhandl. 2. §. 1., §. 2. S. 34 flgde., §. 3. S. 42. flgde. und Abhandl. 1. S. 21 bis 23. — Es liesse sich über dieses die Frage aufwerfen, ob *nicht bei allen Veräußerungsfällen* die Einholung der genannten Einwilligungen erforderlich sey; denn es kann keinem Stammesvetter oder Erbverbrüdernten einerlei seyn, welcher Ersatz an andern Realitäten ihm zu Theil wird, und er muß prüfen dürfen, ob solcher einen gleich grossen Werth für ihn besitze?

oder doch noch vor ihrer Ratification zur Ertheilung ihres Rathes und ihrer Zustimmung mitgetheilt werden. Dieses Landesgrundgesetz wurde nicht nur von des regierenden Herzogs Durchl. vollzogen, und die Genehmigung von des Erbprinzen Joseph Durchl. beigefügt, in welcher es unter andern heisst: *diese Unsere Beistimmung und Zufriedenheit hiermit nochmahls verbindlich zu erklären, und die Versicherung von Uns zu stellen, im Fall Unserer Regierungsnachfolge genanntes Grundgesetz stets treu zu beobachten, und solches fest und unverbrüchlich zu erhalten, auch darüber zu wachen, dass demselben auf keine Weise entgegengehandelt werde; sondern es wurde auch dieses Landesgrundgesetz auf besonderes Nachsuchen von dem Bundestag, laut des Protocolls der Bundesversammlung von 1818. §. 115. garantirt. Aehnliche, noch speciellere Verfügungen enthält das Hildburghäuser Haus- und Grundgesetz über Staatsgüter und Schuldentilgung* (⁵²) vom 26. April 1820. Hierin finden wir folgende Verfügungen über die Landesveräußerungen (Tit. I. §. 1. (⁵³)): *Zum Staatsgut gehören im All-*

(⁵²) Wir verweilen um deswillen länger bei diesen beiden Landesgrundgesetzen, weil 1) solche nach unserm Dafürhalten *musterhaft* abgefast sind, und weil 2) solche aus den gleich zu erwähnenden Gründen zur Sprache kommen und ein *allgemeineres* und *öffentliches* Interesse erhalten könnten.

(⁵³) Die Aufnahme dieser Bestimmung schien uns hier um deswillen zweckmässig, weil sie nicht allein die klaren Normen enthält, was man zum Staatsgut gerechnet wissen wolle, sondern weil sich hieraus nunmehr am besten erläutern lässt, *was unveräußerliche Güter des Staates sind,*

gemeinen alle Bestandtheile des Landes, welche zusammen ein untheilbares, unveräußerliches Ganze bilden, Insbesondere gehören dahin alle zum Unterhalt der Herzogl. Regentenfamilie, dann zur Bestreitung anderer Staatsbedürfnisse, besonders der Staatsadministration, vorhandenen Domainengüter, Forsten, Gefälle und sonstigen nutzbaren Rechte, und zwar ohne Unterschied, ob sie zu dem Familienfideicommiss des Herzogl. S. Gesammthausen gehören und in den Portionsanschlügen enthalten, oder erst in spätern Zeiten erworben oder dem Staate angefallen sind. Eben so sollen dazu künftig mit den Kräften oder Mitteln des Landes acquirirte und demselben oder dem Herzogl. Hause anfallende Güter, Besitzungen und Rechte gehören, und dem Staate ohne weiteres einverleibt seyn. Der §. 4. enthält insbesondere die speciellen Bestimmungen über die Unveräußerlichkeit der Domainen. Das Domainen-Vermögen ist in seinem wesentlichen Bestande zu erhalten und, mit Ausnahme der unten bestimmten Fälle, unveräußerlich. Unter Veräußerung ist nicht allein begriffen, wirklicher Verkauf, sondern auch Schenkung unter Lebenden und auf den Todes-

indem diese Bestimmungen ganz aus der Natur der Sache geschöpft sind, nur mit Ausnahme der Verfügung über das Familienfideicommiss, bei welchem immer aus dessen speciellen Inhalt entnommen werden muß, ob es „Staatsguts-Qualität“ besitzt, oder nur Privatgut der Familie ist, in welchem letztern Fall bloß die Einwilligung der Familienglieder bei der Veräußerung nothwendig ist, während durch obiges Gesetz nunmehr dieses Fideicommiss Staatsgut geworden ist. Aehnliche Fälle vergl. in Klübers öffentl. Recht, §. 253. Nota d.

fall, Wiederkauf, Uebergabe in pfandschaftlichen Besitz und Genuß, Vererbpachtung, Beschwerung mit einer beständigen Last, Reinf feudation, Hingabe im Vergleich gegen baares Geld u. dgl. Der unmittelbar hierauf folgende §. 5. mit der Ueberschrift „Nachgelassene Veräußerung“ lautet folgendermaassen: Unter dem absoluten Veräußerungsverbote sind nicht mit begriffen: a) Abtretungen, welche unausweichbare Nothwendigkeit gebietet, z. B. die Beseitigung von Streitigkeiten, wenn ein rechtskräftiger Ausspruch zum Nachtheil der Domainen entweder schon vorliegt, oder zu besorgen ist, Ausgleichung mit benachbarten Staaten zum Besten des Ganzen; b) bloße Vertauschung, bei welcher der volle Werth durch andere, gleich nutzbare Realitäten ersetzt wird; c) einzelne Veräußerungen zur Beförderung der Landcultur, besserer Benutzung des Eigenthums der Unterthanen; z. B. durch Aufhebung der Frohnen, des Handlohns — oder sonst zum sichern Nutzen des Landes oder des Staats - Aerars, z. B. wenn Realitäten dem Aerar gar keinen oder nur einen unverhältnißmässig geringen Nutzen gewähren. Für alle Veräußerungen der Art sind dieselben Förmlichkeiten ⁽⁵⁴⁾ erforderlich, welche unten (Art. 10.) für die Contrahirung von

(54) Zufolge des Artik. 10. bestehen diese Förmlichkeiten darin, daß wenn der von dem Finanzcollegium gethane Vorschlag der Regierung vorgelegt wird, dieselbe ihn aber unstatthaft findet, andere Vorschläge von dem Finanzcollegio gethan werden müssen; wenn aber der Antrag annehmbar ist, so soll er nach Nro. 4. daselbst „an die Landschaft zur verfassungsmässigen Zustimmung gebracht, und daß solches geschehen sey, in der Schuldurkunde (welche von der Regierung ausgefertigt und vom Landesherrn bestätigt wird) bemerkt werden.“

Staatsschulden festgesetzt sind. Der Erlös beim Verkauf der Domainen ist jedesmahl auf die nützlichste Art zum Besten des Staates zu verwenden, vorzüglich zur Erkaufung anderer Güter oder zur zeitlichen Aushülfe der Staatsschuldentilgung.

Diese beiden Landesgrundgesetze können vielleicht bald nicht nur für die Hildburghäuser Unterthanen, sondern selbst für alle, welche sich für die teutschen Bundesangelegenheiten interessiren, einen besondern Werth erlangen. Es ist nemlich bereits anderwärts erwähnt worden ⁽⁵⁵⁾, daß die Herzogl. Sächsischen Häuser, Gothaischer Linie, in Verhandlungen über die Beerbungsweise der *Sachsen-Gothaischen- und Altenburgischen Lande*, auf den Fall des dereinstigen Ablebens des jetzt regierenden Herzogs Durchl. stehen, und daß diesem zufolge eine Ländervertauschung beabsichtigt werde, vermöge deren das Gothaische Land ganz erhalten, und einer der miterbenden Herrn Herzoge seine Residenz in Gotha nehmen, und ein anderer derselben Altenburg erhalten solle. Es wurde dort selbst gezeigt, daß weder

1) zufolge der Bestimmungen des Altenburger Vertrages von 1672, und der mit Brandenburg und Hessen bestehenden Erbverbrüderungen ⁽⁵⁶⁾, noch

2) vermöge des Vernunft- ⁽⁵⁷⁾ und teutschen Staatsrechts ⁽⁵⁸⁾, so wie zufolge des sächsischen

⁽⁵⁵⁾ Vergl. meine staatsrechtlichen Erörterungen über den Vorzug der Linealerbfolge etc. (Ilmenau, bei Voigt 1823.) Abhandl. II.

⁽⁵⁶⁾ Vergl. die angeführten staatsrechtlichen Erörterungen S. 22. flgde.

⁽⁵⁷⁾ Vergl. ebend. S. 31 flgde.

⁽⁵⁸⁾ Ebend. S. 33 flgde.

Familien-, Staats- und Lehnrechts⁽⁵⁹⁾, wie auch wegen der vorhandenen Familien-Recesse⁽⁶⁰⁾ zwischen den S. Gothaischen Häusern eine *Länderveräußerung oder Vertauschung* erlaubt sey, und dieses um so weniger, als (der vielen andern erwähnten Rechtsgründe und Hausregulative nicht zu gedenken)⁽⁶¹⁾ a) der Reces von 1680, so wie der Römhilder von 1791, die Veräußerung eines *jeden Staatsgebiets-Theiles oder Rechtes* strenge verboten haben, b) weil die Hildburghäuser Landschaft, vermöge des §. 24. des Recesses von 1680, so wie zufolge der eingeführten Primogenitur-Constitution von 1705. und dem Testament Herzog Ernsts von 1705. die Garantie über die Unveräußerlichkeit der Staatsgüter übernommen und auf deren Festhaltung eidlich habe angeloben müssen⁽⁶²⁾. Diesen Gründen setzten Einige folgende Gegengründe entgegen, daß 1) die besagten Recesse nur die Veräußerung *einzelner Theile* des Staatsgebietes und sonstiger Staatsgüter, nicht aber die *aller zusammen oder des ganzen Landes* verboten hätten, 2) daß die Garantie der ehemaligen Landesstände und deren eidliche Angelobung nicht mehr hinderlich wären, indem jetzt seit dem Jahre 1818. ein ganz neuer landständischer Körper existire. Was nun den sogenannten Gegengrund unter 1. anbelangt, so würde demzufolge das Verbot, daß man seinem Mitmenschen nicht *eine Frucht* entwenden dürfe, die Folge

(59) S. 42 flgde daselbst.

(60) S. 45 flgde daselbst.

(61) Seite 46 flgde, die Anmerkungen X, XX, XXX und XXXX.

(62) Die staatsrechtlichen Erörterungen a. a. O. S. 46. Anmerk. XXXX.

der Strafflosigkeit nach sich ziehen müssen, wenn man ihm sein ganzes Vermögen entwendete. Da nun aber der Vernunft, so wie den positiven Rechten zufolge, das Verbot des Geringern nicht nur das des Größern in sich enthält, sondern sogar erhöht, weil ferner die Veräußerung des ganzen Landes und dessen Verwandlung von einem Hauptland in ein Nebenland den Unterthanen größern Schaden ⁽⁶³⁾ zufügt, als die Veräußerung eines kleinen Distriktes oder einzelner Berechtigungen, und weil in Betreff des unter 2. angeführten Grundes die jetzigen Landstände in Hildburghausen an die Stelle der früheren getreten und alle Gerechtsame und Verpflichtungen der letztern auf die erstern übertragen worden sind: so erscheinen diese Einwürfe als ganz unhaltbar. Wenn nun sogar diese Verbotsgünde noch durch den §. 2. und §. 46 Tit. V. des Grundgesetzes der landschaftlichen Verfassung von 1818. und durch §. 1., §. 4. und 5. Tit. 1. des Landes-, Haus- und Grundgesetzes von 1820. verschärft worden sind, vermöge deren ohne die landschaftliche Zustimmung sogar die Veräußerung oder Vertauschung unbedeutender, strittiger, und durch eine Staatsnothwendigkeit motivirter, Gerechtsamen verboten worden ⁽⁶⁴⁾ sind, während alle

⁽⁶³⁾ Vergl. Polse über das Einwilligungsrecht etc. S. 6. flgde., S. 38 flgde. und 56 flgde.; derselbe über das Staatseigenthum etc. S. 16 flgde., *meine staatsrechtlichen Erörterungen* S. 35 flgde. und S. 50 flgde., Klübers öffentl. Recht §. 191. und oben §. 3. Nota 5., §. 4. Nro. 3. und §. 6. Lit. C. und Nota 49 daselbst.

⁽⁶⁴⁾ Vergl. das angeführte Grundgesetz von 1820, Tit. 1. §. 5.

übrigen Gegenstände des Staatseigenthums für *absolut* (also auch, wenn die Landstände einwilligten) unveräußerlich erklärt worden sind: so begreifen wir nicht, welche Rechtsgründe man zur Vertheidigung der gegentheiligen Meinung aufstellen könnte. Denn wenn weder die *Integrität des Landes* verletzt werden soll (welches geschehen würde, wenn die Unterthanen den geringsten Nachtheil von einer Landesveräußerung oder Vertauschung verspüren würden ⁽⁶⁵⁾), noch die Regierungsverfassung verändert oder der Landesumfang geschnälert werden sollen ⁽⁶⁶⁾, wenn ferner *alle Bestandtheile* ⁽⁶⁷⁾ des Landes *zusammen genommen* für ein *untheilbares und unveräußerliches Ganze* erklärt worden sind, wenn endlich das Landesgrundgesetz von dem Fürsten und dessen präsidenten Regierungsnachfolger ratificirt und auf deren Wunsch von der Bundesversammlung garantirt und beide Gesetze (das von 1818. und 1820.) vertragsmäßig von Seiten des Regenten und der Landstände verabsafst worden sind: so scheint uns nichts natürlicher, als daß die Bundesversammlung schon *von amteswegen* ⁽⁶⁸⁾, und wenn man auch nicht zum voraus überzeugt seyn könnte, daß ohnehin die Landstände

(⁶⁵) Dieses würde aber der Fall seyn wenn das *Hauptland* in ein *Nebenland* verändert und die *Residenz* aufgehoben würde.

(⁶⁶) Vergl. die angef. Landesgrundgesetze von 1818. §. 2., und §. 46. Tit. V. das.

(⁶⁷) Vergl. die Grundgesetze a. a. O. v. 1820. tit. 1. §. 1.

(⁶⁸) Vergl. Klübers öffentl. Recht, 2te Ausg. §. 156 b. *Wiener Schlufsacte* von 1820. Art. 17, 31, 53, 54. Klüber a. a. O. §. 148 b. — Dresch öffentl. Recht S. 64. flgde. und dessen erste Fortsetzung. §. 30. und 31.

in Hildburghausen die Rechte des Landes auf alle erlaubte Weise wahren würden, einschreiten, und eine solche Landesvertauschung unter den dargelegten Umständen nicht zugeben würde, weil 1) die hohe Bundesversammlung den Bundeszweck zu erhalten und in Erfüllung zu bringen hat, 2) weil die Wiener Schlussacte von 1820 durch den deutschen Bund auch die innere Sicherheit Deutschlands erhalten wissen will (⁶⁹), und die Gesetzmäßigkeit in den einzelnen Bundesländern, so wie die Handhabung der grundgesetzlichen und der durch die Bundesversammlung garantirten Verfassungen zu bewerkstelligen, der hohen Bundesversammlung aufgetragen (⁷⁰) hat. Wer möchte solches noch bezweifeln, wenn man die Rede des österreichischen Gesandten vom 5. Nov. 1816., und die merkwürdigen Erklärungen desselben in der Hofmannischen Stritsche in Erwägung ziehet (⁷¹).

Wir glauben nunmehr bewiesen zu haben, daß im *Allgemeinen* nicht nur nach der Natur der Sache, und in Gemälsheit des Vernunft- und allgemeinen Staatsrechtes, sondern auch zufolge des Herkommens und des vormahligen deutschen Staates- und dermahligen Bundesrechts die Veräußerung des Staatseigenthums, es bestehe solches worin es wolle, durchaus, ohne die *hinzukommende Einwilligung der Unterthanen*, gesetzwidrig sey; und wenn gleich, vermöge des Artikels 8. der Rheinbundsacte,

(⁶⁹) Art. 2. 18.

(⁷⁰) Vergl. Klübers öffentl. Recht §. 148 b. — Wiener Schlussacte v. 1820. Art. 60. u. 61. Klüber a. a. O. §. 157., 158 a u. 158 b; ferner §. 164. das., §. 217 a. flgde. u. §. 165.

(⁷¹) Vergl. hierüber Klüber a. a. O. 158 a. Nota a. das.

eine Veräußerung an die Bundesmitglieder gestattet worden ist, und auch der Artikel 6. der Wiener Schlussacte die Abtretung von Souverainitätsrechten unter derselben Bedingung gestattet: so haben wir doch nicht allein in dieser Schrift, sondern auch anderwärts ⁽⁷²⁾ bereits bewiesen, daß durch Staatsverträge mehrerer Regenten unter einander keineswegs die wohlerworbenen Rechte der Unterthanen beeinträchtigt werden können ⁽⁷³⁾, daher wir uns nicht von der Rechtsverbindlichkeit dieser beiden Artikel überzeugen könnten, wenn sie auch wirklich diese so eben dargelegte Vorschrift *unbedingt* ausgesprochen haben würden; es ist aber solches nicht einmal der Fall, denn keiner dieser beiden Artikel sagt, *daß solches einseitig von dem Regenten oder vermöge der unter mehreren Mächten errichteten Staatsverträge geschehen könne*, daher denn diese Aussprüche unter der stillschweigenden Clausel zu verstehen sind *„wenn solches unbeschadet der Rechte Dritter geschehen kann.“*

Da übrigens schon das Vernunft- und allgemeine Staatsrecht die Unveräußerlichkeit des Staatseigenthums, ohne die hinzutretende Einwilligung der Unterthanen, aussprechen, so ist die Behauptung

(72) Vergl. *meine staatsrechtl. Erörterungen* S. 37. flgde.: Abhandlungen zur Erläuterung der rheinischen Bundesacte von Berg, §. 74 — 79, §. 83 und S. 265 im 1sten Theil, ferner das Kapitel I. oben in der 1sten Abtheilung dieser Schrift etc.

(73) — *Meine staatsrechtl. Erörterungen* S. 39. flgde. Berg a. a. O. Klübers öffentl. Recht §. 50 und 51. Dresch öffentliches Recht §. 18 und 19.

tung mancher Rechtslehrer ⁽⁷⁴⁾ „dass die Einwilligung der Landstände oder der Unterthanen, in Ermangelung einer besondern Bestimmung nicht nöthig sey, unrichtig ⁽⁷⁵⁾).

Wenn ferner Klüber ⁽⁷⁶⁾ mit mehreren andern Rechtslehrern ⁽⁷⁷⁾ behauptet, dass die Regenten dann ihr Recht auf die Staatsregierung abtreten könnten, wenn und insofern dargethan werden könnte, dass die teutschen Staaten Patrimonialstaaten wären, obgleich unter Vorbehalt der Einwilligung von Seiten derer, die ein Successionsrecht auf dergleichen Staaten besitzen würden, so glauben wir doch, dass eine solche Veräußerungsfreiheit nur dann statthaft seyn dürfte, wenn 1) dem Regenten das gesamte Staatsgebiet mit allen Souverainitäts- und Hoheitsrechten als ein Patrimonialeigenthum gehörte, 2) wenn sich nicht der Regent für sich und seine Nachkommen zur Beibehaltung der Regierung anheischig gemacht hat, 3) unter dem Vorbehalt des freien Abzugs für die Unterthanen als eines unveräußerlichen Gegenstandes.

⁽⁷⁴⁾ Strubens Nebenstunden II. S. 423; derselbe in den observat. jur. et hist. germ. obs. IV. 14. Biener, de natura et indole dominii in territoriis Germaniae (Halae 1780) p. 221 seq. Moser, von den Reichsstände-Landen S. 215, 278 und 311. Schmalz dissertat. de jure alien. territoria etc. (Rint. 1786.)

⁽⁷⁵⁾ Vergl. die von uns angeführten Stellen aus Polse über das Staatseigenthum; derselbe über das Einwilligungsrecht etc. Klübers öffentl. Recht etc. §. 250. und Nota d. etc.

⁽⁷⁶⁾ Klübers öffentl. Recht. §. 251.

⁽⁷⁷⁾ Klüber a. a. O. Nota b.

§. 7.

Ueber die einzelnen Bestandtheile des Staatseigenthums.

So unwahr sich die Behauptung Vieler dargestellt hat, als ob, mit Ausnahme des Privateigenthums, alles Grund- und Bodeneigenthum des Regenten sey, eben so unrichtig sind die über die einzelnen Theile der Staatsgüter herrschenden Begriffe. Viele der ältern Rechtsgelehrten hielten *nur die herrenlosen Sachen für Staateigenthum* ⁽¹⁾, und wären hier die Begriffe von dem, *was man der Vernunft und der Natur der Sache zufolge herrenlos nennen kann*, richtig gewesen, so würden noch immerhin genug Berechtigungen für die Unterthanen übrig geblieben seyn; allein wenn gleich, wie wir bereits gezeigt haben ⁽²⁾, das Eigenthum *ausserhalb* des Staatszweckes liegt, und dessen Besitz nur eine Zufälligkeit bildet, eben um deswillen aber stets eine *einschränkende*, nicht aber eine *ausdehnende* Auslegung bei Beantwortung der Frage „*was zum Staateigenthum gehöre*“ statt finden muß: so hat man doch meistens die entgegengesetzte Theorie adoptirt, und dieser zufolge fast alles auf Kosten der gesunden Vernunft in das Reich der Regalien verwiesen, dergleichen, daß man sich in der That wundern muß, daß man nicht auch schon längst den Sonnen- und Mondschein für ein Regal erklärt und der Besteuerung unterworfen hat; eben so hat man angenommen „*daß die Präsuntion dafür streite, daß alles, was zweifelhaft sey* — (und den Anhängern dieser

(1) Pofse über Staatseigenthum S. 34. Nota g.

(2) Vergl. oben den §. 6. unter Buchst. A.

Theorie war nur gar zu vieles zweifelhaft) *für Staats-, und bis zum Beweis des Gegentheils, nicht minder auch für Patrimonialgut gehalten werden müsse.* Dieser unsinnigen Theorie zufolge wurden alle Inseln, Flüsse, Seen und Landstraßen, so wie alles Brauchbare aus dem Mineralreich zu den Regalien gerechnet, weil sie herrenlose Sachen seyn sollten ⁽³⁾.

Wie nun aber gemeiniglich ein Verirrter auch seine Nachfolger zu finden pflegt, so bewährte sich auch hier dieses Sprüchwort, denn mehrere neuere Rechtsgelehrte ⁽⁴⁾ giengen noch weiter in dergleichen Behauptungen, indem sie das landesherrliche Eigenthum an dem Land- und Luftrevier für die Quelle aller Regalien erklärten, und den Untertanen blos und allein die *Oberfläche* des Landes zur *Betreibung der Landwirthschaft übrig ließen*. Daß man nun auch Rath zu schaffen wußte, damit die Scheuern der Privaten nicht von den landwirthschaftlichen Erzeugnissen überfüllt würden, ließ sich leicht erwarten, und sprach sich in den auferlegten Canons, Zehnten, ordinären und extraordinären Steuern etc. aus. Eben so mußte der *Staatsvorbehalt* einen fruchtbaren Rechts-Titel für die Regalien abgeben. Man glaubte diesen Rechtsvorbehalt in einem bei der Entstehung der Staaten vorbehaltenen Eigenthum gewisser, zu dem Flächeninhalt des Landes gehöriger Sachen und Rechte zu finden, die man dem Regenten des Landes im Namen des Staates oder als Staatsrepräsentant zueignete. Diese Theorie ist aber grundfalsch, und be-

⁽³⁾ Pofse über das Staatseigenthum S. 35.

⁽⁴⁾ Vergl. die Belege bei Pofse über das Staatseigenthum S. 35. Nota h.

ruhet auf dem irrigen Vordersatz, als ob alle Nationen gleichmäſsig die Länder mit den Waffen in der Hand occupirt, und die Regenten an deren Spitze die eroberten Gebiete unter ihre Waffengeführten vertheilt und sich dabei solche Gebiete und Gerechtsame vorbehalten hätten, die in den Händen der Regenten vorzugsweise hätten nutzbar seyn müssen ⁽⁵⁾. An diese erträumten Vordersätze reihete man nunmehr Folgesätze *von Vermuthungen*, die allenthalben für die Staateninhaber und für das Staatseigenthum vorhanden seyn sollten, und die fast keiner Begrenzung mehr Raum gewährten. Wer indessen vertraut mit der allgemeinen Völkergeschichte ist, und wer insbesondere in die Entstehungs- und Fortbildungsgeschichte der teutschen Staaten, von welchen es sich hier handelt, eingedrungen ist, dem wird die Wahrheit unserer Behauptung nicht entgehen, daß bei weitem *mehr Vieltartigkeit in der Entstehungs- und Fortbildungsart der Staaten als in den Staatsformen der einzelnen Staatsverfassungen anzutreffen sey*, und daß die Entstehung und Fortbildung der teutschen Staaten in dem Benefizial- und spätern Lehensnexus, so wie in kaiserlichen, rechtsgültigen oder rechtsunbeständigen Privilegien, in dem sogenannten Herkommen, so wie in der falschen Anwendung und Auslegung der fremden Rechte etc. zu suchen sey. Alle in Teutschland hergebrachten und gröſtentheils noch gültigen Regalien finden in diesen angegebenen Thatsachen und Gründen ihre Entstehungsquelle. Wir wenden uns inzwischen zu den einzelnen Gattungen der Staatsgüter.

(5) Pölse über das Staatseigenthum S. 38 — 39.

A. Domänen oder Kammergüter.

Unter Domänen versteht man im *Allgemeinen bestimmte, zum Unterhalt des Regenten und der Regentenfamilie ausgesetzte Güter*, welche letztere aus liegenden Grundstücken oder aus baaren Einkünften bestehen können ⁽⁶⁾. Die kaiserlichen Domänen bestanden aus ganzen Provinzen, einzelnen Städten, Königsforsten, Steuern, Zöllen, Bergwerken, Strafgeldern etc. Im Laufe der Zeiten wurden diese Domänen zu Lehen gegeben, verpfändet, verschenkt oder auf ähnliche Weise veräußert ⁽⁷⁾. Auf solche Art gelangten die kaiserlichen Domänen an weltliche und geistliche Reichsstände, oder an fromme Stiftungen etc. Will man jetzt über die Rechtsbefugnisse solcher Domänenbesitzer in den deutschen Staaten richtig urtheilen, so muß man durchaus deren Ursprung und locale Beschaffenheit zu ergründen suchen. Sind dergleichen Domänen an den Regenten zur *Bestreitung der Staatsausgaben und zu seinem standesmäßigen Regentenunterhalt* gelangt, oder in dieser Eigenschaft auf ihn *vererbt* worden, so darf er solche *ohne Einwilligung der Landstände oder Unterthanen nicht einseitig veräußern oder vertauschen*, welches ihm nur in dem Fall erlaubt seyn kann, wenn er solche aus seinen *Privateinkünften* erworben und noch nicht den Staatsgütern einverleibet hat,

⁽⁶⁾ Vergl. Häberlins Repertor. des Staats- und Lehenrechts, Bd. I. S. 711.; über die Herleitung des Wortes „Domäne“ vergl. ebendas. S. 712. — Die vorzüglichsten Schriften hierüber sind angeführt in Klübers öffentl. Recht etc, §. 252. Nota a.

⁽⁷⁾ Häberlin a. a. O. S. 712 und 713.

Die *Staatsdomänen* sind nach dem neuern Sprachgebrauch wesentlich von *Privat-* oder *Schattull-Gütern des Regenten* ⁽⁸⁾, so wie auch von *Hoheitsrechten* und von dem *Fiscus-Gut* ⁽⁹⁾ verschieden. Inwieweit die Gewalt der Regenten in den einzelnen teutschen Staaten sich über die *Domänen* erstreckt, dieses ist aufser dem, was wir im Allgemeinen hierüber erwähnt haben, nach den einzelnen Staatsverfassungen, nach den ständischen und Unterthanen-Berechtigungen, so wie endlich nach deren sonstigen allodialen oder feudalen, fideicommissarischen oder senioratsmäfsigen Beschaffenheit etc. zu beurtheilen ⁽¹⁰⁾.

B. *Adespota, Res nullius, Bona vacantia.*

Das Staatsgebiet und alle darin befindlichen Sachen und Rechte sind, wegen des hierauf zu beziehenden Staatseigenthumsrechts, in Hinsicht aller Auswärtigen als *fremd* oder *occupirt* zu betrachten, es mag solches *Staats-* oder *Privatvermögen* seyn. Was keines von diesen beiden ist, nennt man *herrenloses Gut*, wohin auch alle innerhalb des Staatsgebietes *derelinquirte* Sachen gehören. Insofern als mithin alle im Staatsgebiet befindlichen Gegenstände zu dem Staats- oder Privatgut gehören, so sind die *Adespota* nur in Bezug auf die Staatsunterthanen als *nicht occupirt* zu betrachten, während in Hinsicht auf *Auswärtige* alles innerhalb des Staates als *occupirt* anzunehmen ist. Die Niemand gehörigen, *aufserhalb des Staates befindlichen*

⁽⁸⁾ Vergl. Klübers öffentl. Recht §. 252. und Nota d.

⁽⁹⁾ Vergl. Klüber a. a. O. Nota e.

⁽¹⁰⁾ Vergl. Klüber a. a. O. §. 253.

Objecte (res nullius) sind hiervon genau zu unterscheiden, so wie das erblose oder *vacante Gut* (*bona vacantia* oder *ledig Gut* genannt), welches sich der Staat, vermöge eines positiven, subsidiarischen Erbrechtes aneignet. In Ermangelung particularer, staatsrechtlicher Bestimmungen, können eben sowohl die einzelnen Bürger, wie der Staat, die *Adespota* occupiren, Auswärtigen dagegen steht diese Befugniß nicht zu. Eben diese Grundsätze gelten in Betreff der Niemand zugehörigen Sachen⁽¹¹⁾, wogegen das ledige oder *vacante Gut* und der erblose Nachlaß dem *Fiscus*, vermöge eines außerordentlichen Erbrechtes, so wie das ausschließende Occupationsrecht auf verlassene Sachen⁽¹²⁾ zusteht.

(11) Klüber öffentl. Recht §. 256, 257, 258. — Häberlins Repertorium Bd. 1. S. 86; daß Vieles für res nullius und *Adespota* aus Mißverständniß erklärt wurde, was unter den fränkischen Monarchen lediglich *Ausflüsse* von Hoheitsrechten waren, hat trefflich Pölse gezeigt in der Schrift über das Staatseigenthum etc. S. 51. flgde.; über die sinnlosen Herleitungen der königl. Rechte unter den Königen aus verschiedenen Wahlhäusern, vergl. ebendas. S. 57. flgde. Nach ausgebildeter Territorialhoheit sprach man diese (durch eine irrige Anwendung des römischen Rechts) auch den Territorialregenten zu S. 65 bis 73. das. — In Absicht des für den Staat behaupteten Eigenthums an Gütern der Staatsgesellschaften, vergl. ebend. S. 73 bis 91. Was man hier für Regalien ausgab, waren auch nur größtentheils oberaufsichtliche Rechte. Diejenigen, welche die Regalien aus dem Eigenthumsrecht ableiten, räumen dadurch selbst ein, daß die Regalien keine Hoheitsrechte sind, und mithin von jedem Privateigenthümer besessen werden können.

(12) Klüber a. a. O. §. 258. Nr. V. Nota a und Nr. VI. Nota b.

Insofern als durch diese genannten Rechte das Eigenthum Dritter eingeschränkt wird, muß man juristisch behaupten, daß dergleichen Rechte keineswegs vermuthet werden können, sondern vielmehr ganz vollständig nachgewiesen werden müssen. Entweder muß also a) die Natur eines Hoheitsrechts, b) eines Herkommens oder c) die Berechtigung, vermittelt der Nachweisung eines besondern Gesetzes, ermittelt werden ⁽¹³⁾. Man wird gewiß nie bei dieser Materie ganz klare Ansichten gewinnen, wenn man nicht, wie überhaupt bei allen Rechten, so auch hier bei den für den Staat in Anspruch genommenen Regalien, bei den sogenannten herrenlosen, dereliquirten, vakanten und allen übrigen vorgeblichen Staatseigenthumsrechten den historischen Ursprung zu ergründen sucht, insofern als nicht das behauptete Recht schon seinem Begriff nach ein Hoheitsrecht oder ein Privatrecht ist ⁽¹⁴⁾.

C. Ueber die Staatsschulden.

So wie bei Privatverhältnissen die Größe des Privatvermögens erst nach Abzug der vorhandenen Schulden geschätzt werden kann, eben so stellt sich auch dasselbe Verhältniß bei dem Staatsvermögen dar. Dieses leitet uns auf die Untersuchung des Begriffes von Staatsschulden.

Unter Staatsschulden kann man lediglich solche verstehen, die zur Erreichung oder Erhaltung des Staatszweckes gewirkt worden sind. Staatsnothwendigkeit oder Staatswohlfahrt kann solche veran-

⁽¹³⁾ Vergl. Pofse a. a. O. S. 99.

⁽¹⁴⁾ Ueber die heutigen Bestimmungen d. positiven Rechts vergl. Klüber a. a. O. §. 256 — 258.

laßt haben. Es kann mithin nicht darauf ankommen, ob solche der Regent selbst gewirkt habe oder nicht, weil ja der Regent eine doppelte Person (gleich jedem Staatsbeamten) vorstellt, und mithin genau die *Verwendung* nachzuweisen ist, ob solche zur Erreichung und Beförderung der *Staatszwecke* von ihm als *Staatsrepräsentant*, oder zur Erzielung *persönlicher Zwecke* als *Privatmann*, veranlaßt worden sind; nur in dem erstern Fall können die den Staat constituirenden Staatsgenossen für die Tilgung solcher Schulden zu haften verbunden seyn, nicht aber so im letztern Falle, wo sich der Gläubiger ausschließlich an das Privatvermögen des Regenten halten muß. Dals übrigens Aemter- und Gemeindeschulden bloß Privat- und nicht Staatsschulden sind, selbst wenn sie zur Beförderung des Staatszweckes unmittelbar oder mittelbar verwendet worden sind, bedarf hier keiner weiteren Auseinandersetzung, indem solche nichts Abweichendes vor den Schulden anderer moralischer Personen oder Stiftungen enthalten ⁽¹⁵⁾.

D. Privat- oder Schatull- und Familiengut des Regenten.

Das *Privatgut des Regenten* hat keine unterscheidenden Merkmale vor andern Privatgütern, zufolge der *Natur der Sache*, und es würde dessen Erwähnung bloß in das gemeine Privatrecht zu verweisen seyn, indem der Regent *als Privatmann* den gemeinen bürgerlichen Gesetzen, gleich jedem andern Staatsgenossen unterworfen ist, wenn nicht dasselbe durch *besondere rechtliche Verhält-*

(15) Ausführlicher bei Klüber a. a. O. §. 259 und 260.

nisse, durch *particuläre, positive Institutionen* Einschränkungen erhalten hätte, wodurch die Dispositionsbefugniß hierüber öfters beschränkter ist, als solches *gemeiniglich* bei gewöhnlichen Privatgütern der Fall zu seyn pflegt. Bei diesen landesherrlichen Gütern ist genau darauf zu achten, ob sie 1) von demjenigen Landesregenten, der eben über solche disponiren will, aus seinem *Privatvermögen* erworben worden sind, oder nicht. Im erstern Falle kann er frei über solche verfügen, in so fern als ihm nicht die *eigene Beschaffenheit* dieser Güter hierbei Einschränkungen setzt; 2) ob solche Güter der *Staat* erworben habe. In diesem Falle kann der Regent nur als *Nutznieser* derselben betrachtet werden, in so fern ihm solche zur *Bestreitung seiner Privatausgaben* überlassen worden sind, zugleich aber diese Güter eine ähnliche Bestimmung für seine *Nachfolger in der Regierung* haben sollen; denn dann soll ein einzelner Staatszweck, der standesmäßige Unterhalt des Staatsoberhauptes, damit erreicht werden; 3) ob es *Lehngüter*, 4) *Majorats*-, 5) *Minorats* - oder 6) *sonstige Familiengüter* sind, die mit irgend einer anderweit fideicommissarischen Qualität behaftet sind. In allen diesen Fällen müssen die darüber disponirenden, und öfters von einander abweichenden Vorschriften des allgemeinen oder particulären Staats-, Lehns-, Familien- und gemeinen Privatrechts, nach Verschiedenheit der vorkommenden Fälle, die Entscheidungsnormen abgeben. Alles, was von dem Regenten gilt, muß auch bei der *Regentenfamilie* Anwendung finden, nur daß, in Ermangelung besonderer Gesetze, die für die landesherrlichen Güter⁽¹⁶⁾ in Anspruch genom-

(16) Vergl. Klüber a. a. O. §. 255. Nota e.

menen Rechte des Fiskus ⁽¹⁷⁾ auf selbige, mit Ausnahme der Gemahlin des Regenten und des präsumtiven Regierungsnachfolgers, keine Anwendung finden.

E. Ueber das Privatgut und das mittelbare Staatsvermögen.

Unter dem Privatgut begreift man „Alles, was sich nur irgend in - oder ausserhalb des Staates in dem Eigenthum von Privatpersonen befindet, gleichviel, ob solches physischen oder moralischen Personen gehört.“ Das gesammte Privatvermögen des Regenten, so wie das der Kirchen und frommen Stiftungen, ist mit hierunter begriffen. Das mittelbare Staatsvermögen wollen Mehrere in dem Vermögen der Stadt -, Flecken - und Dorfgemeinden, so wie in dem der milden Stiftungen finden; dermassen, dass das Vermögen der ersten bei einer zweckgemässen Administration zu den Kosten der örtlichen, obrigkeitlichen Bedürfnisse, der Rechts - und Polizeipflege etc., so wie das der letzten zu den Zwecken, welche die Stiftungsurkunden aussprechen, mitverwendet werden müsse, daher denn keine Staatsbehörde berechtigt sey, ohne ganz besonders eintretende Gründe, dieses mittelbare Staatsvermögen eigenmächtig oder einseitig zu verwalten und darüber zu verfügen. Nach der Natur der Sache muss man aber wohl annehmen, dass das Privatgut nicht minder als das sogenannte mittelbare Staatsvermögen, und zwar aus gleichem Grunde, mittelbares Staatsgut sey, weil beide Gattungen durch Beiträge

(17) Die ohnehin nicht ausser Zweifel beruhen, indem sich solche auf eine erzwungene Anwendung des römischen Rechts gründen.

zu den Staatssteuern und durch Beförderung einzelner Staatszwecke, zur Erreichung der Staatsabsichten beitragen müssen. Nimmt man aber die Begriffe von Eigenthum und Vermögen im eigenthümlichen und engern Sinn, so ist es durchaus ungegründet, daß man *vorzugsweise* das erwähnte *mittelbare Staatsvermögen* (der Gemeinden und Stiftungen) um deswillen von dem Privatgut absondern müsse, weil dem Staat an dem erstern ein förmliches *Miteigenthumsrecht* zustehe, indem nämlich dergleichen Corporationen der *genießende* und *vollziehende Theil des Eigenthums*, dem Staat dagegen der *dirigirende* (obgleich unter gemeinschaftlicher Mitwirkung bei Ausübung dieser getheilten Eigenthumsrechte) gebühre. Daß sich das *oberaufsichtliche Recht des Staates* mit auf dieses sogenannte mittelbare Staatsvermögen erstrecke, läßt sich nicht läugnen; allein wenn solches um deswillen der Fall ist, damit solches zweckmäßig verwendet und verwaltet werde, so läßt sich daraus eben so wenig als bei den Staatsgesellschaften, ein Eigenthumsrecht für den Staat ableiten; denn auch über das Privatvermögen erstreckt sich in vieler Hinsicht dieses oberaufsichtliche Recht, weswegen selbst dem Besitzer desselben, bei einer gefährlichen oder vernunftwidrigen Administration, nicht nur das Verwaltungsrecht (oder der *vollziehende Theil des Eigenthumes*) gänzlich, sondern auch das Verfügungsrecht (der *genießende Theil*) zu selbstbeliebigen Zwecken theilweise entzogen werden kann, ohne daß deshalb der Staat Eigenthümer des Privatvermögens genannt, oder ihm die oben erwähnten Rechte beigelegt werden können (¹⁸).

(¹⁸) Vergl. Klüber a. a. O. §. 254.

IV. K a p i t e l.

Staatsverwaltungsform.

§. 1.

In Hinsicht der *Staatsform* ist schon bereits das Nöthige in Bezug auf die teutschen Bundesstaaten erinnert worden ⁽¹⁾, und hier nur kürzlich zu wiederholen: I. die *Staatsform* ist in den Erbstaaten des teutschen Bundes monarchisch, in den freien Städten dagegen republikanisch; II. die *Staatsverwaltung* besteht in der gesetzlichen *Ausübung der Hoheits- und Eigenthumsrechte* des Staates, sowohl nach Innen als nach Aussen; III. die *Form dieser Staatsverwaltung* ist sehr verschieden in den teutschen einzelnen Bundesstaaten: auch ist sie theils im Innern bedingt durch die Landesgrundgesetze, Landesverträge, Familienverträge und durch die Landstände, durch welche letztere selbst die Staatsform mehr oder weniger, hinsichtlich des monarchischen Princips, beschränkt seyn kann, theils nach Aussen bedingt durch die *Bundeseinrichtung*, durch *Staatsverträge* mit einzelnen verwandten oder nicht verwandten Bundes- oder sonstigen Staaten.

(1) Vergl. Abth. II. Kapit. I. §. 1., §. 2. Nr. 2 und 3, und §. 3. und 4.

§. 2.

Ueber die Verantwortlichkeit der Minister und sonstigen Staatsbeamten.

Wenn auch der Regent (gleichviel, ob solchen eine physische oder moralische Person vorstellen mag) als verfassungsmäßiges Oberhaupt eines Staates für alle Regentenhandlungen verantwortlich ist, so bringt es doch schon die Natur der Sache mit sich, daß solcher nicht allgegenwärtig seyn, und alle Regierungshandlungen allein besorgen kann, sondern daß er sich, selbst, wenn ihm alle zu den verschiedenartigsten Staatsverwaltungszweigen erforderlichen Kenntnisse zu Gebote ständen, der Hülfe Anderer — der Staatsbeamten — zur Besorgung der Regierungsgeschäfte und zu seinem Rath und Beistand bedienen muß. Wenn man nun schon nach den, als bekannt vorauszusetzenden, Gesetzen von jedem Mandatar in Privatgeschäften verlangt, daß er die ihm übertragenen Geschäfte mit einer noch größern Sorgsamkeit als seine eigenen (einer freiern Willkühr überlassenen) betreibe, so muß eine solche Anforderung an jeden Staatsbeamten mit um so größern Recht gemacht werden können, als es sich hier von öffentlichen Staatsgeschäften handelt, von deren pflichtgemäßen oder sorglosen Betreibung oft das Wohl oder Wehe eines ganzen Staates abhängt. Je höher daher der Staatsposten ist, den ein Staatsbeamter zu verwalten hat, um desto größer muß auch die Verantwortlichkeit seyn, die solchen obliegt, daher denn die Verantwortlichkeit der Minister die höchste nach der des Regenten seyn muß, weil auf ihren Rath, und mittelst ihres Beistandes, der Regent in der Regel so und nicht anders regiert. Diese Verantwortlichkeit wird inzwischen nicht nur durch die Natur der Sache, sondern auch

durch die gewöhnlichen Diensteide begründet, durch welche letzteren sich ein jeder Staatsbeamter verpflichten muß, die ihm anvertrauten Geschäfte nach besten Wissen und Gewissen zu seines Regenten und des Staates wahren Nutzen zu besorgen. In den neuern Zeiten hat man auch in vielen teutschen Staaten angefangen, nach dem Beispiel Englands, die Staatsdiener, gleich den Unterthanen, auf die Staatsconstitutionen verpflichten zu lassen ⁽²⁾, wiewohl, unserer Ansicht zufolge, eine solche Verpflichtung „nach den bestehenden Gesetzen und nach den Dienstinstructionen zu handeln“ schon in den frühern Diensteids-Formeln enthalten war. Es läßt sich hier die Frage aufwerfen „ob die Uebertragung der Staatsgeschäfte von Seiten des Regenten an die Staatsbeamten den Erstern von der Verantwortlichkeit befreie? Wir glauben diese Frage verneinend beantworten zu müssen, weil schon dem Vernunftrecht zufolge, und abgesehen von allen positiven Rechtsvorschriften, der Regent hier als *Beauftragender* die Handlungen seiner *Beauftragten* schon im Allgemeinen, auf jeden Fall aber dann *vertreten* muß, wenn ihm *illegaler Wille* oder *Unvorsichtigkeit* bei der Wahl seiner Staatsdiener, so wie endlich *Nachlässigkeit* bei der Ausübung seines oberaufsichtlichen Rechtes (der Staatscontrolle) nachgewiesen werden kann. Dafs der Regent übrigens den Regrefs an dergleichen Staatsbeamten nehmen darf, welche unzurechtfertigende Handlungen, aus Vorsatz oder aus Fahrlässigkeit, verschuldet haben, bedarf kaum einer Erwähnung. Die Verantwortlichkeit kann übrigens eben so wohl durch fehlerhafte Be-

(2) Vergl. Klübers öffentl. Recht etc. §. 262 und 263.; dessen Uebersicht S. 215 und 356.

gehungs-, als Unterlassungshandlungen begründet werden, auch findet sie, vorzüglich in Hinsicht der obersten Staatsbeamten, mehreren Staatsconstitutionen im Geiste des repräsentativen Systems zufolge, nicht nur gegen den Regenten, sondern auch gegen die Vertreter des Volkes statt.

Insofern als nicht, die Staatsconstitution oder die sonstigen Staats- und Hausgrundgesetze eine bestimmte Staatsverwaltungsweise festgesetzt haben, so ist der Regent nicht behindert, die Staatsverwaltungs-Behörden zu organisiren, wie er es für gut findet, wenn nur die beabsichtigten Zwecke dadurch gehörig erreicht werden. Dieser Grundsatz scheint um so weniger einer Widerlegung unterliegen zu können, als ohnehin die besondere Natur der Staaten, die Localität, so wie endlich die verschiedenen Staatsverwaltungs-Zweige Unterschiede begründen müssen, die keiner allgemeinen Norm zweckmäßig untergeordnet werden können. Hiernach muß denn auch überall geprüft werden, ob in einzelnen Staatsverwaltungs-Zweigen das Collegial- oder Bureau- oder ein aus beiden zusammengesetztes System den Vorzug verdiene⁽³⁾. Dafs bei Rechtssachen wegen

(³) Vergl. Klübers öffentl. Recht §. 263. — Bei der durchaus von einander abweichenden Einrichtung der Staatsbehörden in den einzelnen teutschen Staaten läßt sich über deren Abtheilung keine allgemeine Norm aufstellen, die auch nur für zwei teutsche Staaten für durchaus bestimmend erachtet werden könnte; man vergl. inzwischen Klübers öffentl. Recht §. 264. bis 269. und die im §. 264. Nota a. und b. genannten Schriften. Sehr zu beherzigende Winke bei Staatsorganisationen vergl. bei Klüber a. a. O. §. 266. und Nota a. das. und §. 270., ferner über die Eintheilungen des Staatsgebietes §. 272. — Zur Kenntniß

der gleichartigen Geschäfte, und wegen des oft unersetzlichen Schadens, der durch eine gesetzwidrige Verfügung verursacht werden kann (vorzüglich, wenn eine solche Verfügung oder ein Urtheil in höherer oder höchster Instanz gefällt wird), das Collegialsystem vorzüglicher sey, dürfte keinem Zweifel unterliegen. Bei anderen Staatsverwaltungs-Zweigen dürfte dagegen (wenn nur in höchster Instanz noch eine collegialische Berathung statt findet) das Bureau-System wegen der schnelleren und mit weniger Formen verknüpften Verwaltungsweise den Vorzug verdienen.

der Staatsorganisationen in den einzelnen Bundesstaaten bedürfen wir der Bearbeitungen specieller Staatsrechte. Dergleichen sind bis jetzt erschienen a) für das Königreich Baiern, Ulm 1823. (L. v. Dresch Grundzüge des bairischen Staatsrechts), b) für das Königreich Sachsen (Dr. Ch. E. Weisse Lehrbuch des Königl. Sächsischen Staatsrechts. Leipzig 1824. 1r Bd.). Beide Werke sind musterhaft bearbeitet, wie sich solches von deren berühmten Verfassern erwarten liefs.

V. K a p i t e l.

Ueber das Verhältniß zwischen den Staatshoheits- und Eigenthumsrechten.

Die Staatshoheitsrechte ⁽¹⁾, in der Staatsgewalt gegründet, sind Mittel zur Erreichung des Staatszweckes. Wenn man daher unter diesen Regalien solche mit anführet, die nichts als Ausflüsse des Eigenthumsrechtes sind, so entsteht hierdurch eine Verwechselung der Begriffe. Um sich nun vor solchen zu sichern, so muß man sich durch die folgenden Grundsätze leiten lassen. I. Alle *wirklichen* Hoheitsrechte müssen in der Staatsgewalt gegründet seyn, niemals aber in dem Grundeigenthum ⁽²⁾. II. Eine *Herrenlosigkeit* irgend einer Sache kann niemals, an sich betrachtet, eine

(¹) Vergl. oben das Kap. III. und Klübers öffentl. Recht §. 248. bis 260., §. 97. und 98., §. 273.; über die verschiedenen Eintheilungen derselben s. ebend. §. 98. bis 102., Häberlins Repertorium etc. Artikel: *Regalien*, *Hoheitsrechte*, *Oberhoheitsrechte*; und Buders Repertorium „*Staatseigenthum*“; Polse über das Staatseigenthum etc. vorzüglich S. 92 bis 103, 124 und 127 flgde.

(²) Klüber a. a. O. §. 274.

Regalität derselben begründen, weil sie mit dem Staatszweck und mit der Staatsgewalt nichts gemein hat, und sich nicht aus selbigen ableiten läßt⁽³⁾.

III. Alle *Privatrechte*, welche der Staat aus dem *Recht des Vorbehaltes* oder aus sonstigen *Rechtsgründen* besitzt, können durch die zufällige *Eigenschaft* ihres Besitzers nicht ihre Natur verändern, sondern bleiben das, was sie ihrem Ursprung nach waren. IV. Die *Hoheitsrechte* erstrecken sich über das *gesamte Staatsgebiet* und über alle darin befindlichen *Personen und Rechte*, selbst die *Privatgüter des Regenten* mit eingeschlossen⁽⁴⁾. V. Die *Einkünfte von den Hoheitsrechten*, selbst die aus dem *Privatrecht* demselben zuständigen (oben Nr. III.), gehören zu dem *Staatseinkommen*. VI. Die *unbedingte Verleihung* oder *Veräußerung* einzelner *Hoheitsrechte* findet, wenigstens in der Regel, nicht statt⁽⁵⁾.

Die *Eigenthumsrechte* (6a) sind insofern *wesentlich* von den *eigentlichen Hoheitsrechten* verschieden, als die letztern *ausschließlich* (aus der Staatsgewalt abgeleitet) dem *Staate* zustehen, und nur einige derselben von dem Staat, unter dessen fortdauernden *Oberaufsicht*, an andere verliehen werden können, und insofern als dieselben *wesentlich* zur *Erreichung des Staatszweckes* erforderlich sind, während die *Eigenthumsrechte* den *Staatsbürgern* und sonstigen *Staatsgenossen*, welche nur *zufällig*, so

(³) Vergl. oben Kap. III. §. 7. und Klüber a. a. O. §. 256 flgde. und §. 274.

(⁴) Vergl. Klüber a. a. O. §. 255. und 274.

(⁵) Klüber ebend. §. 274., §. 101. und 250.

(6a) Klüber a. a. O. §. 275. und 276.

wie auch nur in derselben Eigenschaft (6b), dem Staate angehören können, zur Erreichung des Staatszweckes *nicht in der Regel*, sondern nur *ausnahmsweise* und *zur Aushülfe* dienen, daher sie denn auch nur *mittelbares* (7) Staatsvermögen genannt werden, und die *Rechtsvermuthung* wider den Regenten und den Fiscus streitet (8). Hieraus läßt sich denn auch erklären, warum der Regent oder der Fiscus bloß bei *unverleihbaren*, in dem Besitz eines Staatsbürgers befindlichen *Hoheitsrechten* befugt sind, eine Anzeige des Rechtstitels oder eine Beweisführung zu verlangen (9), nicht (10) aber bei *verleihbaren* Regalien, oder an sich statthaften Befreiungen, so wie bei *Abgaben und Diensten*, die sich auf rechtsgültige Eigenthumsrechte gründen (11), und in deren ruhigem und rechtszulässigen Besitz sich ein Staatsbürger befindet (12). Alle grundherrlichen Rechte des Staates sowohl, als auch des Regenten und seiner Familie, nach ihren Privatverhältnissen, vorzüglich auch alle Patrimonial-Dienste und Abgaben, begründen nur Privatrechte.

(6b) Klüber ebend. §. 277.

(7) Klüber ebend. §. 254.

(8) Klüber ebend. §. 275. Nota b.

(9) Klüber a. a. O. §. 276. Nota a und §. 101.

(10) Klüber ebend. §. 101. 276. Nota b.

(11) Klüber ebend. §. 276. Nota b und 273.

(12) Vergl. die angef. Stellen bei Nota 11 und Klüber a. a. O. §. 276. Nota c. und e. Hier finden alle possessori-schen Rechtsmittel bei Besitzstörungen statt, während *unverleihbare Immunitäten* und *Regalien* nur durch *unvor-denkliche Verjährung* (§. 276. Nota d. a. a. O.) erworben werden können. Gönner in d. Abhandl. (§. 70. bis 77.) von den *Staatsdienstbarkeiten* hält eine 40jährige Ver-jäh rung für hinreichend.

VI. Kapitel.

Aufsehende, gesetzgebende und vollziehende Gewalt im Staate.

§. 1.

Die *höchste Oberaufsicht des Staates* oder das Recht einer ununterbrochenen, wirksamen Aufmerksamkeit und Beobachtung Alles dessen, was für den Staat und dessen Zweck Einfluss haben kann, bildet 1) das *Recht des Staates, von Allem Kenntniss zu nehmen*, und die ihm correspondirende Verpflichtung von Seiten der Staatsgenossen, zur Mittheilung aller desfalls nöthigen Auskünfte und Nachrichten⁽¹⁾; 2) das *Recht der Bestätigung*; 3) das *Verbietungs-*

(¹) Die Beantwortung der Fragen „inwieweit solches *aufgefordert* oder *unaufgefordert* geschehen müsse“ ist bei den statt findenden, mannichfaltigen Ausnahmen nicht gut im Allgemeinen zu beantworten, sondern vorzüglich aus dem Polizei- und Criminal-Recht in den meisten Fällen zu entnehmen. Ueber dieses Kapitel vergl. auch Häberlins Handbuch des teutschen Staatsrechts Bd. II, 6s Buch, 2s 3s und 6s Kapitel.

und Vernichtungsrecht in Hinsicht dessen, was die allgemeine oder die Sicherheit Einzelner bedrohet; 4) das Recht zur Anordnung oder Anregung alles dessen, was zur Erhaltung oder Erreichung des Staatszweckes erforderlich ist (²).

§. 2.

Das Recht des Staates zur Ausübung dieses oberaufsichtlichen Rechts ist bedingt durch die Pflicht dazu. Da, wo weder die Erreichung oder Erhaltung des Staatszweckes die Ausübung dieses Rechts erheischt, darf der Staat keinen Gebrauch davon machen, damit die natürliche Freiheit (zu deren möglichsten Beschirmung der Staat verpflichtet ist) nicht hierdurch gefährdet werde. Mit Recht sagt Herr Klüber: „der Staat habe die Augen auf Alles, nicht aber die Hände in Allem.“

§. 3.

Die gesetzgebende Gewalt ist die Befugniß, gültige Rechtsnormen für alle Rechte und Zustände des Staates und der Staatsgenossen in ihren öffentlichen und Privatverhältnissen aufzustellen. Solche Rechtsnormen heißen Gesetze, und haben ihren verbindenden Grund in der Staatsgewalt, welcher alle Staatsgenossen unterworfen sind, gleichviel, ob sich diese Unterwerfung auf einen ausdrücklichen oder stillschweigenden Vertrag gründen mag. Ob diese Gesetze ausdrücklich von dem Staate ausgesprochen, oder sich als Aeulserungen einer eingebildeten Nothwendigkeit in den Handlungen der Staatsgenossen gezeigt haben, von dem Staate aber stillschweigend

(²) Klüber öffentl. Recht §. 278. und 279.

gebilligt worden sind (Gewohnheitsrechte), ist hinsichtlich ihrer Wirkung einerlei. Eine andere Frage aber ist die: „Nach welchen Grundsätzen die gesetzgebende Gewalt bei Abfassung ihrer Gesetze zu verfahren habe?“ Obschon die specielle Beantwortung dieser Frage in die Philosophie der Gesetzgebung zu verweisen ist, so mag doch auch hier die allgemeine Bemerkung einen Platz finden: „*Dass der Staatszweck der ewige Leitstern für den Gesetzgeber seyn und bleiben müsse.*“ Befiehlt nun dieser Zweck die Sicherheit, Wohlfahrt und natürliche Freiheit sowohl der staatsbürgerlichen Gesamtheit als der Einzelnen so viel als möglich zu befördern und zu erhalten, so ist hiermit zugleich der Compas für den Gesetzgeber gefunden, der nur bei den einzelnen gesetzlichen Bestimmungen vorzügliche Rücksicht darauf zu nehmen hat, daß nicht nach Maafsgabe der vielfältigen traurigen Erfahrungen in unsern Tagen, statt einer *gesetzlichen Pressfreiheit* ein Geistesbann durch die Mißdeutung der erwähnten Staatszwecke „*Sicherheit, Wohlfahrt und natürliche Freiheit*“ erzeugt wurde⁽³⁾.

§. 4.

Die vollziehende Gewalt ist die rechtsbegründete Befugniß zur Ausführung und Anwendung der

(³) Vergl. Klüber a. a. O. §. 281. und die Anmerkungen a. bis e. daselbst. — Ueber die Grenzen der Gültigkeit der Gesetze, sowohl in Absicht des Staatsgebietes, als die Gegenstände, die Promulgation, Autonomie. Auslegung, s. §. 282. das., ingl. §. 156. flgde. und 164. bis 175. über die Ausdehnung der gesetzl. Kraft der Bundesgesetze. — Ueber den Umfang der Kraft der Gesetze im Allgemeinen und über die Erfordernisse der Gesetze etc. §. 283.

ertheilten Gesetze. Die *Executiv-Gewalt* kann eine höhere oder blos untergeordnete seyn, je nachdem sich deren Wirksamkeit auf die Ausführung und Anwendung *aller* innerhalb des *gesamten Staatsgebiets* gültigen Gesetze oder nur auf die innerhalb eines bestimmten Staatsgebiets-Theils, auf einzelne Gesetze oder für einzelne Fälle erstreckt ⁽⁴⁾.

⁽⁴⁾ Klüber a. a. O. §. 284. und 285.

VII. K a p i t e l.

Die Justizhoheit.

Die höchste aller Pflichten der Staatsregierung besteht in der Ausübung einer strengen *Gerechtigkeit*, weil *Sicherheit* der Person sowohl als des Eigenthums der *erste aller Staatszwecke* ist. Diese Gerechtigkeit ist entweder eine *völker-* oder *staatsrechtliche*, oder endlich eine *privatrechtliche*. Die staatsrechtliche ist wieder entweder eine *gesetzgebende* oder eine *administrative* ⁽¹⁾. Die Justizhoheit begreift unter sich 1) die *Anordnung der Gerichte*, die *Aufsicht über selbige*, die *Bestimmung* ⁽²⁾ der *subordinirten richterlichen Gewalt*. 2) Alles dieses a) in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, b) in Straf- oder peinlichen Sachen, oder c) in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. 3) Der *privilegirte* oder

(1) Vergl. Klüber ebend. §. 286., wo man auch die verschiedenen Begriffe von Justizhoheit angezeigt findet, so wie die Grundsätze über die Prorogation; ferner Häberlins Handbuch des teutschen Staatsrechts Bd. II., 7s Buch, Kap. 1.

(2) Klüber ebend. §. 287. Nota a. und b.

eximirte *Gerichtsstand*. 4) Die *Handhabung des Grundsatzes*, „dass Niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe (3).“

Die *Gerichtsbarkeit* wird verwaltet, entweder durch *landesherrliche, verpflichtete Beamte*, oder vermöge einer *landesherrlichen Verleihung (Erbgerichtsbarkeit)* durch die *Gerichtsherren* (4). Die *Patrimonial-Gerichtsbarkeit* ist jetzt ein *dingliches Recht*, das durch gehörig geeigenschaftete Personen, nach den Staatsgesetzen und unter der Oberaufsicht des Staates ausgeübt wird. Sie findet nur in erster Instanz statt, und muss die höhern landesherrlichen Justizstellen und die gesetzgebende und höhere *Executivgewalt* über sich anerkennen, auch kann sie durch *Missbrauch verlohren* gehen (5). Die *Gerichtsbarkeit* kann übrigens nicht nur hinsichtlich des *Gebietsumfanges*, sondern auch nach den *Gegenständen* (6) verschieden seyn. Der competente Richter hat nicht nur die Pflicht der *Untersuchung und Entscheidung der Rechtshändel*, sondern auch der *Vollziehung der Rechtssprüche* auf sich, und eine *Einmischung anderer Behörden* darein, so wie die *Cabinetsjustiz*

(3) Klüber §. 287. a. a. O.

(4) Klüber ebend. §. 288.

(5) Es wird zur *Patrimonial-Gerichtsbarkeit* ein besonderer *Rechtstitel* erfordert, auch findet eine einschränkende *Erklärung* bei ihr statt; übrigens ward sie in mehrern Staaten in der neuern Zeitperiode theils begrenzt, theils aufgehoben. Klüber a. a. O. §. 289.; über den Umfang der vogteilichen Rechte §. 290.

(6) *Eintheilung* in ordentliche und außerordentliche, in allgemeine und particuläre *Gerichtsbarkeit* etc., so auch nach den *Gegenständen*, z. B. *Lehn-*, *Militär* etc. *Gerichtsbarkeit*, vergl. Klüber ebend. §. 291. und §. 292.

sind rechtswidrig und schänden die Gerechtigkeitspflege⁽⁷⁾, auch darf der Gebrauch der Rechtsmittel so wie der Recurs an die gesetzgebende Gewalt nirgends behindert oder erschwert werden⁽⁸⁾. Die peinliche Gerichtsbarkeit wird in die höhere (Cent) und niedere (Vogteilichkeit, Erbgericht) eingetheilt. Beide sind verleihbar, obwohl stets unter der Oberaufsicht der höhern Staatsbehörden stehend⁽⁹⁾. Der Staatshoheit bleibt übrigens das Recht der Begnadigung, der Abolition, der Asyle, der Bestätigung bei Todesurtheilen oder ähnlichen schweren Strafen und der Recurs etc. vorbehalten⁽¹⁰⁾. Eben dieses Oberaufsichtsrecht findet zum Theil, wenigstens bei der *Obervormundschaft* und bei dem Hypothekenwesen, so wie überhaupt hinsichtlich der willkührlichen Gerichtsbarkeit, statt⁽¹¹⁾.

(7) Klüber a. a. O. §. 293.

(8) Klüber ebend. §. 294; über den Unterschied von Regierungs- und Justizsachen, vergl. §. 295.

(9) Klüber a. a. O. §. 296. und 297.

(10) Klüber ebend. §. 298. Das Recht und die Pflicht, Zuchthäuser zu errichten und zu erhalten, ist in der Regel ein Zweig der höhern Staatspolizei.

(11) Klüber a. a. O. §. 299. und Häberlins Handbuch des deutschen Staatsrechts Bd. II, 7s Buch, 3s Kapitel.

VIII. K a p i t e l.

Die Polizeigewalt.

Die *Polizeigewalt* ist das Recht der Sorge für Sicherheit und bürgerliche Ordnung, Wohlfahrt und Cultur der Staatsgenossen, und daher auf alle Zweige der Staatsregierung sich erstreckend, von dem größten Einfluss auf das Staatswohl ⁽¹⁾. Wohlthätiger erscheint ihr Einfluss, indem sie die, ihren Zwecken entgegen wirkende, Hindernisse hinwegräumt, als wenn sie überall eingreifend, die natürliche Freiheit allzu sehr beschränkt. Man theilt die Polizei ein: 1) in die *Staats- und Privat-Conventional-Polizei*; 2) nach ihren Geschäftszweigen in die *Sicherheits- und Wohlfahrts-Polizei* ⁽²⁾. Die letztere umfasst wieder ⁽³⁾ a) die *Bevölkerungs- und Gesundheits-Polizei*, b) die *Sitten-, Erziehungs- und*

⁽¹⁾ Klüber ebend §. 300. Die Schriften in den Anmerk. a., b. und c. über die Grenzen derselben §. 306., über Polizeiverfügungen §. 304., und Häberlin a. a. O. Bd. II. 7s Buch, Kap. I. Abschnitt 9.

⁽²⁾ Klüber ebend. §. 301. und 306.

⁽³⁾ Klüber ebend. §. 302.

Unterrichts-Polizei; 3) die *Gewerb- und Industrie-Polizei*. Ferner, politisch und geographisch betrachtet, zerfällt (4) sie 1) in die *höchste, hohe und niedere Polizei*, welche letztere auch verleihbar ist; 2) in die *allgemeine und particuläre*, nach dem Flächeninhalt des Polizei - Gerichtssprengels; 3) in die *privative und cumulative*, je nachdem ihre Geschäfte eine rein polizeiliche, oder auch in andere Hoheitsrechte einschlagende Natur haben.

Der Polizeigewalt sind *alle*, selbst auch *temporäre* Unterthanen unterworfen (5). Sie ist auch unaufgefordert zur Untersuchung und Bestrafung polizeiwidriger Handlungen ermächtigt. Der charakteristische Unterschied zwischen der Justiz- und Polizeigewalt liegt hauptsächlich darin, daß die Erstere das unmittelbare Interesse der Einzelnen, die Letztere aber auch das des gesamten Staates wahret (6), Beschwerden, nicht aber Appellationen oder andere suspensive Rechtsmittel finden gegen Polizeiverfügungen statt.

(4) Klüber ebend. § 303.

(5) Klüber a. a. O. §. 306.

(6) Klüber ebend. §. 308. und 310. Oftmahls kann sich eine Polizeisache in eine Justizsache verwandeln, welches vorzüglich bei Straffällen (§. 312.) einzutreten pflegt; aber auch bei Rechtsverletzungen durch polizeiliche Maassregeln kann solches der Fall seyn. Vergl. §. 311. ebend.

IX. K a p i t e l.

Die Finanzhoheit.

Der Inbegriff derjenigen Rechte des Staates, welche die Festsetzung, Vertheilung, Erhebung, Verwaltung und Verwendung der Staatseinkünfte betreffen, heisst *Finanzhoheit*. Das Staatseinkommen ⁽¹⁾ wird grösstentheils aus dem National-Einkommen gebildet ⁽²⁾. Man stellt jetzt gewöhnlich den Satz auf, dass die Nation den *Staatsbedarf* aufbringen müsse, insoweit als das Staatsvermögen hierzu unzureichend sey ⁽³⁾;

⁽¹⁾ Vergl. Klüber a. a. O. §. 313. Nota a., b., c. und d.
— Ueber die unter der Finanzhoheit enthaltenen Rechte vergl. man auch Häberlins Handbuch des deutschen Staatsrechts, Bd. III., 8s, 9s und 10s Buch, und Häberlins Repertorium des Staats- und Lehnrechts, Bd. I. Art. „*Domänen*“; ferner Häberlins angeführtes Staatsrecht (in Betreff der Steuern) Bd. II, 6s Buch, 8s Kap. 2r Abschn.

⁽²⁾ Klüber a. a. O. §. 313. Nota b.

⁽³⁾ Klüber ebend. §. 313. Nr. III. (§. 252.) Diese Behauptung ist nicht nur *unrichtig*, sondern auch bei schlechten Staatsverwaltungen sehr *gefährlich*. *Unrichtig* ist sie um deswillen, weil der Staat dasjenige im *Gro-*

allein die *unbedingte* Annahme dieses Grundsatzes könnte leicht zur Vernichtung der Staatswohlfaht, und, als Folge hiervon, der Staatssicherheit führen, und würde mithin, *uneingeschränkt* behauptet, unsinnig seyn. Man muß daher vielmehr folgende Grundsätze hierüber aufstellen: 1) Die *Staatszwecke*, insofern sie *nothwendig* und *unerläßlich* sind, oder doch auf vernünftigen Principien beruhen, müssen realisirt und die hierzu nöthigen Mittel herbei geschafft werden; allein es muß auch 2) die Möglichkeit des Aufbringens derselben statt finden können,

fsen bewirken soll, was man dem Einzelnen, als Staatsgenosse, im *Kleinen*, zur Pflicht macht. Wenn nun der Staat seinen Bürgern vorschreibt: Haushaltet so, daß ihr nicht nur mit euren rechtmäßig genießenden Einkünften auslanget, damit ihr nicht betteln, oder für Verschwender oder concursfähig erklärt werden müßt, sondern lebet auch so, daß ihr für euch und eure Familien einen Nothpfennig übrig behaltet: so muß man behaupten, daß auch der Staat so haushalten müsse, daß seine Bürger, wenn sie gut haushalten, noch dabei, ihren Verhältnissen angemessen, leben und ihren Familien auch etwas zur Erziehung und für Nothfälle hinterlassen können. *Gefährlich* aber ist die obige Behauptung um deswillen, weil sie verschwenderische oder leichtsinnige Staatshaushaltungen durch die Hoffnung „daß ja die Staatsbürger gesetzlich den Staatsbedarf herbei schaffen müssen“ zu Staatsausgaben verleiten, die entweder schädlich oder doch entbehrlich sind, und mit den Einkünften des Landes und dessen Nahrungsquellen und Reichthum in keinem, oder doch in einem unzureichenden Verhältniß stehen. So wie daher bei dem Einzelnen Ausgaben, die an sich nicht tadelnswerth erscheinen, doch unverantwortlich werden können, wenn sie nicht mit dessen Einnahme im Verhältniß stehen, eben so ist solches bei Staaten der Fall.

ohne den Unterthanen den nöthigen Lebensunterhalt und ihre Wohlfahrt dadurch zu entziehen; denn wenn die Staatsgenossen über ihre Kräfte angestrengt werden, so muß, wenigstens in der Zeitfolge, eine Erschöpfung derselben hierdurch veranlaßt, und die fernere Aufbringung, durch die bewirkte Vernichtung der Staats-Einkommen-Fonds, unmöglich gemacht werden. Ist nun aber ein Staat *innerlich* geschwächt worden, so steht er auch geschwächt gegen die übrigen Staaten, und deren Willkühr preisgegeben, da. Hat also ein Staat die Mittel, seinen Staatsgenossen *Sicherheit* zu gewähren, verloren, so ist ja hierdurch der erste aller Staatszwecke der Vernichtung blosgestellt worden, und es müssen ihn dann Anarchie *von innen*, so wie Verletzung durch andere eigennützig handelnde Staaten *von aussen*, nothwendig seinem Untergange entgegen führen. Untersuchen wir ferner die Frage, was *Staatsbedarf* heisse, so finden wir, daß dieses ein relativer Begriff sey; indem der Arme eben so durch kärgliche Mittel sein Daseyn fristen muß, wie der Reiche bei einem Ueberflusse an solchen auch nur dasselbe thut, alles nach Verhältniß der dargebotenen Mittel. Eben so muß nun der Staat die Realisirung seiner auf die Staatssicherheit oder Wohlfahrt gerichteten Zwecke, nach den ihm hierzu zu Gebote stehenden Mitteln, zu erreichen suchen. Besitzt ein Staat ein großes Staatsvermögen, ein fruchtbares Staatsgebiet, viele und zwar reiche sowohl als industriöse Staatsunterthanen, so kann er mehr und ansehnlichere Staatsbehörden, Kulturanstalten, Vergrößerungen und Verschönerungen des Staatsgebietes begründen, als im entgegengesetzten Falle. Weise Benutzung dessen, was man besitzt, und die Kunst, mit geringen Mitteln verhältnißmäfsig viel (wo nicht mehr als andere

bei unweiser Anwendung mit großen Mitteln) zu bewirken; ein gutes Beispiel der Höfe und der Staatsbeamten, so wie der Reichen und Gebildeten im Staate durch *Frugalität, Patriotismus* und alle sonstigen bürgerlichen Tugenden sey es daher, wonach unsere Staatenbeherrscher und deren ministerielle oder nicht ministerielle Rathgeber trachten mögen, um die bürgerliche Sicherheit und Wohlfahrt zu befördern; denn die Zeiten sind vorbei, wo Manna vom Himmel gefallen ist, und wir leben wieder in einem eisernen Zeitalter, wo man sich, einem alten Sprüchwort zufolge, „nach der Decke strecken muß.“ Es ist mithin keine Kunst, für den Staatsbedarf einen blendenden Etat zu entwerfen, wohl aber eine desto größere — der Bürgerkrone würdige — mit wenigen Mitteln ein durch Sicherheit und Wohlfahrt glückliches Volk gegründet zu haben.

Die *Staatsfinanzverwaltung* bildet den Mittelpunkt der ganzen *Staatsverwaltung*, und ist eines der wichtigsten *Hoheitsrechte*; sie anzuordnen und deren Aufgaben zu lösen, kann für den Probienstein eines großen Staatsmannes gehalten werden⁽⁴⁾. Das Staatseinkommen wird nach Verschiedenheit des Grundes seiner Erhebung in mehrere Zweige vertheilt, und es bilden sich hieraus die Steuer-Fonds, das Kammer- und Domänen-Vermögen, die Verwaltungs- und Kriegs-Fonds u. s. w. Wesentlich verschieden hiervon sind die aus der Lehnherrlichkeit und aus der *Patrimonialherrlichkeit* abgeleiteten Abgaben; denn während diese *privatrechtlicher*⁽⁵⁾

⁽⁴⁾ Klüber a. a. O. §. 314. und Nota a. und b.

⁽⁵⁾ Klüber ebend. §. 313. Nota g. (und §. 44., 233. a, 243. a und 382. b.)

Natur sind, so entspringen jene aus der *Staatshoheit* ⁽⁶⁾, und sind deshalb öffentliche oder eigentliche Staatsabgaben.

Die *Finanzwissenschaft* beschäftigt sich mit *Ergründung der Art und Weise, wie die zur Verwirklichung der Staatszwecke erforderlichen Mittel auf die rechtmässigste und am mindesten drückende Weise für die Unterthanen aufzubringen und zu verwenden sind*. Die Gesichtspunkte, die sie nie aus den Augen lassen darf, sind: „das wirkliche und unerlässliche Bedürfnis des Staates und die Kräfte der Unterthanen“ ⁽⁷⁾. Die Staatsauflagen dienen keineswegs allein oder vorzüglich zum Unterhalte des Regenten und seiner Familie, sondern auch zur Bestreitung der gesamten Kosten für die Staatsverwaltung in allen ihren Zweigen. Ob es auch gut und räthlich sey, einen sehr bedeutenden Staatsschatz davon zu bilden, möchten wir eher bezweifelnd als bejahend beantworten, denn ein Staat, der sich durch stets bewiesene Rechtlichkeit und eine strenge Ordnung in seinen Finanzen das öffentliche Vertrauen erhalten hat, wird nie in Verlegenheit gerathen, in Zeiten der Noth, sowohl von dem Auslande als im Innern des Staates, sehr schnell bedeutende Summen geliehen zu erhalten; dagegen das *Ansammeln eines bedeutenden Staatsschatzes* die Nachtheile einer höhern Besteuerung zu diesem Zweck, das zinslose Ruhen des baaren Schatzes und das Entziehen desselben für den öffentlichen Verkehr mit sich führt. Die Erhaltung und *mässige Vermehrung*

(6) Klüber ebend. §. 313, Nro. VI.

(7) Klüber a. a. O. §. 315. Nota a., über die verschiedenen Staatsbedürfnisse, vergl. §. 316. daselbst.

eines liegenden Grundvermögens und ähnlicher ihm gleich zu achtender Realitäten möchten wir dagegen wider anders Denkende um deswillen in Schutz nehmen, weil ein solches Staatsvermögen nicht nur bei Nothfällen entweder veräußert oder verhypothetizirt werden kann, um die nöthigen baaren Geldsummen aufzubringen, sondern weil bei einer eigenen Bewirthschaftung desselben der Staat auch den Staatsgenossen durch zweckdienliche Benutzung desselben mit einem guten Beispiel vorangehen, und so mehr durch aufmunternde Beispiele, als durch strenge Befehle die Staats- und Landwirthschaft erhöhen und verbessern kann⁽⁸⁾. Ueber die Rechtlichkeit der Staatsauflagen stellt man gewöhnlich folgende Grundsätze auf: Es gehöre dazu I. *Rechtmässigkeit* in Absicht auf die *Art der Festsetzung*; II. *Nothwendigkeit* in Rücksicht auf den wahren *Staatsbedarf*; III. *Gerechtigkeit* in Betracht der *besteuerten Sache oder Person*, so wie auch der *Grösse* (nach Nr. II.), *Vertheilung* und *Erhebungsform der Auflage*, ihrer *Entrichtungszeit* und ihrer *möglichen, wahrscheinlichen oder wirklichen Einwirkung* auf die *Sittlichkeit* der Einwohner, und auf die Bestandtheile des Nationalvermögens^(9a); IV. soll das Abgabesystem auf das *Einkommen* berechnet seyn, nicht aber auf das Vermögen der Abgabepflichtigen, mithin weder auf das Besitzthum noch auf den Kaufpreis. Nur der *reine Ertrag* von den *Elementen des National-Einkommens* sey der wahre Gegenstand der Besteue-

⁽⁸⁾ Klüber a. a. O. §. 316., Pölitz, K. H. L., die Staatslehre etc. 2r Th. §. 178. (Leipzig 1808.) und §. 188., Lüder über Nationalindustrie etc. Th. 3. S. 689 flgde.

^(9a) Klüber a. a. O. §. 317.

runge (9b), nur die Producenten als die wahren unmittelbar Steuerpflichtigen⁽¹⁰⁾ zu betrachten; V. die *Consumenten* seyen überall steuerfrei, weil sie den steuerpflichtigen Gewerbe-Classen die vorgeschossene

(9b) Klüber a. a. O. §. 317. und Pölitz a. a. O. §. 178.

(10) Klüber ebend. im angef. §. 317. — Ueber die verschiedenen Steuersysteme vergl.: H. Eschenmayers Vorschlag zu einem einfachen Steuersystem, Heidelberg 1808. 4.; Ebenderselbe, über die Consumtionssteuer, Heidelberg 1813. 8.; Julius Graf von Sodens National-Oeconomie Th. III. und V., Dr. F. Sergers Versuch über das vorzüglichste Abgabensystem, Heidelberg 1811. 8.; Jul. Graf von Sodens Staatsfinanzwirthschaft (oder dessen National-Oekonomie, Bd. V.) Leipzig 1811. 8.; Klüber a. a. O. §. 317. Nota a. und b., die daselbst nahmhaft gemachten Steuer-Edicte etc.; Darstellung der Nationalökonomie etc. vom Prof. Ritter I. B. Say; aus dem Franz. der dritten, mit einem Auszug der Hauptgrundsätze vermehrten Ausgabe, übersetzt und mit Anmerk. von Dr. Morstadt (Heidelberg 1819. 2 Bde.); Encyklopädie der Kammeralwissenschaften von Schmalz, 2e Ausgabe (Königsberg 1819.), eine Beurtheilung dieses Werkes (von Eschenmayer) in den Heidelberger Jahrbüchern der Literatur von 1819., Monat Juni, S. 559 flgde.; Abhandlungen über staatswissenschaftliche Gegenstände v. E. Krönke, 1r bis 4r Th., Heidelberg 1819. (insbesondere im 4. Th.); Ueber die Staatswirthschaft von Ancillon, Berlin 1820.; Tabellarische Uebersicht der vorzüglichsten Bestimmungen verschiedener Staatsverfassungen etc. von Ign. Rudhardt, München 1818; über Handel und Gewerbe, Steuern und Zölle, von Benzenberg, Elberfeld 1819.; Beiträge zur Bildung der Steuerwissenschaft, von Krehl, Stuttgart 1819. (Der Verfasser sucht hier zu beweisen, daß der *Erwerb* die Quelle der Besteuerung sey, *nicht aber die Höhe des Einkommens oder Vermögens* der Maasstab der Steuerpflichtigkeit, sondern vielmehr der *Genuss der Staatsanstalten bei dem Pro-*

Steuer in dem Preis der Producte wieder erstatten, also mittelbar steuern. Bei einer allgemeinen Einkommen-Steuer würden sie aber nicht nur unmittelbar durch die eigene Anlegung, sondern auch mittelbar

ductions - und Consumptionsgeschäft, dass aber die Höhe des Genusses dieser Staatsanstalten nicht durch die individuelle Höhe des Ertrags und der Consumption, sondern durch die Regeln derselben bestimmt werden müsse etc.); die Staatspolizei in Beziehung auf den Zweck des Staates und seine Behörden, von F. W. Emermann, Wiesbaden 1819; *die Auflage* (d. i. Steuer) durch A. F. Stocker von Neuforn, Nürnberg 1819. (vergl. hierüber die Heidelberger Jahrbücher der Literatur von 1820. S. 215 flgde.); über die *Renten* vergl. Monthion: *Quelle influence ont les diverses espèces d'impôts sur la moralité, l'activité et l'industrie des peuples*, Paris 1811. (vergl. hierüber die Hallische Liter. Zeitung von 1809. Nro. 142., und die Jenaische Liter. Zeitung von 1811. Nro. 151., ingl. die teutsche Uebersetzung dieser Schrift von E. A. W. v. Zimmermann, Gießen 1814.); die Nachtheile der Accise für den Nationalwohlstand (Berlin, bei Hayn 1808.); Fr C. Fulda, Preisschrift der Göttinger Societät, im hannövrischen Magazin 1807., Stück 58 bis 66. (vergl. Göttinger gelehrte Anzeigen von 1805, St. 199, und von 1807. St. 115. und 118.); Kröncke Anleitung zur Regulirung der Steuern; von Benzenberg über den Cataster, Bonn, 2 Thle. 8.; Bruner, was sind Maut - und Zollanstalten der Nationalwohlfahrt etc.? Nürnberg 1816; ferner vergl. man *meine Abhandlungen* im Allgemeinen Anzeiger der Deutschen von 1820. Nro. 72., über die am mindesten drückenden Besteuerungsarten und über das neue Weimarsche Einkommen - Besteuerungs - Edict von 1820. In diesem Aufsatz habe ich die Fragen zu beantworten versucht: 1) *wofür* mit Recht Steuern verlangt werden können? 2) *auf welche Weise* solche am wenigsten drückend für die Steuerpflichtigen erhoben werden können? In Absicht der

durch die erwähnte Kostenerstattung, mithin doppelt besteuert werden. Soll übrigens das *Einkommen* (nach IV. oben) den Hauptgrundsatz bei der Besteuerung bilden, so müssen folgende Grundsätze

ersten Frage habe ich den Satz aufgestellt „*dass nur für diejenigen Staatsanstalten ein Staatsbürger zu steuern brauche, die ihm zu gut kommen*“, daher a) ein Unterschied zwischen *allgemeinen* und *besondern* (oder Lokal-) Staats-Anstalten zu machen sey, wogegen b) nichts darauf ankomme, ob ein Staatsgenosse ein *Producent* sey oder nicht, sondern vielmehr auf *die Höhe des Genusses von Staatsanstalten* (vergl. die angeführten Beiträge etc. von Krehl); in Betreff der zweiten Frage habe ich auf die bedenklichen Seiten des *Einkommen - Besteuerungs-Princips* aufmerksam gemacht, und den Vorzug der indirecten und Grundsteuern etc. darzulegen versucht (die indirecten Steuern habe ich noch ausführlicher in Nro. 195. und 196. des Anzeigers der Teutschen von 1820. zu vertheidigen mich bemühet, unter beigefügten Vorschlägen über eine zweckmässigere Bestimmung des Tarifs und der Erhebungsweisen); wider die indirecten Steuern vergl. den Anzeiger der Teutschen von 1815. Nro. 46. (der Aufsatz stammt von dem jüngst verstorbenen berühmten v. Dohm); vergl. auch Nro. 65. von 1820. und Nro. 36. und 140. von 1815. a. a. O.; über die Abgaben-Last in Teutschland (in der Bürgerzeitung etc. von 1823., Hildburghausen Nro. 4, 5, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23 und 24). Die Staatsfinanzwissenschaft theoretisch und praktisch dargestellt von L. H. v. Jacob, 2 Bde., Halle 1821.; Revision der Lehre von den Auflagen von Strelin, Erlangen 1821. (hierüber vergl. die Hallische Liter. Zeitung von 1822. Nro. 113.); Lehre zu der Lehre von Auflagen in den Anzeiger der Teutschen von 1823. Nro. 22. und 23.; ferner die Grundsätze der neuen Gebäude- und Gewerbcatastrirung im Königreich Würtemberg, Stuttgart 1819. (vergl. die Heidelberger Jahrbücher der Liter. von 1819.

dabei zu Grunde gelegt werden: I. muß der *nothdürftige Lebensunterhalt* frei gelassen werden, indem man ja von dem *Unentbehrlichen* nichts abgeben kann (vergl. den Anzeiger der Teutschen Nr. 72.

S. 1217 flgde.). Es ist eben so national- als ökonomie-
widrig, *aufser den Grund-, Ertrags-, Betriebs- und*
Waarenrenten noch eine Arbeitsrente aufzustellen,
indem ja weder das Grundcapital, noch das Betriebs- und
Waarencapital eine Rente *ohne eine auf sie verwendete*
Arbeit gewähren, daher schon die Arbeitsrente mit unter
diesen begriffen ist. Uebrigens gewähren auch nicht alle
Gründe einen Ertrag; man kann z. B. *nicht unbedingt* bei
allen Gebäuden eine Rente voraussetzen, denn, abgesehen
davon, daß schadhafte Gebäude oft mehr an Baureparatu-
ren etc. kosten, als deren Vermiethung einträgt, so sind
auch Steuern von *unvermientheten* Gebäuden *Genuss-* (Con-
sumtions-) Steuern, und selbst bei den Gewerbsgebäuden
ist dieses der Fall, *weil nicht das Gebäude, sondern die*
Gewerbe, mittelst productiver Kraftäußerung, *den Ertrag*
gewähren. Die Gewerbs- und Professionssteuern *durch*
künstliche Berechnung des Verdienstes oder der Betriebs-
capitale ausmitteln zu wollen, ist fruchtlos. Auch die
Anzahl der Gehülfen ist täuschend bei der Bestimmung
der Gewerbs- und Professionssteuern, weil manche Profes-
sionen *nicht ohne* Gehülfen betrieben werden können, und
manche derselben im Vergleich zu andern eine größere
Anzahl von Gehülfen erfordern; eben so unzulässig ist eine
Bestimmung nach dem Arbeitslohn, weil auch dieser öfte-
ren, so wie örtlichen Veränderungen unterworfen ist. Aus
diesen Gründen möchte ein Besteuerungssystem, zusamen-
gesetzt aus indirekten-, Grund-, Patent- und Conces-
sionsteuern, einem jeden andern idealen Steuersystem (vergl.
meinen angef. Aufsatz in Nro. 72. d. Anzeig. der Teut-
schen von 1820. S. 770 bis 79) vorzuziehen seyn. Ein
Classenpatentsystem ist auch um deswillen bei weitem vor-
züglicher und ausführbarer, weil das Einkommen der Hand-

vom Jahr 1820. S. 771. Nr. I.); II. müssen die *blo-
sen Consumenten* steuerfrei bleiben, weil sie die auf
die Producte der producirenden Classen gsschlage-

werker ohnehin nur ein abgeleitetes und kein ursprüngliches ist, daher es denn, wenn die Arbeit nicht für das Ausland ist, doch wieder auf das ursprüngliche Einkommen zurück wirken muß. Bei Handlungen, Fabriken und Manufakturen kann weder das Handelscapital nach Classen, noch die Schätzung des Handelscapitals nach der Anzahl der Gehülphen ein richtiges oder auch nur annäherndes Resultat zur Folge haben, weil die Taxe (gleichviel, ob solches eine Selbsttaxe oder eine Taxe durch Abschätzer sey) viel zu großen Schwierigkeiten, hinsichtlich der Ausmittlung des Capitals und wahren Verdienstes unterworfen ist, die größere Anzahl von Gehülphen aber, wie wir schon erwähnt haben, um deswillen mißlich bleiben muß, weil sie keinen Beweis eines größeren Verdienstes liefert, indem z. B. bei En-Gros-Handlungen bekanntlich mehr verdient wird, als wie solches bei Detail-Handlungen der Fall ist, und doch bei den letztern mehr Gehülphen als bei den Erstern erfordert werden. Vergl. noch über die Finanzwissenschaft Pölitz a. a. O. §. 177. bis 191.; G. Sartorius von den Elementen des Nationalreichthums und von der Staatswirthschaft nach Adam Smith, Göttingen 1806., und Klüber a. a. O. §. 318. und Nota a. und b., §. 320. Nota a., c., d., e und f.; Franks System der landwirthschaftlichen Polizei, Th. III. S. 270 flgde.; Sartorius Handbuch der Staatswirthschaft; Späth über die praktische Aufnahme der Grundsteuer, Nürnberg 1809; Eben-derselbe über Güter-Classification etc., Stuttgart 1810; Harls Handbücher der Steuerregulirung und Staatswirthschaft; Thums systematisches Handbuch des Catasters, Mainz 1813.; Krönkes Anleitung zur Regulirung der Steuern, Gießen 1810.; Grävell (M. C. F. V.) die Grundsteuer und deren Cataster etc 1r Th. 1821. Leipz. (vergl. die Jenaische Lit. Zeitung von 1823. Nro. 150.).

nen Steuern, welche die letztern haben entrichten müssen, ohnehin wieder ersetzen müssen (welches auch bei den Staats- und Hofdienern der Fall ist), und folglich bei einer unmittelbaren eigenen Besteuerung doppelt (mittelbar und unmittelbar) besteuert werden würden; III. da die *Höhe des Einkommens* nur ein *relativer* Begriff ist, und blos nach dem *standesmässigen* Aufwande ermessen werden kann, so müssen zum Behufe des Abgaben-Tarifs nicht nur a) *Classen* nach den verschiedenen Einnahme-Summen, sondern auch b) nach den *Ausgabe-Summen* gebildet werden, so wie solche durch die *Standesverhältnisse* und durch den *nothwendigen* und sehr abweichenden *Aufwand* zur *Beitreibung der verschiedenartigen Productionen* bedingt werden. Geschieht dieses nicht, so erfolgt nothwendig eine *ungleichartige* Besteuerung; denn wenn z. B. ein Mann durch seine Verhältnisse nothgedrungen ist, einen mehr oder weniger ansehnlicheren Aufwand zu machen, als ein gemeiner Handwerker oder Krämer etc., so würde er offenbar gegen die letzterwähnten Classen, welche sich bei ihrer Lebensweise durch keine Standes- oder Geschäfts-Verhältnisse gebunden fühlen, im Nachtheil stehen. IV. Dürfen die von dem Staat besoldeten Diener nicht besteuert werden, weil man voraus setzen muß, daß der Staat seinen Beamten nur so viel und nicht mehr Gehalt ertheile, als sie zu ihrem standesmässigen Unterhalt nothwendig bedürfen; werden sie daher besteuert, so nimmt ihnen ja der Staat wieder einen Theil ihres *bedarfsmässig* berechneten Gehaltes ab, und wird mithin ungerecht oder doch unbillig gegen sie werden, und er verfährt dann eben so gegen sie, wie gegen den Landesregent, indem er für letztern eine lediglich nach dem Bedarf abge-

messene Civilliste bildete, und solche wiederum **besteuerte!** (Vergl. meinen Aufsatz über die Besteuerung in Nr. 72. des allgemeinen Anzeigers der Teutschen, vom Jahr 1820. S. 777. flgde.) V. Darf mit dem Einkommen-Besteuerungssystem keine andere, *einem fremdartigen Steuersystem angehörige, Abgabe verknüpft seyn*, indem sonst manche steuerpflichtige Classe *doppelt und dreifach besteuert werden würde* (vergl. den Anzeiger der Teutschen a. a. O. S. 776.). Die *Zurückzahlung der Steuern* aber an diejenigen, welche entweder gar nicht oder doch nicht mehrfach hätten besteuert werden sollen, würde viele Arbeiten veranlassen, weishalb der Staat mehrere zu *besoldende* Beamten zu dem Zweck anzustellen genöthigt seyn würde, welchen vergeblichen Aufwand er sich ersparen kann, wenn er diejenigen gleich für steuerfrei erklärt, welche, wie z. B. die Staatsdiener, gerechterweise nicht besteuert werden dürfen. VI. Ein Abzug der auf Grundstücken haftenden Schulden ist um deswillen nicht räthlich, weil leicht Unterschleife dabei vorfallen können. Man nehme z. B. den Fall an, daß ein Güterbesitzer auf seine Güter Capitalien aufnimmt (die er gegen *geringe Procente* erhalten kann), und solche aus Speculation (um mehr Steuern unter der Firma von Schulden in Abzug bringen, und diese geliehenen Capitalien oder seine eigenen, die er zu dem Zwecke verwenden könnte, höher zu benutzen) im *Ausland*, wo solche der Erforschung gar nicht oder weniger ausgesetzt sind, gegen *höhere Procente* ausleihet, oder solche zu *Wechselgeschäfte heimlich* benutzt. Man darf daher nicht besorgen, ungerecht zu werden, wenn man zur Verhütung möglicher, ähnlicher Unterschleife den Grundsatz aufstellt: *daß wer nicht, schulden-*

frei, Güter besitzen könne, sich keine kaufen, oder die besitzenden, aber verschuldeten, veräußern müsse, wenn er sich nicht der gänzlichen Besteuerung derselben unterwerfen will. VII. Eine Besteuerung der *Capitalien* aber, widerspricht zwar nicht den Forderungen der Gerechtigkeit, doch ist solche mißlich, weil ähnliche Unterschleife und Verheimlichungen, wie bei dem vorgenannten Falle, statt finden können, und der *Staatscredit* leicht hierdurch gefährdet werden kann (vergl. den Anzeiger der Teutschen a. a. O. S. 775. flgde.). VIII. Muß alle Umsicht bei der Ausmittlung des Einkommens angewendet werden; auch ist es eine Pflicht des Staates, die bei der Vermögensausmittlung aufgefundenen Resultate ganz geheim zu halten. Fast allen diesen Anforderungen entspricht das musterhaft abgefaßte Sachsen-Hildburghäusische provisorische Edikt vom 20. September 1823., die Einführung einer allgemeinen Einkommen-Steuer betreffend. (Abgedruckt in Nr. 43. des S. Hildburghäusischen Regierungs- und Intelligenzblatts vom Jahr 1823.)

Zur Verwaltung der Staatsfinanzen sind nicht nur eigene Staatsbehörden, sondern auch Geschäfts-Instructionen und Finanzgesetze erforderlich; auch können die Staatsgenossen mit Recht von einer gerechten Regierung die Oeffentlichkeit der Finanzverwaltung erwarten, um die Ueberzeugung gewinnen zu können, daß ihre entrichteten Staatsabgaben gesetzmäßig und gerecht verwaltet und nur zu nothwendigen und wohlfahrtlichen Staatszwecken verwendet worden sind, welches auch zur Erhaltung und Erhöhung des Staatscredits nothwendig ist. Der Finanzplan muß mit Weisheit und Umsicht, Gerechtigkeit und Liberalität entworfen wer-

den, stets berücksichtigend und unterscheidend, die durchaus nothwendigen und unaufschieblichen von den bloß wünschenswerthen, aber nicht durchaus unvermeidlichen und sofort zu bewirkenden Staatsausgaben, weder zu karg und auf hypothetische Einnahmen, noch zu überspannt berechnet. Nie mögen die Finanzplans-Entwerfer die Kräfte der Staatsunterthanen, die Zeiten, die Staatsfundamentalgesetze, die besondere Beschaffenheit des Staates, für den sie einen Finanzplan zu entwerfen haben, und den größern oder geringern Staatsumfang desselben, so wie dessen geographische und politische Lage zu andern Staaten, übersehen: denn nicht alles, was in einer gewissen Zeitperiode gut und ausführbar erscheint, ist es auch in einer andern, der ersten unähnlichen; und nicht alles, was für einen größern Staat sich zweckdienlich darstellt, ist auch räthlich für einen kleinern oder für einen Staat, der eine gänzlich geographisch- und politisch verschiedene Lage ⁽¹¹⁾ hat.

Der *Ausfall* in dem *Budget* muß in dem Finanzgesetz nach Rechtsgesetzen und mit Berücksichtigung des Staatscredits, gedeckt werden, und zwar, wo möglich, durch weise Ersparnisse in dem Staats- sowohl, als in dem Regentenhaushalt, außerdem durch Erhöhung der Staatsabgaben oder durch beide Mittel zugleich. Das *Steuersystem* muß ebenso gerecht und einfach seyn, als die Steuer-Revision und das Cataster das Gepräge der Ordnung an sich tragen. Das Ersparungssystem darf nicht auf Kosten der Gerechtigkeit statt finden; der Staat

(11) Klüber a. a. O. §. 318. und 319.

darf seinen Staatsunterthanen nicht durch Monopole oder durch selbstige Betreibung der Privatgewerbe den Lebensunterhalt entziehen, und die Auftreibung der Staatsabgaben hierdurch unmöglich machen, denn alles dieses ist eben so schädlich, wie alle chimärischen Projecte und Staats - Plüsmache-reien ⁽¹²⁾. Die Tilgung der Staatsschulden ⁽¹³⁾ muß durch die erwähnten Einschränkungen, durch Bildung einer Amortisations - Casse, durch richtige Abtragung derselben, in Gemälsheit eines eigenen dazu entworfenen Amortisationsplanes, durch Veräußerung entbehrlicher Staatsgüter (nicht aber durch Errichtung schädlicher Lotto - Einrichtungen etc., um einen *scheinbaren* Vortheil hieraus zu ziehen) bewirkt werden. Die Einführung von Papiergeld, Zwangsanleihen, beträchtlichen Staatsobligationen sollte man sich nur in Zeiten der höchsten Noth, die Prägung geringhaltiger Münzen und die Errichtung von Staats - Lottos niemals erlauben, weil durch diese Staatskünste der öffentliche Credit leidet, die zuletzt erwähnten aber als Staatsprellereien, unter der Würde des Staates seyn würden.

A. Das Steuer - Regal.

Die Steuern ⁽¹⁴⁾ pflegt man in die *ordentlichen* und *aufserordentlichen* einzutheilen. Unter den Er-

⁽¹²⁾ Klüber a. a. O. §. 320.

⁽¹³⁾ Klüber ebendas. §. 321.

⁽¹⁴⁾ Schriften über die Besteuerung, siehe oben in der Anmerkung 10. und bei Klüber a. a. O. §. 322. Nota a., §. 323. Nota b.; über die Rechtmäßigkeit und gleiche Vertheilung der Steuer (Steuer - Capital) §. 326. ebend.

stern versteht man solche, die nach der Quantität und Erhebungszeit für immerwährend bestimmt sind, unter den Letztern hingegen solche, die ungewöhnlich durch außerordentliche Fälle veranlaßt, nach jedesmahliger Bestimmung der Quantität und Erhebungszeit entrichtet werden ⁽¹⁵⁾. Eine Befreiung von den Steuern sollte ohne ganz besondere Gründe ⁽¹⁶⁾ niemals statt finden, weil sie der Gleich-

⁽¹⁵⁾ Ueber die gewöhnlichen Steuern vergl. Klüber a. a. O. §. 322. Nota b. und d.; über die außerordentlichen Nota c., e. und f. ebendas. — Benannt werden die Steuern in Hinsicht auf den besteuerten Gegenstand (Person oder Sache), oder in Betracht des Zwecks und der Verwendung. Ferner findet noch ein Eintheilungsgrund statt, je nachdem die Steuer den ganzen Staat oder nur einzelne Staatsgebiets-theile betrifft, in *allgemeine* und *particuläre* Steuer. Klüber ebend. §. 323. — Unter den *indirekten* Abgaben ist besonders der Zoll einer der wichtigsten, dessen unrichtige Anwendung sowohl den Unterthanen, als den teutschen Nachbarstaaten sehr nachtheilig werden kann, daher die Zollerhebung innerhalb Teutschlands gänzlich dem Geist des teutschen Bundesvereins widerstrebt, weil er den Handel und gemeinschaftlichen Verkehr aufhebt oder erschwert, und bloß gegen auswärtige Staaten als Retorsionsmaasregel statt finden sollte. Ueber die Ansichten und die Grundsätze des teutschen Bundes hierüber vergl. oben die Abth. I. Kap. IX. §. 6. Lit. C. Nr. 14. und Klüber a. a. O. §. 175.; dessen angeführte Schlußacte S. 164. Nota c. Art. 19. d. B. A. und Art. 65. d. Wiener Schlußacte v. 1820.; über die verschiedenen Arten von Zöllen und deren Einfluß auf den Staat, vergl. Klübers öffentl. Recht §. 324. und 325.

⁽¹⁶⁾ Zu solchen Ausnahmen möchten z. B. die Civilliste des Regenten, die Staatsdiener-Besoldungen etc. zu rechnen seyn, weil solche nach dem wirklichen Bedarf fixirt worden sind, und mithin bei statt findender Besteuerung aus

heit der Rechtsansprüche, welche alle Staatsgenossen an den Staat zu machen haben, offenbar entgegen steht⁽¹⁷⁾.

B. Das Strafsen- und Geleits-Regal.

Dem Staate steht das Recht der Oberherrschaft, der Oberaufsicht, der Gesetzgebung, der Gerichtsbarkeit und der Polizei über alle Wege innerhalb des Staatsgebietes zu. Der Staat hat die Anlegung öffentlicher Wege, den Strafsenbau, die Verlegung der Strafsen, unbeschadet der Rechte Dritter, die Bestimmung des Wegmaases und die Wege- und Chausseeordnungen zu besorgen und zu bestimmen, wofür jedoch eine Vergütung durch Entrichtung der Weg-, Pflaster- oder Chausseegelder, des Brückenzolls und Fährgeldes für den Gebrauch statt findet. Auch die Strafsengerechtigkeit kann einem fremden Staat als Staatsservitut zugehören (18a). In Absicht des Eigenthums-Verhältnisses tritt in unsern Zeiten der Unterschied ein, zwischen 1) *Landstraßen* (18b), worunter die Heerstraßen, so wie die

der Staatscasse um so viel als die Besteuerung beträgt, erhöht werden müßten. Vergl. meinen angeführten Aufsatz über die *Besteuerung* im Anzeiger der Teutschen von 1820. Nro. 72.

(17) Ueber die Steuerbefreiungen, so wie über die Verwendung der Steuern, vergl. Klüber a. a. O. §. 327.

(18a) Klüber a. a. O. §. 328. und 329. Auch die Zollerhebung oder Geleitserhebung in einem fremden Staat findet als Staatsservitut öfters statt, vergl. Mosers nachbarliches Staatsrecht, 349.

(18b) Diese können nicht nur gegen *Entschädigung* über das Privateigenthum gelegt, sondern es können auch dazu die Materialien daraus entnommen werden, Vergl. Bundesdeutsches Privatrecht, §. 126.

Haupt-, Handels- oder Commercial-Straßen, die Post-, Geleits-, Zoll- und die Haupt- und Neben- oder Verbindungsstraßen begriffen werden; 2) *Communal-* (18c) (Stadt- und Dorf-) *Wegen*, welche zunächst die Communication zwischen Städten und Dörfern, so wie mit den Landstraßen zu befördern, bestimmt sind; 3) *Flur-* oder *Feldwegen*, welche bloß für die Flurgenossen zur Erreichung landwirthschaftlicher Zwecke statt finden; 4) *Nachbarwegen* für einzelne Haus-, Hof-, Garten- oder Feldnachbarn; 5) *Gutswegen* und 6) *Waldwegen*. Die Land-,

(18c) Die Gemeindewege sind in der Regel öffentliche Wege. Strube rechtliches Bedenken, Th. 5. Bd. 63. Ueber die streitigen Fälle „ob ein Weg ein öffentlicher oder ein Privatweg sey“, vergl. Claproth Rechtsfälle, Bd. II. S. 622. Die Gemeindewege werden in *Feld- und Holzwege*, und in *Neben- oder Richtwege* eingetheilt; die Erstern sind nicht für Reisende bestimmt, sondern vielmehr dazu vorhanden, um zu den Aeckern, zu einem benachbarten Dorfe oder Hofe gelangen zu können, die Letztern hingegen sind solche Wege, von welchen ein jeder mit Spann- und Fuhrwerk Gebrauch machen kann, um auf eine kürzere oder bequemere Weise, als auf der Landstraße, den Ort seiner Bestimmung zu erreichen. Man rechnet zwar die Wege der letztern Art mit zu den öffentlichen; aber weil sie sich in dem Eigenthum der Gemeinde befinden, durch deren Dorfs- und Feldmark sie laufen, so unterscheiden sie sich hierdurch von den eigentlichen Heer- und Landstraßen; auch hört daher die Verbindlichkeit des Baues und der Unterhaltung eines Gemeindeweges der Regel nach da auf, wo das Eigenthum oder die Feld- und Dorfsmark einer Commune ihre Begrenzung findet. Vergl. über das Angeführte Strubens rechtl. Bedenken, Thl. 4. Bd. 19. Von Feldwegen insbesondere, von Buinink neue Samml. v. Rechtshändeln Bd. 1. S. 76.

so wie auch in der Regel die *Wasser-Strassen*, befinden sich in dem Eigenthum des Staates, wogegen die *Communal-Wege* nicht immer *Staats-*, sondern öfters *Gemeinheits-Eigenthum* sind. Die *Flur-* oder *Feldwege* sind entweder in dem Eigenthum der *Gemeinheit*, oder im *Gesamnteigenthum* derjenigen, zu deren Besitzungen sie führen. Die *Nachbarwege* sind entweder *Gesamnteigenthum* oder *ausschließliches Privat-Eigenthum* der *Haus-* oder *Feld-Nachbarn*. Die *Gutswege* gehören dem *Besitzer des Gutes*, so wie die *Waldwege* dem *Waldeigenthümer* ⁽¹⁹⁾. Die *Anlegung* und *Unterhaltung* der *Gemeindewege* muß die *Commune* aus eigenen Mitteln bewirken, weil sie zu den *Gemeindegütern* gehören ⁽²⁰⁾. Wenn ein bisheriger *Gemeindeweg* zu einem neu angelegten *Strassendamme* gezogen wird, so ist die *Commune* keineswegs verbunden, diesen Weg nun als *Chaussee* oder *Heerstrasse* *allein* zu bauen oder zu unterhalten, sondern sie kann höchstens nur rechtlicherwise gezwungen werden, so viel, als ihr früherhin die *Unterhaltung* des *Gemeindewegs* gekostet hatte, jetzt zum *Chausseebau* *ausserordentlich* beizutragen ⁽²¹⁾. Die *Gemeindewege* sind übrigens der unmittelbaren Aufsicht des Orts und der Oberaufsicht der *Landespolizeigewalt* un-

(19) Klüber a. a. O. §. 330. — Ueber das Zoll-, Wegegeld- und Geleitsrecht der Rittergüter vergl. Fischers Cammeralrecht Bd. II. §. 601 u. 630., und über das Brückengeld Eisenbergs und Stengels Beiträge etc. Bd. V. Nr. 83.

(20) Oefters findet auch das Recht statt, daß diejenigen, welche den Weg vor andern *vorzüglich* gebrauchen, ihn auch im Stande erhalten müssen. Struben a. a. O. Th. 5. Bd. 112.

(21) A. Pufendorf observat. jur. Tom. 3. obs. 113.

terworfen, daher auch ohne deren Bewilligung kein neues Wege-, Pflaster- oder Brückengeld von der Gemeinde eingeführt werden darf ⁽²²⁾.

Das *Geleitrecht* ⁽²³⁾ enthält die Befugniß, den Reisenden und Waarentransporten gegen Entrichtung einer Abgabe (die bei Waaren entweder nach Centnerfracht oder nach dem verschiedenen Waarengelhalt, oder auch nach beiden zugleich normirt wird) die sichere Erreichung des Ortes ihrer Bestimmung zu bewerkstelligen oder zu verbürgen ⁽²⁴⁾. Dieses Recht ist ein Regal, und fand früherhin nicht selten und auch jetzt noch bisweilen als eine Staats-

⁽²²⁾ Von dem Unterschied zwischen *alten* und *neuen* Weggeldern vergl. man Kleins Rechtsprüche B. 4. S. 352. und Boehmer consultat, Tom. 1. Part. 2. respons. 28.

⁽²³⁾ *Schriften hierüber* vergl. bei Klüber a. a. O. §. 331. Nota a.

⁽²⁴⁾ Das *persönliche* Geleit hat seit der Herstellung des Landfriedens aufgehört. In dem Hauptgeleit, welches den Landgrafen von Thüringen und späterhin mit deren Ländern dem jetzigen Hause Sachsen als Reichslehn zu Theil wurde, und dessen Haupt- und Centralstelle (als Obergeleitsamt) sich noch bis jetzt als Eigenthum des Großherzogl. Sachs. Weimar-Eisenachischen Hauses, in Erfurt befindet, bestand noch lange nach dem Landfrieden ein dreifaches persönliches Geleit, a) für *Staatsregenten und deren Familien*, b) ein *Judengeleit*, welches erst seit dem Jahre 1811. aufgehoben worden ist, und c) ein *Brautgeleit*, welches noch jetzt fort besteht, vermöge dessen eine jede Braut, oder erst verheirathete Frau, welche zum ersten Mal die Haupt- oder eine Neben- und Beigeleitsstelle passirt, den sogenannten Brautthaler erlegen muß, wogegen sodann ihre Ausstattung frei passirt.

dienstbarkeit statt ⁽²⁵⁾. In unsern Zeiten hat das Geleit den Charakter seines historischen Ursprungs verloren, und besitzt nunmehr bloß die Natur eines gewöhnlichen Zolles, indem selbst nicht unbestritten die Ersatzleistung von vergeleiteten, aber auf der Landstrasse geraubten Gütern behauptet werden kann.

C. Das Commerz-Regal.

Die Rechtsbefugniß des Staates, den Handel zu dem Staatszweck zu leiten, ist für jeden Staat, der sich nur einigermaßen bedeutend mit dem Handel beschäftigt, eines der wichtigsten Hoheitsrechte ⁽²⁶⁾. Es begreift in sich die *Oberaufsicht* und *Gesetzgebungsgewalt* über alle Handelszweige zu Wasser und zu Lande, und die Macht, den Handel zu leiten und zu befördern. Zu diesem Zweck muß die höchste Gewalt den Handel, je tiefer derselbe in die inneren Triebfedern des politischen Lebens eines Staates einzugreifen pflegt, unter ihren besonderen Schutz, sowohl im In- als im Auslande nehmen, weil er den öffentlichen Credit eines Staates sichert. Der *inländische Handel* muß alle mögliche *Freiheit* erhalten, und diese ihm zu gewähren und zu erhalten, ist um so mehr die Pflicht des Staates, jemehr solcher zugleich auch das *Thätigkeits-Princip* aller andern Gewerbe um-

(²⁵) Mosers nachbarl. Staatsrecht 490., Puff, C. L. W., Dissert. de conducendi jure per Wetteraviam. Giessen 1771, und Fritsch (Ahasv.) de viis publ. c. 12.

(²⁶) Klübers Uebersicht etc. S. 117, 131, 143 und 268., Art. 19. der B. A. und Klübers öffentl. Recht (Schriften hierüber im §. 332. Nota a.) §. 175. und Cap. XXII.

faßt, daher auch diesen mit seinem Steigen und Fallen ein ganz gleiches Loos zu Theil wird; auch muß dieser inländische Handel um so sorgfältiger gepflegt werden, als er für jeden Staat der vortheilhafteste und wichtigste ist. Da, wo es in einem Staat an rohen Produkten zur Bearbeitung fehlet, müssen solche von dem *Auslande* entweder gänzlich zollfrei einpassiren, oder wenigstens so gering als möglich beauftraget werden. Den im Staate producirten *Waaren* aber muß auf gleiche Weise die Ausfuhr in das Ausland erleichtert werden.

Dem *ausländischen Handel* muß der Staat die ausgedehnteste und vortheilhafteste Richtung zu geben trachten, so daß so viel wie möglich die Handels-Bilanz zu dem Vortheil des Inlandes ausfalle⁽²⁷⁾. Die Schließung vortheilhafter Handels- und Schiffahrts-Verträge mit andern Staaten, durch eben so kluge als rechtliche *Negotiationen* eingeleitet und mit der genauesten Kenntniß seines Verhältnisses und Einflusses auf das Inland verbunden, ist eine der wesentlichsten Bedingungen für das Gedeihen des auswärtigen Handels. Beschränkungen des Handels sind nur dann zu rechtfertigen, wenn hierdurch die Rechte anderer Staatsbürger verletzt oder doch bedroht werden⁽²⁸⁾. Ferner sind Mittel zur Unterstützung des Handels *gute Chausseen* und

(²⁷) Klübers öffentl. Recht §. 332. nota b, wo eine sehr merkwürdige und von jedem Staate zu beherzigende Stelle aus der königl. preussischen Instruction für die Regierungen (v. 26. December 1808. §. 50.) ausgehoben steht.

(²⁸) In welchen Fällen dieses vorzüglich der Fall seyn könne, hierüber vergl. man Pölitz Staatslehre Abtheil. II. S. 159. Buchstab d.

*Straßen, Seehäfen und Freihäfen, Schiffbarmachung und Verbindung der kleinen Flüsse unter sich, und mit den Hauptflüssen durch Kanäle und Schleusen, ein wohleingerichtetes Postwesen bei mässigen Posttaxen, Aufhebung oder Herabsetzung der Zölle, Aufhebung oder eine zweckmässige und nur auf kleinere Zeiträume festzusetzende Beschränkung der Monopole, wohleingerichtete Messen ⁽²⁹⁾ und Märkte, Einführung gleichen Maases, Gewichtes und Münzfusses und guter Landmünzen, Anlegung wohleingerichteter Handelsschulen, gute Marktordnungen, strenge und prompte Justiz *), so wie strenges Wechselrecht bei Handels- und Wechselgeschäften. Auch Handels- ⁽³⁰⁾ und Assecuranzgesellschaften können zu dem Zweck mit Recht dem Staate zur Unterstützung empfohlen werden. Die Waagegerechtigkeit, die Lagerhaus- oder Niederlagegerechtigkeit, das Kranrecht ⁽³¹⁾, die Stapelgerechtigkeit, das Stationenrecht ⁽³²⁾, der Strafsenzwang, das Recht des Alleinhandels ⁽³³⁾ (Monopol), die Errichtung der Kaufmannsgilden und Krämerinnungen, die Giro-Deposital- oder Umsatz-Banken, die Zettel-, Wechsel- oder Circulationsbanken ⁽³⁴⁾, die*

(29) Klüber öffentl. Recht §. 333. nota a. über die Schriften hierüber.

(*) Ueber die Handelspolizei, Maas und Gewicht, über die Verbote der Ein- oder Ausfuhr gewisser Waaren, über die Aufsicht des Assecuranz- und Bodmerei-Wesens etc. vergl. Klüber a. a. O. §. 334.

(30) Klüber ebendas. §. 333. Nota b.

(31) Klüber ebendas. §. 325. Nota e. §. 333.

(32) Klüber ebend. §. 471. und 481. (333.)

(33) Klüber ebendas. §. 333. Nota c.

(34) Klüber ebend. §. 333. Nota d.

Credit - Cassen, so wie die Pfand - und Leihhäuser ⁽³⁵⁾ etc. gehören ebenfalls mit zu den vorzüglichsten Gegenständen des Commerz-Regals, wiewohl viele derselben, wie z. B. die Stapelgerechtigkeit, das Stationenrecht, der Straßenzwang, die Monopole etc. dem Handel in der Regel großen Nachtheil bringen.

D. Das Münz-Regal.

Die Münzen sollen zur Bestimmung des Werthes aller verkäuflichen Rechte und Sachen dienen; durch sie soll der beschwerlichere und oftmahls unmögliche Tauschhandel, wo nicht verdrängt, doch wenigstens entbehrlicher gemacht werden. Insofern nun aber die Menschen allen Rechten und Sachen einen eingebildeten Werth beigelegt haben, so ist solches auch in Hinsicht der Metalle der Fall, welche zu den Münzen dienen. Hieraus folgt nun aber, dals solche nicht einen bloßen *Nominal*-, sondern einen *realen* Werth besitzen müssen; d. h. sie müssen in *Schrot* und *Korn*, nach Abzug der Münzkosten, einen Verhältnißwerth zu allen verkäuflichen Gegenständen enthalten. Aus diesem Grund handelt ein jeder Staat eben so unrechtlich als unpolitisch, welcher darauf ausgeht, aus dem Münzregal, so wie aus dem Postregal, einen *unmittelbaren* Vortheil zu ziehen, denn beide, die Münz- wie die Postanstalten sollen bloß den menschlichen und insbesondere den Handelsverkehr erleichtern und befördern, nicht aber die Stelle einer unmittelbaren Einkunfts-Quelle einnehmen, denn *mittelbar* gewinnt ohnehin der Staat durch die hierdurch be-

⁽³⁵⁾ Klüber a. a. O. §. 333. Nota e.

förderte Handels - Circulation und die hieraus für ihn fließenden Einkünfte; münzet er aber zu leicht oder sogar falsch, so begehet er hierdurch nicht nur einen offenbaren Betrug gegen das Publikum, dessen sich nie ein Staat zu Schulden kommen lassen sollte, sondern er vernichtet auch hierdurch den auswärtigen Handel, weil ein jeder Ausländer seine, einem solchen Staat zum Verkauf dargebrachten Waaren um so höher anschlagen muß, als das Geld, welches er hierfür erhält, geringer im *realen* Werth stehet, während er die vollgültigeren Münzen bei der Erkaufung von Waaren daselbst, um so höher in Ansatz bringt. Das *Münzrecht* ist mithin nicht um deswillen ein ausschließliches Recht des Staates geworden, um andere hierdurch zu vervortheilen, sondern vielmehr, um solche vor jedem Mißbrauch damit schützen. Zu einer Erleichterung des Handels dient vorzüglich auch ein *festes und gleiches Münzsystem*, welches bei denjenigen Staaten am unentbehrlichsten erscheint, die mit vielen anderen Staaten in commerzieller Berührung stehen; daher denn ein solches nirgends als in Deutschland ein größeres Bedürfnis seyn kann. Ein jeder deutscher souverainer Bundesfürst ist innerhalb seines Staatesgebietes zu Ausübung des Münzregals berechtigt ⁽³⁶⁾. Die Normen, welche während der deutschen Reichsverfassung für rechtsverbindlich erachtet wurden, werden auch jetzt noch in den meisten deutschen Staaten befolgt ⁽³⁷⁾.

⁽³⁶⁾ Klüber a. a. O. §. 335. Nr. II., Schriften über das Münzregal in der Nota a. das.

⁽³⁷⁾ Klüber a. a. O. §. 336. über das Verhältniß der Münzgerechtigkeit während der deutschen Reichsverfassung. —

Von der reellen Münze ist die *nominale* oder *symbolische* wesentlich verschieden; denn obgleich beide unter der Firma des Staates verfertigt werden, so ist die letztere doch nur eine *Staatsurkunde* oder eine *Anweisung auf reelle Münze* ⁽³⁸⁾, daher man sie auch *Ledermünze*, *idealisches* oder *fingirtes Geld* nennt ⁽³⁹⁾. Während daher diese eine *Scheinmünze* ist, und nur das bezeichnet, was sie vorstellen soll, so steht sie hierdurch der *reellen* aus *vollgehaltigem Metall* (richtig und voll an Schrot und Korn) *geprägten Münze* gegenüber, welche letztere einen *körperlichen Maasstab* für den *Tauschwerth* der Dinge gewähret, da hingegen die *symbolische* Münze nur einen *fingirten Maasstab* und *Werth* enthält. Hieraus läßt sich auch der Werth beider Arten von Münzen entnehmen. Die gehaltvolle Metallmünze behält nämlich immerwährend ihren *innern* ⁽⁴⁰⁾ Werth, und kann selbst dann, wenn sie außer Cours gesetzt wird, sobald als sie nur nach dem oben aufgestellten Grundsatz ausgeprägt ist, lediglich das an Werth verlieren, was das Münzlohn beträgt. Bei der *symbolischen* hängt dagegen alles von Zeit und Umständen ab. Ein großer, von

Ueber die Münze im weitem Sinn vergl. ebendas. §. 337.

Nota a.

⁽³⁸⁾ Z. B. das Papiergeld, vergl. Klüber ebend. §. 342.

⁽³⁹⁾ Klüber ebendas. §. 337. Nota b., wo auch die Schriften über die verschiedenen Rechnungsmünzen und über den Wechselkurs mit ihrer Bedeutung angezeigt zu finden sind.

⁽⁴⁰⁾ Ueber die Form und Materie der reellen Münzen, über Schrot und Korn und deren Einfluss auf den Wechselkurs, ingl. über die Schriftsteller über diese Materie, vergl. Klüber a. a. O. §. 338., über den Münzfuß und die Arten desselben §. 339 a.

wenigen Nachbarstaaten begrenzter Staat, der sich durch ein friedliebendes System, durch eine musterhafte Finanz- und Justizverwaltung auszeichnet, kann nicht nur seinem symbolischen Geld (zumahl wenn er eine Staatsumsetz- oder Wechselbank etablirt hat, wo das Publikum stets seine Nominalmünze gegen baares Geld, ohne allen oder nur mit geringerem Verlust umzusetzen, vermögend ist) den Nominalwerth erhalten, sondern sein Credit kann selbst (wegen der größern Bequemlichkeit und Transport-Ersparniß bei Versendungen) ein Steigen desselben über den Nominalwerth bewirken, welches uns die Erfahrung an den preussischen Tresorscheinen und den königl. sächsischen Cassenbillets gezeigt hat ⁽⁴¹⁾. Wenn hingegen einem Staat die erwähnten Erfordernisse fehlen, oder derselbe stets unter Herabsetzung der zeitherigen Nominalmünze *neue* an deren Stelle verfertigen läßt, oder solche so vervielfältigt, daß deren Umsatz gegen baares Geld unmöglich wird, so entstehen hieraus folgende nachtheilige Wirkungen: 1) der Staat verliert nicht nur durch dergleichen betrügerische Maasregeln seinen Credit, und die ihm nothwendige Achtung im Ausland, sondern es wird auch 2) als Folge hiervon sein auswärtiger Handel hierdurch zu Grunde gerichtet, aber was das Gefährlichste dabei ist, es wird 3) ein steter Wechsel im Cours von Tag zu Tag dadurch entstehen, der den wichtigen Nachtheil producirt, daß beim Fallen der *symbolischen* Münze der arme Unterthan sich seines ge-

⁽⁴¹⁾ Ueber die symbolische Münze und insbesondere über das Papiergeld vergl. Klüber a. a. O. §. 342. Schriften Nota a. daselbst.

ringen Verdienstes beraubt sieht, weil er das Steigen des Courses nicht abwarten kann, während Geldwucherer, welche oft durch ausgestreute ängstliche Gerüchte und ähnliche betrügerische Maasregeln das Sinken des Papiergeldes selbst veranlasst haben, das Mark der Unterthanen in Tonnen aufhäufen. Ein Staat der geschilderten Art wird bei anhaltenden kriegerischen Zeitperioden selbst mehr oder weniger ein gerechtes Opfer von dergleichen unrechtlichen Staatsoperationen werden. Wir haben schon oben angedeutet, welche Regeln der Staat bei der Ausprägung des baaren Geldes zu befolgen habe. Eine jede Abweichung von diesen Regeln und dem conventionalen Münzfuß producirt die schädlichsten Verwirrungen im bürgerlichen Leben, die den Mißbräuchen, die man mit dem Papiergeld öfters getrieben hat, und noch treibet, nicht nachstehen (⁴²).

So wie übrigens die größere oder mindere Nachfrage nach einer Sache deren Werth öfters steigen oder fallen läßt, eben so ist solches auch, wenn gleich nicht in so hohem Grade, bei dem Münzmetall der Fall (⁴³), und noch mehr bei dem

(⁴²) Ueber den ehemal. Reichsmünzfuß vergl. Klüber a. a. O. §. 344 ; 2) über die Kreis - und Territorialmünzfüße und zwar a) über den Leipziger Münzfuß §. 345, b) über den Conventions - oder 20 fl. Fuß §. 346 a., c) über den Kurbrandenburg. 21 fl. Fuß §. 346 b., d) über der Ober- und Kurrheinisch. Kreise 24½ fl. F., den 24 fl. F. und über die Verbreitung des Conventions-Systems §. 346 c.; 3) über die jetzigen Arten der Münzfüße §. 339 a. und 339 b.

(⁴³) Ausführlicher hierüber, so wie über den Unterschied von Geld-, Wechsel - und Staatspapier-Cours, bei Klüber

ausgeprägten Gold. Jeder teutsche Souverain besitzt auch in Münzangelegenheiten das Recht der *Oberpolizei - Gesetzgebung* und *richterlichen Gewalt*. Die Bestimmung des *Münzfußes*, das *Verbot ausländischer Münzen* etc. sind ihm bis zu allenfallsiger Bestimmung allgemeiner Bundesgrundsätze hierüber anheim ⁽⁴⁴⁾ gestellt geblieben. Die Bestimmung des Geldes als *Surrogat des Waarentausches*, und als *Ausgleichungsmittel* bei dem *Welthandel* bestimmt dessen hohen Werth für alle Staatsverhältnisse, und da von dessen Aechtheit und Vollgehalt zugleich mit der Staatscredit abhängt, so ergibt sich hieraus der Grundsatz für die Staatsfinanzwissenschaft, daß dieses Regal erwähntermassen so wenig als das Post-Regal, und ähnliche, bestimmt sey, *unmittelbare Vortheile* aus solchem zu ziehen, und daß alle Gesetzgebungen conventionell auf *richtige und gehaltvolle Ausprägung* und auf einen einzuführenden *allgemeinen Münzfuß* ihr Augenmerk haben sollten ⁽⁴⁵⁾.

E. Das Post-Regal.

Die Post ist eine Anstalt zur Beförderung von schriftlichen Nachrichten, Gütern und Personen an einen gewissen Bestimmungsort, unter öffentlicher Garantie und Sicherheit. Als ein geistiges und körperliches Communications - und Beförderungsmittel

a. a. O. §. 340., ingleichen über Geldcours, Agio und Währung, siehe ebend. — Ueber die Land - und Scheidemünze und deren öftern Nachtheile §. 341. das., über die Nothmünzen, Medaillen und Spielpfennige §. 343. das.

⁽⁴⁴⁾ Klüber a. a. O. §. 334 a.

⁽⁴⁵⁾ Klüber a. a. O. §. 347 b, und 347 c.

ist ihr Nutzen nicht allein unbestreitbar groß für die Cultur, sondern auch insbesondere für die Beförderung des Welthandels. Da schon aus diesen Hinsichten der aus den Postanstalten entspringende Vortheil für jeden Staat überaus groß und unschätzbar ist, so sollte man auch hier, so wenig als wie bei dem Münzregal, von Seiten der Regierungen darauf ausgehen, aus dieser Anstalt noch *unmittelbare* Vortheile ziehen zu wollen, sondern man müßte vielmehr Alles aufbieten, die Posttaxen so gering als möglich zu normiren; aber leider hat man in neueren Zeiten in den meisten Staaten den entgegenstehenden Grundsatz befolgt, indem man nicht nur durch Verkleinerung der Postmeilen, sondern auch durch eine enorme Erhöhung der Posttaxen, selbst in wohlfeilen Zeiten, so wie durch sonstige beschränkende und zum Theil monopolistische Verfügungen nicht nur den Geschäfts- und literärischen, sondern auch den Handelsverkehr unendlich erschwert hat. Vorschriften, z. B. daß in *einem* Couvert nicht mehr als *ein* Brief, selbst wenn die Anzahl der inliegenden bemerkt wäre, enthalten seyn dürfe, daß man ferner nur bei *großen* Frachtgütern, über einen Centnergehalt, deren Transport durch Bothen oder Frachtfuhrleute gestattet, ein Zwang, den Inhalt der durchgehenden Güter genau zu bezeichnen und manche nur mit Kreuzcouverts zu versehen, schlechte Postkutschen, Mangel an Postpolizei und Dienstdisciplin, wodurch ein gröbliches Benehmen bei den Postaufgaben und bei den Postillons herbeigeführt wird etc. sind sehr unweise, die Wohlthätigkeit der Postanstalten untergrabende und zu Postdefraudationen führende Maasregeln.

Man theilt die Posten in *reitende* und *fahrende*, in *öffentliche* und *Privatposten*, in *ordinäre* und

Extraposten, in Hof- und Feld-Posten, in Land-, und Wasser- oder Seeposten ein (⁴⁶). Das öffentliche Postwesen war von jeher in Teutschland ein Regal (⁴⁷), obgleich ein verleihbares. Die Anlegung von Posten, so wie von Landkutschen, bedarf landesherrlicher Concessionen. Privatposten für *eigene erlaubte Zwecke* zu errichten, kann niemand rechtlicher Weise untersagt werden (⁴⁸). Zur Zeit des teutschen Reiches waren die Posten entweder *Reichs- oder Territorial-Posten*. Das *Reichs-Post-Regal* besaß das fürstliche Haus Thurn- und Taxis als ein *Reichsmannlehn* seit dem Jahre 1615. Erst in dem Jahre 1595. wurden eigene Reichsposten errichtet, und in dem Jahr 1615. wurde das Reichspostgeneralat erblich und reichslehnbar (⁴⁹). Der §. 13.

(⁴⁶) Klüber a. a. O. §. 348. und Nota a. und c. (über die Schriften) Nota b. über die Eintheilung der Posten.

(⁴⁷) Klüber im angeführten §. Nota d.

(⁴⁸) Klüber ebendas. §. 348.

(⁴⁹) Klüber a. a. O. §. 349. und Nota a. und b., und Häberlins Repertorium des Staats- und Lehnrechts Bd. IV. über Begriff und Gattungen des Postwesens S. 184 §. 1., über dessen Regalitäts-Eigenschaft §. 2. das., über den Ursprung des Postwesens, besonders des teutschen §. 3. daselbst, Entstehung der Taxischen Posten S. 186. §. 4., über die österreich. und die von Ferdinand I bestätigten Taxischen Posten §. 5. das., über den Verfall der Taxischen und der Entstehung der Henottschen Posten §. 6. S. 187. das., über die Beleihung der Fürsten von Thurn und Taxis mit dem Reichsgeneralpostamt etc. §. 7. S. 188. flgde., über die westphälischen Friedenshandl. in Betreff des Postwesens §. 8. S. 191., über die Anlegung von Territorialposten, Verordn. der Wahlcapitul. v. 1658, Reichstagshandl. wegen des Postwesens, Wahlcapitul. Josephs I. etc. vergl. §. 9. bis 24. S. 192 bis 210. das.

Staatsr. d. teutsch. Bund, etc. II.

des Reichsdeputations-Hauptschlusses von 1803. garantirte noch den Status quo des Thurn- und Taxischen Reichspostwesens. Ueberdies hatte der Fürst von Thurn und Taxis Postverträge, Vergleiche und Combinations-Recesse zur Befestigung seiner Rechtsverhältnisse mit einzelnen teutschen, so wie mit auswärtigen Mächten abgeschlossen (⁵⁰). Neben den Reichsposten entstanden auch Territorialposten, deren Anzahl sich seit dem westphälischen Frieden sehr vermehret hatte, obgleich hierüber öfters Widersprüche von Seiten des Reichspostgeneralats veranlaßt worden waren (⁵¹).

Nach der Auflösung des teutschen Reiches eigneten sich die rheinischen Bundesfürsten das Postregal nach seinem ganzen Umfang zu (⁵²), und man erkannte nicht überall den bei manchen andern Reichslehn adoptirten Rechtsgrundsatz an, daß hier nur die *Reichs-Lehnbarkeit* für erloschen zu betrachten, und die Lehnherrlichkeit nunmehr auf denjenigen Bundesstaat übertragen worden sey, in dessen Staatsgebiet der Gegenstand der Lehnverbindung jetzt ausschließlicb befindlich war. Die schon früherhin eingeführten Territorialposten dauerten ohnehin fort (⁵³), während andere, den Reichsde-

(⁵⁰) Klüber a. a. O. §. 349.

(⁵¹) Klüber ebend. §. 350. Ueber das Postregal und Botenwesen in den Reichsstädten, und die Landkutschen und Boten §. 351. daselbst.

(⁵²) Vergl. Klüber a. a. O. §. 352. Nota a. Dieses war unrecht, weil, wie wir solches mehrmals erwähnt und ausgeführt haben, die Auflösung des teutschen Reiches nicht wohlerworbene Privatrechte, Staatsservituten etc. vernichten konnte.

(⁵³) Klüber ebendas. §. 352. Nota b.

putations - Hauptschluss nicht achtend, für eigene Rechnung neue Landesposten mit Aufhebung der fürstlichen Thurn und Taxischen⁽⁵⁴⁾ anlegten; eben so verwandelten die meisten, welche vorher keine eigene Landesposten gehabt hatten, die bisherigen Taxischen Reichsposten in Landesposten, und trugen dem fürstlichen Haus Thurn und Taxis das Erbland - Postmeisteramt zu Lehn auf⁽⁵⁵⁾. Der Fürst Primas hob die hessencasselsche⁽⁵⁶⁾, zu Frankfurt am Main bestandene Post auf. Einige Staaten erlaubten vertragsweise fremde Posten in ihren Ländern⁽⁵⁷⁾; andere schlossen theils unter sich, theils mit auswärtigen Staaten Postverträge und Combinations - Recesse⁽⁵⁸⁾, und in dem von Napoleon mit Frankreich eroberten Theil von Teutschland ward die französische Postverwaltung eingeführt. Durch die teutsche Bundesacte wurde auch dem in den Postangelegenheiten statt findenden Isolirungsprincip nicht abgeholfen, indem selbige nur auf die zu sichernden Rechtsansprüche des fürstlichen Hauses Thurn und Taxis, nicht aber auf die noch weit gegründeter des Publikums ihr Augenmerk gehabt hatte⁽⁵⁹⁾. Das erwähnte Haus Thurn und Taxis erhielt von mehrern teutschen Staaten zwar die ihm bundesmässig zugesicherte Verwaltung der Posten nicht zurück, wohl aber eine vertragsmässige, angemessene Entschädigung⁽⁶⁰⁾, in andern Staaten

(54) Klüber ebendas. §. 352. II. und Nota c, d, e, f, u. g.

(55) Klüber ebend. §. 353. und Nota a, b, c, d, u. e.

(56) Klüber ebendas. §. 353. Nota f.

(57) Klüber a. a. O. §. 853. IV. und V. Nota g. und h.

(58) Klüber ebendas. §. 853. VI. und VII. Nota i. und k.

(59) Klüber ebendas. §. 854 a.

(60) Klüber ebend. §. 854 b. Nota a, b, c und d.

dagegen hat es die Postverwaltung behalten, wieder erhalten oder neu erworben (⁶¹).

Mit Ausnahme der durch den Artikel 17. der Bundesacte begründeten Beschränkungen und der, in deren Gemäfsheit abgeschlossenen Verträge, steht einem jeden Bundesstaat innerhalb seines Bundesgebietes unbedingt die *Posthoheit* zu, er mag die Post selbst verwalten, oder durch andere verwalten lassen (⁶²). In mehreren Staaten besteht eine mehrfache Postverwaltung neben einander (⁶³). Die Staatspostanstalt ist jetzt der *Oberaufsicht, Polizei, Gerichtsbarkeit und Gesetzgebung eines jeden Staates, innerhalb der Grenzen desselben, und in Ermangelung besonderer Abtretungsverträge, hinsichtlich dieser Rechte unterworfen* (⁶⁴). Die Ausübung der Posthoheit findet durch eine inländische obere Staatsbehörde statt, und die derselben untergeordnete Postverwaltung zerfällt in zwei Hauptzweige, in das Brief- und Extrapostwesen und in das fahrende Postwesen (⁶⁵). Die Postanstalt muß die ihr übergebenen Briefe und sonstigen Gegenstände so schnell als möglich an den Ort ihrer Bestimmung befördern, und Verschwiegenheit hinsichtlich aller der bei ihr aufgegebenen und angekommenen Gegenstände beobachten, insbesondere sollte die Verletzung der Siegel und Erbrechung der Briefe außer dem Vorhandenseyn vieler und bedeutender Ver-

(⁶¹) Klüber ebendas. §. 854 b. Nota e, f, und g.

(⁶²) Klüber a. a. O. §. 355. und Nota a, b, und c.

(⁶³) Klüber ebendas. §. 355. Nota d, und e.

(⁶⁴) Klüber ebend. §. 356., Schriften hierüber siehe in der Anmerk. a, b, und c, das.

(⁶⁵) Klüber ebendas. §. 357.

dachtsgründe, und einer eintretenden Staatsnothwendigkeit, niemals und auch hier nur unter Autorität einer höhern Staatsbehörde, so wie unter Anwendung der größten Vorsicht statt finden (⁶⁶). Dem Staat steht übrigens auch die Oberaufsicht und Leitung hinsichtlich der Boten, Landkutschen, Haude-
rer und Frachtfuhrleute zu (⁶⁷).

F. Das Bergwerkregal.

Die souverainen teutschen Staaten besitzen ferner das Bergbau - Regal (⁶⁸). Ueber die Gründe, worauf man dieses Regal stützen soll, ob auf die Eigenschaft herrenloser Sachen, auf einen Staatsvorbehalt etc., haben sich die Rechtsgelehrten bis jetzt noch nicht vereinigen können (⁶⁹). Das Bergbau - Regal ist übrigens ein verleihbares, so wie auch die Salinen (⁷⁰). Nach dem Staatsrecht des teutschen Reiches war die *Berghoheit* kein Bestandtheil der Landeshoheit, sondern ein *Reservatrecht des Kaisers*; und wenn die Reichsstände solches innen hatten, so besaßen sie es als ein Reichslehn (⁷¹),

(⁶⁶) Klüber a. a. O. §. 353.

(⁶⁷) Klüber a. a. O. §. 359.

(⁶⁸) Klüber a. a. O. §. 360. Nota a. die Schriften hierüber.

(⁶⁹) Klüber ebendas. §. 360. Nota b. und die Schriften in der Anmerk. c, d, e, f, und g. Auch fragt es sich, auf welche Metalle und wie weit sich die Regalität des Bergbaues erstrecke? S. §. 361. a. a. O. und 362. Pofse über das Staatseigenthum S. 35 flgde., 51 flgde., 57 folgde., 68 flgde. etc.

(⁷⁰) Hierüber, und unter welchen Modificationen das Recht und Verleihung statt finde, s. Klüber a. a. O. §. 363. u. §. 364.

(⁷¹) Die wichtigsten urkundlichen Belege hiefür, so wie die Widerlegung der gegentheiligen Meinung findet man ange-

und Carl IV. war der Erste, der das *jus metallorum* in der goldnen Bulle (Kap. 9. §. 1.) allen Kurfürsten überlassen hat ⁽⁷²⁾. Den *Mittelbaren* hat man niemals das Recht der Bergwerke zugestehen wollen ⁽⁷³⁾, wenn schon, nach der Natur der Sache zu urtheilen, jedem Grundstücksbesitzer solches auf seinem Grundstück eben so gut gestattet werden müßte, als es ihm vergönnt ist, so hoch, als es ihm beliebt, in die Luft hinauf zu bauen ⁽⁷⁴⁾. Seit der völligen Ausbildung der Landeshoheit ist dagegen nicht zu bezweifeln, daß sich alle wirklichen, im Besitz der Landeshoheit befindlichen Reichsstände das Bergwerks-Regal angemahlet haben, und ein desfallsiges Reichsherkommen für sich anführen konnten ⁽⁷⁵⁾. Seit der Auflösung des deutschen Reiches aber, und der hierdurch, so wie durch die Wiener-Congress-Schluss-Acte von 1815. und durch die teutsche Bundes-Acte erlangten Souverainität, beruhet dieses Recht außer allem Zweifel. Die *Berghoheit* begreift unter sich die Rechte der *Oberaufsicht*, der *Gesetzgebung*, der *Ober-Polizei* und der *Gerichtbarkeit*, und erstreckt sich über *alle Arten des*

führt in Häberlins Repertorium des Staats- und Lehnrechts Bd. III. S. 452 flgde. §. 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 12, 13 und 14.

(72) Häberlin ebendas. §. 8.

(73) Häberlin ebendas. §. 15, 17 und 18.

(74) Häberlin ebendas. §. 16 und 18.

(75) Häberlin ebendas. §. 18. Die *Bergwerk-Hoheit* war von der *Bergwerk-Gerechtigkeit* jenesmahls wohl zu unterscheiden (Klüber a. a. O. §. 360. Nota b.), jetzt befinden sich beide in der Staatsgewalt vereinigt (Klüber ebendas. §. 273 - 276.

Bergbaues, selbst über die, welche einem Unterthan aus irgend einem Rechtstitel zustehen. Sie enthält ferner auch das Recht der *Verleihung der Bergfreiheiten, Privilegien, die Ertheilung der Berggesetze, der Berg-, Hütten-, Hammer-, Haal-, Thal-, Beute-, Salz- und Pfännerordnungen*, so wie das Recht zur *Verleihung der Berg-Gerichtsbarkeit und Ober-Bergpolizei* (⁷⁶).

G. Das Jagd- und Forstregal.

Die *Forsthoheit* enthält den Inbegriff aller Rechte, die, aus der Staatsgewalt abgeleitet, sich über alle in dem Staatsgebiet befindlichen öffentlichen und Privatforsten erstrecken. Es gehören hieher das Recht der *Oberaufsicht* über das gesammte Forstwesen, das Recht der *Forstgesetzgebung*, der *Forstpolizei* und der *Forstgerichtsbarkeit*. Von der *Forsthoheit* sind jedoch wesentlich das *Forstrecht*, und das *Forst- oder Waldeigenthum* verschieden. Betrachtet man das *Forstrecht* als ein *Regal des Staats-Oberhauptes*, so ist es eine landesherrliche hohe Gerechtsame über den Forst und das darinnen befindliche *Wild*, wogegen es als ein *Privatrecht* betrachtet, vom *Jagdrecht* getrennt, als ein *Eigen-*

(⁷⁶) Klüber a. a. O. §. 364. — Torfläger sind Zubehörungen des Grundeigenthums und kein Regal (in der Regel), eben so wenig als Stein- und Braunkohlenlager, Stein- und Marmorbrüche, Kalk-, Schiefer-, Kreide-, Sand-, Thon-, Lehm-, Porzellan- und Walkelerde Gruben, und Mineral-, Theer-, Pech- und Schwefelquellen, ob sie gleich unter der Oberaufsicht der Landesherren stehen. Vergl. Hagemanns Th. Handbuch des Landwirthschaftsrechts. Hannov. 1807. §. 139 - 141.

thums- und Nutzungsrecht des Waldes nach den gesetzlichen Vorschriften erscheint. Das Jagdrecht kann inzwischen von Privatpersonen ebenfalls aus mancherlei Rechtsgründen erworben und mit dem Forstrecht vereinigt werden ⁽⁷⁷⁾. *Die Forstgerichtsbarkeit, obwohl nur die niedere, kann, so wie die niedere Forstgerechtigkeit, und die niedere Gerichtsbarkeit in Jagdsachen* ⁽⁷⁸⁾ *(Wildbann), Privaten zustehen. Wer das Forstrecht als ein landesherrliches Regal besitzt, dem eignet man ein merum imperium, nicht aber auch die Centgerichte zu. Das merum imperium* ⁽⁷⁹⁾ *enthält dann nur das Recht Forstordnungen zu machen, die Uebertreter derselben zu bestrafen, das Recht zu jagen und zu hängen, ferner das Eigenthumsrecht über die Neubrüche, das Recht den Neubruch-Zehenden, Rodzehenden einzutreiben, das Recht über die Windbrüche, das Recht, die Hauung der jungen Gehäue zu verfügen, oder zu verbieten etc.*

Das Forstrecht bildet einen Theil der landesherrlichen *Hoheit*, welches aber so wenig als andere Regalien zum Schaden des Landes und der Privateigenthümer ausgeübt werden darf ^(80a), welches auch von dem *Jagdregal* ^(80b) gilt, unter wel-

⁽⁷⁷⁾ Ueber die hieher gehörigen Schriften vergl. man Klüber a. a. O. §. 365., ferner Häberlins Repertorium Bd. 2. S. 64. Nr. 24. §. 1. und Hagemanns Landwirthschaftsrecht etc. §. 142 und §. 188 - 208.

⁽⁷⁸⁾ Klüber ebendas. §. 366 und 367, und Häberlin a. a. O. Nr. 24. §. 1, 2 und 3, insbesondere über den Unterschied zwischen Forstrecht und Wildbahn.

⁽⁷⁹⁾ Häberlin a. a. O. Nr. 24. §. 4.

^(80a) Häberlin a. a. O. S. 65. §. 5.

^(80b) Vergl. Schriften hierüber bei Häberlin a. a. O. S. 505, flgde. §. 6., und Hagemann a. a. O. §. 208.

chem Regal auch das Recht der *Oberaufsicht*, *Gesetzgebung* und *Oberpolizei* enthalten ist, so wie das *Recht der Gerichtsbarkeit*. Vermöge der *Jagd-gerechtigkeit* darf man innerhalb der durch die Jagdordnungen vorgeschriebenen Zeit und Gebietsgrenzen jagdbare wilde Thiere aufsuchen, erlegen oder lebendig sich zueignen. Die *Jagd-gerechtigkeit* ist übrigens so wenig als die *Bergwerksgerechtigkeit* und die herrenlosen Sachen in der Natur der Sache, in dem allgemeinen Staatsrecht, in dem ältesten und grösstentheils auch mittlern teutschen Staatsrecht, noch endlich in dem römischen Recht gegründet⁽⁸¹⁾ In einigen Staaten wird *alle* Jagd innerhalb des Staatsgebietes (in anderen auf *grundherrlichen* Revieren, gleichwie auch wohl auf *städtischen*, lediglich die⁽⁸²⁾ *hohe Jagd* oder auch *blos die Mitjagd*) als ein (verleihbares) Regal angesehen⁽⁸³⁾. Die *Ausübung der Jagdgerechtigkeit* kann ganz oder zum Theil dem Landesherrn oder auch einem Privatberechtigten, als Jagdberechtigten auf *eigenem*, oder *fremden Wald* und *Grund* und *Boden* zustehen, so wie auch einem *fremden Staat* als *Staats-Servitut*. Eine *Jagdverleihung* wird übrigens im Zweifel für *unwiderruflich* und *ausschlie-*

(81) Klüber a. a. O. §. 367., Häberlin a. a. O. S. 501. flgde., enthält sehr ausführliche Belehrung hierüber. Vergl. auch Hagemann a. a. O. §. 198, 199, 200, 201 und 204.

(82) Klüber a. a. O. §. 367. und Häberlin S. 501. a. a. O. §. 2.

(83) Klüber a. a. O. §. 367. — Den *Standesherrn* ist innerhalb ihrer standesherrlichen Gebiete, die *hohe* und *niedere* Jagd verblieben, so wie auch den *Grundherren* ihre früheren Jagdberechtigungen.

fsend erachtet (⁸⁴), doch wird seit Einführung der Regalität und der Eintheilung in die höhere und niedere Jagd, bei neuern Jagdverleihungen immer nur für die *ausschliessliche Verleihung der niedern Jagd vermuthet* (*); auch ist unter der Jagdgerechtigkeit nicht die Forstgerechtigkeit und das Waldeigenthumsrecht enthalten, so wenig als im Zweifel die Gerichtsbarkeit in Jagdsachen (⁸⁵). Die Begrenzung der hohen, mittleren und niederen Jagd ist nicht überall ein und dieselbe (⁸⁶). Die Verbindlichkeit der Unterthanen zu *Jagdfolgen* ist ein Ausfluss der Staatsunterthanenpflicht, so wie die der Jagdfrohen der Patrimonialpflicht (⁸⁷). Die *Wildfolge* des angeschossenen Wildes in fremdes Gebiet oder Jagdrevier lässt sich nur beim Vorhandenseyn besonderer Verträge hierüber rechtlich vertheidigen (⁸⁸). Die

(⁸⁴) Die Schriften bei Klüber a. a. O. §. 368. Die Gnad-, Vor-, Mit- und Koppeljagd wird nicht vermuthet, weil im Allgemeinen die gesetzliche Präsumtion für die *Freiheit* streitet (wenn gleich viele unserer *neuesten* Staatsmänner die entgegen gesetzte Theorie auf- und ins praktische Leben einzuführen bestrebt sind.)

(*) Hagemann a. a. O. §. 201.

(⁸⁵) Klüber a. a. O. §. 369. Nr. IV.

(⁸⁶) Klüber a. a. O. §. 369. Nr. V. Nota a und b., ebenso müssen die verschiedenen Jagdgesetze über die Frage verglichen werden: „ob der *Jagdherr* bei verminderten Wildstand berechtigt sey, von den Grundeigenthümern des Jagdreviers Entschädigung zu fordern?“ s. Nota c. daselbst.

(⁸⁷) Klüber a. a. O. §. 369. Nota d. — Die Erhaltung, Aufstockung oder Atzung der Jagdhunde kann den Unterthanen nur bei vorhandenen besondern Rechtstiteln aufgebürdet werden, siehe Nota e. das.

(⁸⁸) Die Schriften hierüber vergl. bei Klüber ebendas. Nota f. und Hagemann a. a. O. §. 206.

Staatsregierung hat die rechtliche Verpflichtung auf sich, dem *Mifsbrauch* der Jagdgerechtigkeit Einhalt zu thun, die allzu verderbliche Vermehrung des Wildstandes durch anzubefehlende Jagden zu beschränken (⁸⁹), denn der Unterhan, der Steuern und Abgaben entrichten soll, darf nicht zum Behuf eines zeitverkürzenden Jagdspielwerkes an den Bettelstab gebracht werden, welches sich durch die Wildschäden, vorzüglich in kleinen deutschen Ländern, nur allzu oft ereignet hat.

H. Das Wasser-Regal.

Unter der *Wasserhoheit* (⁹⁰) versteht man das Recht der Oberherrschaft über das im Staat befindliche Wasser und dessen Zubehör (⁹¹). Die aus dem Privateigenthum und aus der natürlichen Freiheit fließenden Rechte sind hierbei von den Rechten der Staatsgewalt zu trennen (⁹²), insofern als nicht beide erweislich mit einander verbunden (⁹³) sind, und eben so verschieden hiervon ist das Verhältniß eines Staates zu andern Staaten in Betreff der Grenzströme, Seen, Accessionen und der Anspülung (^{94a}) etc.

(⁸⁹) Klüber Nota g. ebend.

(⁹⁰) Vergl. die Schriften hierüber bei Klüber a. a. O. §. 370. Nota a., und Hagemann a. a. O. §. 143 - 146.

(⁹¹) Die Gegenstände, die es in sich begreift, bei Klüber a. a. O. §. 370. und die Schriften hierüber in der Anmerk. b, c und d.

(⁹²) Vergl. Klüber ebendas §. 273 - 276.

(⁹³) Vergl. Klüber a. a. O. §. 370. Nota e.

(^{94a}) Schriften hierüber vergl. bei Klüber a. a. O. §. 370. Nota f.

Das *Wasserregal* hat seine nächste Beziehung auf den *Gebrauch* des Wassers (^{94b}). Das Recht des *Wasserzinses* ist im Zweifel als eine Folge des *Wassereigenthumes* zu betrachten. Ferner bezieht sich das *Wasserregal* auf *alle* in und unter dem *Wasser* befindlichen lebendige und leblose Gegenstände (⁹⁵). Zuletzt aber bezieht sich auch das *Wasserregal* auf den *Grund und Boden*, welchen das *Wasser* zu seinem Bett hat, oder zunächst berührt (⁹⁶).

Dem Staat steht über alle diese Gegenstände das Recht der *Oberaufsicht*, *Gesetzgebung*, *Polizei*, *Finanzhoheit* und *Gerichtsbarkeit* zu (⁹⁷).

I. Das Industrie-Concessions-Regal.

Der Staat besitzt das Recht, alle Staatskräfte so zu leiten, und seiner Oberaufsicht zu unterwerfen, daß hierdurch so viel als möglich die allgemeine *Staatswohlfahrt* befördert werde, und aus diesem Grund räumt man ihm das Recht ein, zur *Betreibung* bürgerlicher Erwerbszweige *Concessionen* zu ertheilen, welche zugleich, insofern als solche nicht unentgeltlich ertheilt werden, eine Quelle des *Staatseinkommens* werden können (⁹⁸).

(94b) Klüber a. a. O. §. 371.

(95) Aufgezählt sind diese Gegenstände mit den darüber handelnden Schriften bei Klüber a. a. O. §. 372.

(96) Die Namhaftmachung der einzelnen dahin gehörigen Gegenstände siehe bei Klüber ebendas. §. 373.

(97) Vergl. Klüber ebendas. §. 374. und die in der Anmerk. genannten Schriften.

(98) Ausführlicher bei Klüber ebendas. §. 375. und die Schriften in den Noten a, b und c; über die Concessionsgegenstände siehe §. 376. das., und §. 377.

K. Das Landesschutz-Regal.

Die Ertheilung des Landesschutzes zählt man ebenfalls zu den Regalien, obgleich auch dasselbe nicht minder von Standesherrn, Unterbehörden und Gemeinden, als von landesherrlichen Behörden, und in dem erstern Fall, im *Auftrag* von *landesherrlichen Oberbehörden* oder in *eigenem Namen*, vermöge *erhaltener, desfallsiger Beleihungen* ausgeübt werden kann. Man rechnet hierher 1) die *Aufnahme neuer Landesunterthanen und Staatsgenossen* ⁽⁹⁹⁾; 2) die Ertheilung des *Judenschutzes* ⁽¹⁰⁰⁾; 3) genießen *auswärtige* Besitzer inländischer Grundstücke nicht nur hinsichtlich ihres Grundeigenthums den *dinglichen*, sondern auch während ihres Aufenthaltes im Staate den *persönlichen* ⁽¹⁰¹⁾ Schutz; 4) *fremde* Durchreisende oder solche, die sich nur eine zeitlang im Staat aufhalten wollen, erhalten einen ausdrücklichen oder stillschweigenden temporären Schutz ⁽¹⁰²⁾; 5) *angenommene Gesandte* eines fremden Staates genießen während der Dauer ihrer Gesandtschaft nicht nur für sich einen *ausgezeichneten* Landesschutz, sondern auch für ihr Gefolge und für ihre Wohnung *Exterritorialität* und *Quartierfreiheit* ⁽¹⁰³⁾; 6) die Ertheilung des *Indigenats*, des Staats- oder Landesbürgerrechts im weitern Sinne mit den davon abhängenden Rechten, steht unbeschadet der Localrechte, dem Souverain zu ⁽¹⁰⁴⁾.

⁽⁹⁹⁾ Ausführlich bei Klüber ebendas. §. 378.

⁽¹⁰⁰⁾ Vergl. Klüber ebendas. §. 379.

⁽¹⁰¹⁾ Klüber a. a. O. §. 380. Nr. III. Nota a.

⁽¹⁰²⁾ Klüber ebendas. §. 380. Nr. IV. Nota b.

⁽¹⁰³⁾ Klüber ebendas. §. 380. Nr. V. Nota c.

⁽¹⁰⁴⁾ Klüber a. a. O. §. 381. Nota a und b.

Der Ertrag des *Landesschutzregals* gehört regelmäßig der *Landesherrschaft* (¹⁰⁵). Die Aufgreifung von Landesstreichern kommt den Polizeibehörden (¹⁰⁶) zu; auch ist bei der Bundesversammlung wegen wechselseitiger Auslieferung und Uebernahme der Vagabunden eine allgemeine Uebereinkunft beabzweckt, aber bis jetzt noch nicht erreicht worden (¹⁰⁷); doch existiren deshalb Verträge unter einzelnen Bundesstaaten (¹⁰⁸). Vermöge der Bundesacte steht zwar den Unterthanen die freie Auswanderung in einen andern Bundesstaat zu, jedoch müssen sie wegen ihrer Aufnahme in dem andern Bundesstaat eine obrigkeitliche Bescheinigung beibringen (¹⁰⁹), worauf ihnen sodann gewöhnlich ein Entlassungsschein von einer Staatsbehörde desjenigen Staates zugestellt wird, den sie eben verlassen wollen.

L. Landesdienst-Regal.

Der Staat hat nicht allein das Recht, *Abgaben*, sondern auch *Dienstleistungen* von den Unterthanen zu fordern (¹¹⁰), welche zu dem *Staatseinkommen* gehören (¹¹¹), und wesentlich von den *Patrimonialdiensten* verschieden sind (¹¹²), weil sich die letztern auf *Eigenthumsrechte* gründen, während die erstern aus der *Staatspflicht* abgeleitet werden.

(¹⁰⁵) Klüber im angeführten §. Nr. VII. Nota c.

(¹⁰⁶) Klüber ebendas. Nr. VIII. Nota d.

(¹⁰⁷) Klüber ebendas. Nr. IX. Nota e.

(¹⁰⁸) Vergl. Klüber a. a. O. §. 381. Nota f. und die Samml. von Verordn. über das Verfahren der Preuss. Behörden bei Transporten der Verbrecher und Landstreicher. Erfurt, 1823, in der Keyzerschen Buchhandl. 8. S. 117 flgde.

(¹⁰⁹) Klüber a. a. O. §. 167 und 381. Nota g.

(¹¹⁰) Klübers öffentl. Recht §. 382. Nota b.

(¹¹¹) Klüber ebendas. §. 382. Nota c.

(¹¹²) Klüber ebendas. §. 382. Nota a.

Diese Staatsdienste haften entweder auf der *Person* oder auf dem *Grundeigenthum*, so wie sie denn auch *vermischter Natur* seyn können ⁽¹¹³⁾. Nach ihrem Umfang sind sie entweder *eingeschränkte* oder *ungemessene Dienste*, welche letztern inzwischen ebenfalls durch die richterliche Beurtheilung innerhalb der rechtmässigen Grenzen zurück geführt werden können ⁽¹¹⁴⁾. Zu den *persönlichen Staatsdiensten* gehören alle *Geistes-* (intellectuelle) *Dienste*, die *Militair-* ⁽¹¹⁵⁾, *Nacheile-* ⁽¹¹⁶⁾, *Gericht-* und *Centfolge*, *Streif-* ⁽¹¹⁷⁾, *Jagd-* ⁽¹¹⁸⁾, *Frohn* und *Fusdienste*. Zu den *dinglichen Diensten* sind zu zählen die *Spanndienste*, *Vorspann-*, *Militair-* und *Kriegsführen* ⁽¹¹⁹⁾, *Burgfesten-* ⁽¹²⁰⁾, *Dicasterial-* ⁽¹²¹⁾, *Hof-* ⁽¹²²⁾, *Straßen-*, *Brückenbau-Dienste* ⁽¹²³⁾ u. s. f. Zu den *vermischten Diensten* gehören verschiedene *Hand-* und *Fusdienste*, *Schanzarbeiten* etc. Bei allen diesen Diensten muß dem Staate Vergütung geleistet werden, wenn der *Dienstpflichtige* solche weder selbst, noch durch Stellvertreter besorgen kann ⁽¹²⁴⁾, ausserdem aber nicht ⁽¹²⁵⁾;

(113) Klüber ebendas, §. 382. Nota d.

(114) Klüber ebendas, §. 382. Nota e.

(115) Klüber a. a. O. §. 383. Nota a und b.

(116) Klüber daselbst §. 383. Nota c.

(117) Klüber ebendas Nota e. —

(118) Klüber das. Nota f. Die *Jagd-Dienste* oder *Jagdfolge* ist wesentlich von den *Jagdfrohn* verschieden, Nota g.

(119) Klüber das. §. 384. Nota a.

(120) Klüber ebendas §. 384. Nota b.

(121) Klüber ebend. Nota d.

(122) Klüber ebend. Nota e.

(123) Klüber das. Nota f.

(124) Klüber a. a. O. §. 385. Nota a.

(125) Klüber Nota b, a. a. O.

vielmehr muß derjenige, der mehr Staatsdienste leistet, als wozu er verpflichtet ist, hierfür entschädigt werden.

M. Fiscal - Gewalt.

Die *Fiscal-Gerechtigkeit* ist ein *Ausfluß* der *Staatsgewalt* ⁽¹²⁶⁾, und umfaßt nicht nur die *Wahrung und Verfolgung der Rechte des Staates gegen Einzelne*, sondern ist auch zum Theil selbst eine *Quelle des Staatseinkommens* ⁽¹²⁷⁾. Der *Fiscus* darf sich nur solche Sachen aneignen, bei welchen ihm die Staatsgewalt, klare Gesetze, oder ein unbestrittenes Herkommen zur Seite stehen ⁽¹²⁸⁾. Alle Fiscal-Sachen sind nach den Grundsätzen des im Staate geltenden *Privatrechts* zu beurtheilen ⁽¹²⁹⁾. Der *Fiscus* muß in allen *Privatrechtsstreitigkeiten* bei den *ordentlichen Gerichten* *Recht geben und nehmen* ⁽¹³⁰⁾, auch finden in *Confiscations- und andern fiscalischen Angelegenheiten* die *gewöhnlichen Rechtsmittel* statt ⁽¹³¹⁾. Das bei den Römern

(126) Klüber a. a. O. §. 387. Nota a, b, und c. — Häberlins Repertorium Bd. 2. S. 40 flgde.

(127) Klüber ebendas. Nota c. — Das Staatsfiscalwesen erstreckt sich *nicht* auf die Landschafts-, Kriegs- oder Domänen-Casse (siehe Nota e. und f. das.), *noch weniger* auf das landesherrliche Privatvermögen (obgleich nach dem römischen Recht mit den Rechten des Fiscus begabt, vergl. §. 255.), auf das Gemeinde- und Stiftungsvermögen, auf das mittelbare Staatsvermögen und den Lehn-Fiscus. §. 387.

(128) Vergl. Klüber a. a. O. §. 388.

(129) Klüber a. a. O. §. 157, 276 flgde. und 388. Nr. II. Häberlin a. a. O. Bd. II, S. 45. §. 4.

(130) Klüber ebendas. §. 388. Nota d.

(131) Klüber ebendas. §. 388. Nota e.

üblich gewesene *jus fisci* ⁽¹³²⁾ findet in den deutschen Staaten nur da Anwendung, wo noch dieselben Objecte, Rechtsfundamente und die rechtliche Adoption desselben außer Zweifel beruhet ⁽¹³³⁾. Die Unterthanen sind ferner nur in den ausdrücklich in den Gesetzen namhaft gemachten Fällen schuldig, ihren *Rechtstitel* gegen selbigen nachzuweisen ⁽¹³⁴⁾. Bestrittener ist die Frage, ob eine unvordenkliche oder bloß eine vierzigjährige Verjährung zur Erwerbung fiscalischer Sachen erforderlich sey ⁽¹³⁵⁾?

Die Berechtigungen des Fiscus erstrecken sich 1) auf die gewöhnlichen Fiscalstrafen ⁽¹³⁶⁾, 2) auf den Heimfall solcher Güter, die ausdrücklich in den Gesetzen namhaft gemacht worden sind ⁽¹³⁷⁾. Die auf die Meinung von Rechtsgelehrten sich gründende ausdehnende Erklärung dieser fiscalischen Rechte ⁽¹³⁸⁾ muß um so grund- und wirkungsloser erscheinen, als ja alle von dem Fiscus in Anspruch genommenen Vorrechte sich auf klare gesetzliche Aussprüche ⁽¹³⁹⁾ gründen müssen, indem bekannten Rech-

(132) Klüber §. 389. Nota a. a. a. O.

(133) Klüber ebendas. §. 389. Nota b.

(134) Klüber ebendas. §. 276 und 389. Nro. V.

(135) Klüber ebendas. §. 276. Nota d. und 389. Nr. VI.

(136) Klüber a. a. O. (§. 101.) §. 390. Nota a, b.

(137) Klüber ebendas. §. 390. Nota c, d, e, f, g, h, i, und k. §. 363 und 372.

(138) Klüber a. a. O. §. 391. Nr. 2. Pofse über das Staatseigenthum etc S. 57. flgde., S. 64. flgde., 66 flgde.

(139) Klüber im angeführten §. Nr. III., Pofse über das Staatseigenthum S. 68 flgde., S. 73 flgde., S. 79 flgde.,

ten zufolge in zweifelhaften Fällen die *Vermuthung* stets gegen den *Fiscus* streitet. 3) Da wo sich der *Fiscus* zur *Evictionsleistung* verpflichtet hat, liegt ihm solche auch dann ob, wenn das Streitobject durch Maasnehmungen oder Verfügungen zurückgenommen oder verändert worden ist (¹⁴⁰).

Da die fiscalischen Gefälle einen Theil des Staatseinkommens bilden, so müssen sie auch lediglich nur für Staatszwecke verwendet (¹⁴¹) werden. Die Verwaltung der fiscalischen Rechte geschieht durch eigends hierzu bestellte (¹⁴²) Staatsbeamte; auch findet bisweilen in fiscalischen Angelegenheiten ein eigenes gerichtliches Verfahren (¹⁴³) statt. Die fiscalischen Berechtigungen sind öfters, vollständig oder eingeschränkt, gewissen mit Gerichtsbarkeit versehenen Unterobrigkeiten, Standesherrn, Magistraten u. s. f. überlassen worden (¹⁴⁴).

N. Domänen - Recht.

Ueber den Begriff und das Eigenthumsverhältniß der *Domänen* ist bereits schon oben das Nöthige erinnert worden (¹⁴⁵). Der *Erwerb* der *Domänen*

S. 85 flgde., S. 92 flgde., S. 99 flgde., S. 126 flgde.,
S. 154 flgde.

(¹⁴⁰) Klüber §. 391. Nr. IV.

(¹⁴¹) Klüber ebend. §. 392. Nr. I.

(¹⁴²) Klüber a. a. O. §. 392. Nr. II.

(¹⁴³) Klüber a. a. O. §. 392. Nr. III.

(¹⁴⁴) Klüber ebendas. Nr. IV.

(¹⁴⁵) Klüber a. a. O. §. 393, 252 flgde., vergl. ferner oben das Kapitel III, §. 7. Lit. A und B., und Hagemanns Landwirthschaftsrecht §. 80, 81 und 82.

kann theils *ursprünglich*, theils *derivativ* seyn. Der Ertrag derselben ist nicht nur zu dem *persönlichen Aufwand des Regenten*, sondern *hauptsächlich* auch zu den *Staatsausgaben* bestimmt. Die Verwaltung der Domänen ist eigenen Staatsbehörden übertragen ⁽¹⁴⁶⁾. Die Domänen können entweder selbst bewirthschaftet oder verpachtet werden. *Steuerfreiheit* genießen die Domänen nicht in allen deutschen Staaten ⁽¹⁴⁷⁾.

Die landesherrliche Domänenverwaltung ist in ihren streitigen Rechtsangelegenheiten in der Regel dem gemeinen Privatrecht des Staates unterworfen; daher denn nicht allein das Recht des jüngsten Besitzes gegen sie geltend gemacht werden kann, sondern auch bei veräußerlichen Gegenständen die vierzigjährige Verjährung gegen sie Platz greift; auch kann ferner selbige, hinsichtlich ihrer verjährbaren Güter und Rechte, von deren Besitzer nicht die Anzeige des Rechtstitels verlangen ⁽¹⁴⁸⁾.

O. Das Privilegien - Regal.

Das Privilegien-Regal ist ein *Ausfluss der Gesetzgebungsbefugnis* ⁽¹⁴⁹⁾, vermöge deren einzelne

⁽¹⁴⁶⁾ Klüber a. a. O. §. 394.

⁽¹⁴⁷⁾ Klüber ebendas. §. 395. Insofern als die Domänen und Kammergüter nur auf den *nothwendigen* Bedarf des Regenten berechnet sind, dürften sie eigentlich so wenig als die Staatsdienergehälter besteuert werden. Die Gründe vergl. in Nr. 72. des Anzeigers der Teutschen von 1820.

⁽¹⁴⁸⁾ Vergl. Klüber a. a. O. §. 396.

⁽¹⁴⁹⁾ Vergl. Klüber ebendas. §. 397. und Nota a.

Personen und Sachen oder ganze Classen derselben von *allgemeinen* bestehenden Rechtsnormen *ausgenommen* werden⁽¹⁵⁰⁾. Wenn die Befreiungen ganze Classen von Personen oder Sachen betreffen, so nennt man sie *besondere Rechte* (oder *uneigentliche Privilegien*), wogegen man solche Ausnahmen für eine *Person* oder *Sache* und zwar *für alle gleiche Fälle*, *Privilegien*, für *einen Fall* aber *Dispensationen* nennt⁽¹⁵¹⁾. Man pflegt übrigens die Privilegien in *persönliche* und *dingliche*, und in *affirmative* und *negative*, so wie ferner in *ausschliessende* und *cumulative* einzutheilen⁽¹⁵²⁾. Bisweilen sind auch solche Privilegien und Dispensationen eine Quelle des Staatseinkommens.

Zu einem rechtswirksamen Privilegium gehört, dass der Verleiher eben so *berechtigt zur Ertheilung* als der Empfänger zur Erwerbung desselben seyn muss. Die Gültigkeit älterer Privilegien muss nach den zu dieser Zeit vorhanden gewesenen Rechtsgrundsätzen beurtheilt werden, auch sind selbige auf das Staatsgebiet des Ertheilers beschränkt, und dürfen den *wohlerworbenen Rechten Dritter* nicht *zuwider seyn*⁽¹⁵³⁾. Die Privilegien besitzen die Kraft von Verträgen, und dürfen daher in der Regel nicht einseitig von dem Ertheiler widerrufen, gemindert, verändert und authentisch ausgelegt werden. Uebrigens werden Privilegien, als Aus-

(150) Klüber ebend. § 397. Nota b.

(151) Klüber im angeführten §. Nota c.

(152) Klüber ebendas. im angef. §. Nota d.

(153) Vergl. Klüber a. a. O. §. 398.

nahmen von der Regel nicht vermuthet, sondern es muß deren Daseyn, von denen die sich auf selbige berufen, gehörig nachgewiesen werden. Ein Gebrauch von ihnen kann nicht erzwungen werden; auch unterliegen sie einer einschränkenden Auslegung. Das Privilegien-Regal gehört zwar ebenfalls zu den verleihbaren Regalien, doch wird dessen Uebertragung auf andere nicht vermuthet (164).

(164) Klüber ebendas. §. 399. und über die verschiedenen Arten der Privilegien §. 400 das.

X. K a p i t e l.

Aemter-, Titel-, Ehrenzeichen-, Rang- und Standeserhöhungsrecht.

Zur Leitung und Verwirklichung der Staatszwecke sind in jedem Staat für alle und jede Zweige der Staatsgeschäfte Beamte nöthig, die solche gegen ein zu gewährendes Dienst Einkommen und bei einem gewissen mit Dienstehre verknüpften Amtscharakter zu besorgen haben. An der Spitze aller Staatsbeamten steht der Regent selbst, dem alle übrigen Staatsbeamte untergeordnet sind, und dem das Recht gebühret, Staats- und Hofbeamte zu ernennen, Standeserhöhungen vorzunehmen, und Rang, Titel und Ehrenzeichen zu verleihen. Ein weiser Regent wird und darf solche Auszeichnungen nur nach *wirklichem Verdienst*, nicht aber nach unverdienstlicher Geburt, Gunst und willkürlicher Convenienz, noch weniger aber für Geld verleihen, weil sonst dergleichen Auszeichnungen allen Werth verlieren; auch muß deren Ertheilung so sparsam als möglich und mit Berücksichtigung der GröÙe oder Kleinheit des Staates bewirkt werden, indem im entgegengesetzten Fall dergleichen Auszeichnungen lächerlich gemacht werden. Wenn ein Fürst in einem kleinen

Lande, wo er kaum über zwei hundert Mann Soldaten zu gebieten hat, Generale und Obersten etc., so wie ein den Staatskräften unangemessenes Heer von Civilbeamten ernannt, so werden dergleichen vermeintliche Auszeichnungen nicht nur mit Recht ein Gegenstand des Spottes, sondern es wird auch durch die immer mehr und minder damit verknüpften Kosten das Land auf eine unverantwortliche Weise gedrückt ⁽¹⁾. In Hinsicht der *Staatsbeamten* aber ist es eine heilige und unverletzbare Pflicht für jede weise und gewissenhafte Staatsregierung, solche so *unabhängig* als möglich von Hof- und Minister-Gunst oder Ungunst zu stellen, und sie lediglich nur den Aussprüchen von drei unparteiischen Justizinstanzen zu unterwerfen. Denn ein jeder vermögensloser Staatsbeamter, vorzüglich wenn er zugleich Gatte und Vater ist, muß sich sonst oft in Berücksichtigung der auf ihm ruhenden desfallsigen Pflichten nothgedrungen sehen, *da* seinen Mund zu verschließen, wo seine Pflicht ihm zu sprechen gebieten sollte; er wird oftmahls ungern und mit Seufzen seine Meinung einer feilen Majorität, ohne großen Widerspruch unterordnen, um nicht *dienstlos* dazustehen. Fähige Männer aber werden stets, vorzüglich wenn sie auch Vermögen besitzen, die Dienste eines Staates vorziehen, wo nur *Recht* und *Gerechtigkeit* ihre Aussprüche und Thaten wägen darf, und wo ihnen nicht Gefahr drohet, an einem jeden noch so unwissenden Geburtsbevorzugten einen Rival und Vordermann zu erhalten. Wie wenig man diese Grundsätze in manchen, vorzüglich kleinen Staaten beachtet, wo kein Unadlicher *höhere Ehrenstellen*,

(1) Klüber a. a. O. §. 401 — 405.

bei allen möglichen Geistes- und Charaktervorzügen, erhalten kann, hierüber liefs sich ein ausführliches und mit den nöthigen Belegen reich unterstütztes Werk schreiben ⁽²⁾. Im Königreich Preussen verleihen jetzt lediglich *Geistesvorzüge* Ansprüche auf Ehrenstellen; möchten doch alle Staaten diesem Beispiel folgen. Eine fernere Pflicht des Staates ist die, seine Staats- und Hofdienerschaft auf eine so kleine Zahl als es irgend die Staatsverhältnisse und der Umfang des Staatsgebietes gestatten, zu beschränken, dafür aber die *nothwendigen* Beamten und Diener ihren Amtsverhältnissen angemessen so zu besolden, dafs sie nicht nur sorgenfrei leben, sondern auch ihre Kinder gehörig erziehen, und solchen, bei einer wohlgeordneten Haushaltung, noch einen Nothpfennig hinterlassen können. Geschieht dieses nicht, so werden 1) die Beamten und Diener erlaubter oder unerlaubter Weise sich noch durch Nebenverdienste das Fehlende zu erwerben suchen müssen, oder sie werden 2) muthlos, und mithin schlecht arbeiten, 3) die Vermögenden aber, oder solche, welche durch besondere Connexionen oder Geistesvorzüge Gelegenheit finden, einen andern Erwerbszweig zu wählen, oder Dienste in Ländern zu erhalten, wo deren gerechte Ansprüche besser befriedigt werden können, dürften ihre sie drückende Dienstlage durch Veränderung ihrer Stellen zu verlassen suchen. In allen diesen Fällen aber wird der Dienst leiden müssen, und es wird am Ende an einer Concurrenz rechtlicher und brauchbarer Dienstbeamten fehlen. Da ferner in der Regel kein Staatsdiener sich (theils seines Dienstranges, theils

(2) Klüber a. a. O. §. 406.

seiner Geschäfte wegen, wenn er ganz seiner Pflichten eingedenk (³) ist) außer seinem Gehalt etwas verdienen kann, wovon nach seinem Ableben seine Wittwe und Kinder leben, und die letztern ihre vollendete Erziehung erhalten können: so ist es ebenfalls eine Pflicht des Staates, für deren Unterhalt durch Pensionsertheilungen und Wittwencassen zu sorgen (⁴). Auch Diener, welche durch Alter und Krankheit oder durch Staatsveränderungen, wodurch ihr Dienstverhältniß verändert wird, dienstlos werden, haben einen gleichen, gerechten Anspruch auf volle Entschädigung oder doch auf Pensionen, die ihren Verdiensten und Rang- und Dienstverhältnissen angemessen sind (⁵). Entsetzung oder Suspension darf eine gerechte Staatsregierung nur nach Urtheil und Recht, nicht aber einseitig und leidenschaftlich verfügen (⁶).

(³) Vergl. Klüber a. a. O. §. 407.

(⁴) Klüber a. a. O. §. 408. Nr. XII., ferner die baierische Dienstpragmatik §. 24., der rheinische Bund XVI. 368., und das eben so gerechte als billige (mit Einwilligung der Landstände ertheilte) S. Weimar-Eisenachische Staatsgesetz, die Pensionirung der Wittwen und Kinder verstorbener Staatsbeamten betreff., vom 6. April 1821.

(⁵) Klüber ebendas. §. 407.

(⁶) Klüber ebendas. §. 408. Ueber die einzelnen Staats- und Hofämter, Titel und Ehrenzeichen etc. vergl. §. 409, 410, 411 und 412. ebendas.

XI. K a p i t e l.

Erziehungs- und Unterrichts-Regal.

Wenn ein Staat nicht lediglich hinsichtlich seines zu verfolgenden Zweckes die *Sicherheit* seiner Staatsgenossen gegen Anfälle einer rohen physischen Gewalt von Innen oder gegen das Ausland zu beschirmen trachtet, sondern selbigen auch die höheren Wohlthaten zu Theil werden zu lassen, beabsichtigt, wodurch auch die *allgemeine Wohlfahrt aller Staatsgenossen* herbeigeführt wird: so ist es eine wesentliche Pflicht für ihn, solche Staatsanstalten zu begründen, durch welche eine *gesetzliche Freiheit* und eine *reine Entwicklung der Menschheit*, durch Ausbildung ihrer geistigen und körperlichen Kräfte, möglich wird. Zu dem letztern Behuf machen sich Staatsanstalten zur Erziehung und Fortbildung der Staatsgenossen nothwendig. Da nun die *Fortbildung* des Menschen nicht durch die Periode der gesetzlichen Mündigkeit begrenzt werden kann, indem der Mensch niemahls eine ideale *Ausbildung* erlangen kann, wenn ihm auch das Schicksal eine zehnfache Lebensperiode vergönnt hätte, so darf der Staat seine *Erziehungs- und Cultur-Anstalten* nicht

nur für die jugendliche Periode, sondern er muß sie vielmehr für alle Lebensalter berechnen, so daß auch der Greis in Silberhaaren noch Gelegenheit finde, sich seiner Menschen-Ausbildung nähern zu können. Es ist daher eine höchst verderbliche Staatsmaxime, durch ein Verfinsternungssystem ruhige Bürger und die Staatswohlfahrt erreichen zu wollen; denn nur der dumme oder halb aufgeklärte Mensch weicht leicht von seinen Menschen- und Bürgerpflichten ab, während ein *wahrhaft Aufgeklärter* die Rechte und Pflichten der genannten Arten, so wie deren gegenseitige Begrenzungen zu erforschen strebet, und sich willig den *gerechten* und *gesetzmäßig* ertheilten Staats-Anordnungen füget. Auch *er nur* ist es *allein*, der die Kräfte der Menschheit und aller sonstigen Erdengüter richtig zu würdigen und zweckgemäß bei sich und seinen Nebemenschen anzuwenden versteht. Wie kann denn wohl ein roher und ungebildeter Mensch fähig seyn, einen Staatsposten, der eine vorzügliche Bildung und eine Masse der verschiedenartigsten Kenntnisse voraussetzt, zu bekleiden? Wie kann man von ihm wichtige Erfindungen und Wissenschaften und Künste befördernde Beiträge erwarten? Oder sollen solche Kenntnisse bloß ein Monopol für gewisse Stände bleiben? Bedürfen nicht selbst die untersten Volksklassen, die sich mit Ackerbau, Viehzucht oder sonstigen bürgerlichen Gewerben beschäftigen, eine Masse von Natur-, Gewerbs- und Handelskenntnissen außer mehreren, jeden Menschen nothwendigen, Begriffen. Ein weiser Staatsregent wird daher sein vorzügliches Augenmerk auf Errichtung gut eingerichteter *Schulen, Gymnasien und Universitäten* wenden; er wird durch Bürger-Gewerbe, Industrie und Kunstschulen nicht minder als durch gelehrte

Bildungsanstalten allen Volksklassen die nöthige Bildung zu geben bemüht seyn; er wird Kunst- und gelehrte Gesellschaften bilden oder wenigstens unterstützen; er wird ferner durch eigends gebildete Unterstützungskassen fähigen, aber vermögenslosen, Menschen ihre Ausbildung möglich machen, und so zu ersetzen suchen, was selbigen ein herbes Geschick, eine launenhafte Glücksgöttin versagt hat; er wird durch Errichtung zweckmässig organisirter Bibliotheken, Kunst- und Naturalien-Sammlungen, durch Prämien-Ertheilungen u. s. f. alle Stände zu einer ihrer Bestimmung angemessenen Bildung durch Wort und That gleichviel zu ermuntern und anzuregen streben ⁽¹⁾. Die Büchermessen, die Censur-, Schreib-, Press- und Lesefreiheit, die seiner oberaufsichtlichen und gesetzgebenden Gewalt unterworfen sind ⁽²⁾, werden überall in ihm einen Beförderer edlen Anstrebens verehren, aber selbst dem Irrenden und Mißgeleiteten wird er durch Belehrung auf die rechte Bahn zurückzuführen suchen, nicht aber die Fehler einiger Unbesonnenen in Reden und Druckschriften durch strenge Gedanken-Censoren und Dictatoren an dem ganzen Publikum zu rächen suchen, und in jeder unüberlegten Aeulserung Hochverrath und Revolution verspüren; er wird, gleich dem von einem verachteten Thier getretenen König der Thiere in der bekannten Fabel, Großmuth mit Verachtung gepaart, einer Würde-entkleidenden Selbstrache vorzuziehen wissen, und, vertrauensvoll seinen Unterthanen entgegenkommend — Wiedervertrauen — des Regenten schönsten

(¹) Klübers öffentl. Recht §. 413 — 416.

(²) Klüber a. a. O. §. 417 a, 417 b.

Lohn, einerndten! Sein Staat wird, so gepflegt, auch wenn er und ganze Generationen seiner Nachkommen schon längst die Erde begrüßt und das Loos menschlicher Vergänglichkeit getheilt haben, noch lange nach ihm und immer schöner empor blühen, wenn indessen schon mancher geistig verfinsterter Staat — ein Raub fremder Eroberer — politisch vernichtet, die Strafe vernachlässigter Menschenbildung verbüßt hat; sein Name wird in dem Tempel der Geschichte von einer dankbaren Nachwelt den Namen eines Titus, Trajans, Mark - Aurels, der Antonine, Friedrichs des Einzigen und Joseph II. beigefügt, ewig in den Annalen der Menschheit fortglänzen, während die Namen der Unterdrücker gesetzlicher Freiheit und Menschenbildung, wo nicht der Verachtung, mindestens einer unrühmlichen Vergessenheit preis gegeben seyn werden!

XII. K a p i t e l.

D i e K i r c h e n h o h e i t.

Unter der *Kirche* versteht man eine Vereinigung von Menschen (Gesellschaft) zur Verrichtung ihrer äußeren Gottesverehrung nach einem bestimmten Lehrbegriffe. Welche Lehren dieser Lehrbegriff im Einzelnen immerhin aufstellen mag, so bleibt doch bei allen Völkern die *Verehrung eines höchsten Wesens*, unter welchem Namen auch dasselbe verehrt werde, stets das charakteristische Merkmal. Als *Gesellschaft* bedarf die Kirche der Duldung von Seiten des Staates, und wenn gleich deren Zweck wesentlich von dem der Staatsvereinigung verschieden ist, so ist doch zur Duldung derselben nichts weiter erforderlich, als daß diese bestimmte Kirche dem Staatszwecke nicht entgegen wirke; kann man ihr dieses nicht vorwerfen, so verübt der Staat einen Gewaltstreich an der menschlichen Freiheit, wenn er die höchsten aller menschlichen Güter, Denk- und Glaubensfreiheit, in Fesseln schlagen will, so wie er im entgegengesetzten Falle sich selbst das Vernichtungsurtheil sprechen würde, im Fall er Religionen seinen Schutz angedeihen ließ, deren

Lehren und Glaubenssätze mit der Erhaltung und Erreichung der ersten Staatszwecke unvereinbarlich erscheinen. Der Inbegriff der weltlich - kirchlichen oberherrlichen Rechte in Kirchen - Angelegenheiten nennt man die *Kirchenhoheit* oder die *Staats-Kirchengewalt*, welche wesentlich von der ursprünglich der Kirchengesellschaft zukommenden *Social-Kirchengewalt* verschieden ist. *Kirchen - Staatsrecht* ⁽¹⁾ aber heißt der Inbegriff der in dieser Rücksicht zwischen beiden enthaltenen vollkommenen Rechte und Pflichten.

Das Verhältniß der teutschen Staaten zu der Kirche, so wie der verschiedenen Religionsparteien zu einander, wurde schon während der vormahligen Reichsverfassung durch Staatsverträge ⁽²⁾ bestimmt, welches auch späterhin der Fall gewesen ist ⁽³⁾, und da die vorhandenen Concilien - Schlüsse von der weltlichen Macht stets bestritten worden waren, so erwartete man nunmehr *neue Concordate* mit dem Papst ⁽⁴⁾. Es waren um so mehr bei dem Wiener Congresse Anregungen zu neuen Bestimmungen für die kirchlichen Verhältnisse zu erwarten, je mehr dabei das Interesse des Papstes im Spiel war. Von Seiten des päpstlichen Hofes liefs man auch nichts unversucht, der römischen Hierarchie

(1) Die Schriften über das Kirchenstaatsrecht s. in Klübers öffentl. Recht §. 419. Nota a., und Häberlins Repertorium des Staats - und Lehnrechts Bd. II, S. 625 flgde. Nr. 23 und 24.

(2) Klüber a. a. O. §. 420 a. Nota a.

(3) Klüber ebendas. Nota b.

(4) Klüber ebendas. Nota c.

so viel als möglich ihren früheren Einfluß und ihre durch die französische Revolution erlittenen Verluste ⁽⁵⁾ aller Art wieder zu verschaffen. Man begehrte zu dem Endzweck ⁽⁶⁾: 1) die Wiederherstellung des heiligen römischen Reiches, als eines Mittelpunktes der politischen Einheit aller christlichen Staaten; 2) Wiederherstellung derjenigen weltlichen Fürstenthümer (geistlichen Wahl-Staaten), die man vernichtet, und hierdurch zugleich die Kirche beraubt habe, 3) Herausgabe der Güter und Einkünfte der Geistlichkeit, und deren Verwendung ihrer ursprünglichen Bestimmung ⁽⁷⁾ gemäß. Allein diese so wenig als die ähnlichen Bemühungen der *Oratoren* und des Generalvikar von Wessenberg ⁽⁸⁾ fanden den gewünschten Eingang, vielmehr wurde auf Baierns Antrag ⁽⁹⁾ der zur Bestimmung der Rechte

(⁵) Klüber a. a. O. §. 420 a. Nota d. und dessen Uebersicht der Wiener Congressverhandl. etc S. 397 — 417, 418 flgde, 470 flgde

(⁶) Klübers Uebersicht S. 417 flgde.

(⁷) Ueber die Anträge der sogenannten *Oratoren* bei dem Wiener Congress vergl. Klübers Uebersicht S. 418 und 422 flgde. Der *katholischen Kirche*, heisst es in deren Denkschrift v. 30. Octobr. 1814, verdankt Teutschland Religion und *Cultur*! (Klübers Uebersicht S. 422. etc. und S. 428 flgde) Ueber die ähnlichen Anträge Wessenbergs vergl. Klübers Uebersicht S. 432 flgde. (vergl. hiermit S. 470, 474, 477, 480, 484 — 490)

(⁸) Vergl. die Schriften über diesen Gegenstand in Klübers öffentl. Recht §. 320 a. Nota d.

(⁹) Klübers Acten des Wiener Congresses Bd. IV. S. 308. Dieser Vorschlag ward zum Beschlufs, vergl. Bd. II. S. 441. ebendas.

der katholischen Kirche in Vorschlag gebrachte Bundesartikel⁽¹⁰⁾ gänzlich weggelassen. Diese ganze Fehde⁽¹¹⁾ über die *allgemeine* Regulirung der Rechte der katholischen Kirche endigte sich daher mit einer, wie bei dem westphälischen Frieden statt gefundenen, päpstlichen Protestation⁽¹²⁾. Dem Papst war bei dieser Sachlage nichts übrig geblieben, als durch Concordate und Bullen mit einzelnen Mächten das päpstliche Verhältniß mit selbigen zu ordnen. Mit Baiern wurde unter dem 5. Jun. 1817. ein Concordat abgeschlossen⁽¹³⁾, wodurch der weltlichen Macht insofern sehr viel vergeben worden ist, als das *Ernennungsrecht* dem König nur für einige Fälle und nur bei Erledigungen in den nicht apostolischen Monaten vorbehalten worden ist, und als die geistlichen Gerichte an die Stelle der weltlichen in Ehesachen getreten sind. Die gesetzgebende Gewalt der Erzbischöfe über Kirchensachen⁽¹⁴⁾, die ihnen eingeräumte Aufsicht über die

(10) Ueber die verschiedenen Fassungen dieses Artikels vergl. Klübers Uebersicht S. 440 — 444, 446, über die muthmaßl. Gründe der Weglassung S. 448, 450, 451, 452.

(11) Die Belege siehe in den Anträgen der Oratoren (in Klübers Uebersicht etc. S. 430, 431.), über die des Frh. von Wessenberg Klüber ebendas. S. 451. Vergl. über alle diese Verhandlungen die in Klübers Schlußacte (2te Aufl.) S. 159. Nota a. angezogenen Stellen.

(12) Klübers Uebersicht S. 468 flgde.

(13) Die literarischen Nachweisungen hierüber vergl. in Klübers öffentl. Recht etc. §. 220 b. Nota a., der Inhalt dieses Concordats ist in dem angef. §. enthalten.

(14) Klüber §. 420 b., im öffentl. Recht Nota d. das.

Schulen, und das ihnen zugesprochene Censurrecht kann leicht dem Jesuitismus Veranlassung zur Unterdrückung der Aufklärung geben, so wie denn alle diese erwähnten, dem Clerus eingeräumten Rechte den weltlichen Arm lähmen, während die in dem Concordat erlaubten Erwerbungen für die Kirche (todte Hand) und deren verbotene Suppression durch die weltliche Macht die gefährlichsten Vergrößerungen der geistlichen Besitzungen zum Nachtheil der Staatswirthschaft hervorbringen müssen. Mit Preussen fand unter dem 25. März 1821. eine Vereinbarung über eine neue Einrichtung des katholischen Kirchenwesens in der preussischen Monarchie durch eine päpstliche Bulle vom 16. Juli 1821 ⁽¹⁵⁾ statt, welche durch eine Cabinets - Ordre vom 23. August 1821. ihre Sanction erhalten ⁽¹⁶⁾ hat. Auch bei dieser Vereinbarung ist die weltliche Macht (der König), hinsichtlich des Ernennungsrechtes bei erledigten erzbischöflichen und bischöflichen Stühlen, Propsteien, Canonicaten etc., in einem beinahe nicht geringerem Grade als bei den baierischen Concordat beschränkt, und dem Staate ein so hoher Aufwand aufgebürdet worden, als sich eines ähnlichen keine der unentbehrlichsten Staatsanstalten verhältnißmässig zu erfreuen haben mag ⁽¹⁷⁾. Auch mehrere der übrigen teutschen Staaten ⁽¹⁸⁾ haben

⁽¹⁵⁾ Klübers öffentl. Recht §. 420 c. Nota a.

⁽¹⁶⁾ Klüber ebendas. §. 420 c. Nota b.

⁽¹⁷⁾ Vergl. den Inhalt dieser Vereinbarung ausführlich bei Klüber a. a. O. §. 420 c.

⁽¹⁸⁾ Würtemberg, Baden, Kur- und G. H. v. Hessen, Nassau, Holstein - Oldenburg, Meklenburg - Schwerin und Strelitz, der Groß- und Herzoge von Sachsen (Hildburghausen

unter sich und mit dem päpstlichen Hofe, seit dem Jahr 1817, über die Festsetzung des Verhältnisses der katholisch-kirchlichen Angelegenheiten ihrer Staaten, im Verhältniß zu der Staats-Regierung und zu dem Oberhaupt der Kirche, so wie zu den anderer christlicher Glaubensgenossen, unterhandelt ⁽¹⁹⁾, worauf der heilige Vater nicht säumte, unverlangt und ungewünscht eine unter dem 20. August 1821. ausgefertigte Bulle zu senden, der zufolge die Staaten dieser Bundesglieder zu einer kirchlichen Gesammtheit vereinigt, und dem Erzbischof von Freiburg im Breisgau untergeordnet worden sind ⁽²⁰⁾.

Aus dem oben angegebenen Zwecke der kirchlichen Vereinigung ergibt sich, daß eine Kirche unmittelbar mit dem Staatszwecke nicht in Verbindung stehe, sondern bloß eine erlaubte, aber dem Staate untergeordnete ⁽²¹⁾ und mit dessen unmit-

ausgenommen), den Fürsten von Hohenzollern, den Fürsten von Waldeck (der aber wieder zurückgetreten ist), und die 4 freien Städte, S. Klübers öffentl. Recht §. 420 d. Nota a.

⁽¹⁹⁾ Klüber a. a. O. §. 220 d. Nota b.

⁽²⁰⁾ Den speciellen Inhalt dieser Bulle s. m. b. Klüber eben-
das §. 220 d.

⁽²¹⁾ A. Michl's Kirchenrecht §. 1., Ph. Hedderich elem. jur. can. P. 1. §. 118 bis 123; J. Gaupp über die Verhältnisse der protestantischen Kirche zum Staat, Glogau 1820, Ueber das baierische Edict, über die 4 Concordate der neuern Zeit, so wie über die von der römischen Curie für die Kirche verlangte unabhängige Selbstständigkeit, vergl. Klübers öffentl. Recht §. 421., Schriften über die verschiedenen Meinungen des Standpunktes der Kirche zum Staat, s. in der Nota b. und c. des angef. §.

telbarem Zweck nicht in Widerstreit befindliche Vereinigung oder Gesellschaft (²²), nicht aber einen Staat im Staate bilden könne. Die *Kirchenhoheit* findet daher in der *Sphäre des Glaubens und Gewissens* (²³), so wie in der von dem Staate bestätigten und beschützten *Social - Gewalt* (²⁴) ihre positive Begrenzung. Sie begreift in sich (²⁵) 1) das *Reformationsrecht*, welches das Majestätsrecht der bürgerlichen Religionsduldung, das Recht der Aufnahme und Zulassung religiöser Gesellschaften (²⁶); 2) das *Schutz - und Schirmrecht* über die aufgenommenen Religionsparteien, in Absicht auf deren *Persönlichkeit und Eigenthum*; 3) das *Recht der weltlichen Obergeraufsicht*, wodurch verhütet werden soll, daß diese aufgenommenen Religionsparteien nicht dem Staatszwecke entgegen wirken (²⁷)

Die *Social - oder Collegiäl - Kirchengewalt* gehört ursprünglich zu den Rechten der Kirchengewalt.

(²²) Klüber im angef. §. 421. Nota c., d. und e. A. Müller: Preussen und Baiern im Concordat mit Rom etc. Neustadt, bei Wagner 1823.

(²³) v. Mosers (F. C.) Rechte der Menschheit in Religions- sachen, 1782. 8. und Klüber a. a. O. §. 422. Nota a.

(²⁴) Vergl. J. A. Bugels Kosmokratie und Theokratie etc. Freiburg 1812.

(²⁵) Moser von der Landeshoheit im Geistl. (1773.) 57. u. 249, P. A. Franks Grundbetrachtung über Staat und Kirche §. 13 flgde. (Mainz 1784.), Böhmer princ. jur. can. §. 20. sq., und Majers Staatsrecht Thl. I. §. 12. flgde. und Th. II. §. 42., und Klüber a. a. O. §. 422. Nota c.

(²⁶) Wedekind, die Aufnahme neuer Kirchen im Staate. Göttingen 1803, Klüber ebendas. §. 422. Nota d.

(²⁷) Klüber a. a. O. §. 422. und 427. Vergl. das merkwürdige S. Weimarische etc. Patent von 1823. in Nr. 16. des dortigen Regierungsblatts von 1823.

sellenschaft (²⁸), weil sie den Inbegriff ihrer gesellschaftlichen Rechte bildet, ohne Unterschied des religiösen Lehrbegriffes, sowohl der in Teutschland befindlichen *beiden Glaubensparteien*, als auch der übrigen *christlichen und unchristlichen Glaubensparteien und Secten* (²⁹). Das *Kirchenregiment* kann von der Kirchengesellschaft selbst, ihrem Zweck entsprechend, jedoch nur so bestimmt werden, daß die Festsetzung des kirchlichen Lehrbegriffes *nicht dem Kirchenregiment untergeordnet werden kann*, noch daß die vorhandenen Concordate oder das Verhältniß zwischen Kirche und Staat dadurch verletzt werden.

Nach den Grundsätzen der römisch-katholischen Kirche hat, seit ihrer Entstehung, das Princip einer *monarchisch-repräsentativen Einheit* (³⁰) sich vorherrschend gezeigt. Ein verfassungsmäßiges Oberhaupt mit Bind- und Lösekraft für die Gewissen, mit allgemeinem Recht auf Erhaltung der nothwendigen Einheit des Glaubens, mit provisorischer Gesetzgebungsgewalt, mit einer obersten Leitung und Verwaltung in Kirchenangelegenheiten begabt, obgleich abhängig von den Beschlüssen der Kirchen-

(²⁸) Klüber ebendas. §. 423. und die Schriften über den Gegenstand, Nota a. das.

(²⁹) Ueber die christlichen Religionsparteien in Teutschland, vergl. Klüber ebendas. §. 423. Nota b, so wie über die übrigen Parteien und Secten die Schriften in der Nota d. das.

(³⁰) Schriften über die Form des Kirchenregiments, über die Rechte der Metropolen, über den Ultramontanismus und Jesuitismus, über das geistliche Instanzenrecht, vergl. bei Klüber a. a. O. §. 224 a. Nota b.

versammlungen, hat nicht nur das Princip *einer einzigen und untheilbaren Kirche*, sondern selbst das einer Vereinigung des weltlichen Regiments mit dem geistlichen, und das einer Unterordnung des Erstern unter das Letztere mit einer eisernen Consequenz aufzustellen und zu behaupten gesucht (³¹). Wenn es nun aber auch eine unwidersprechliche Wahrheit seyn und bleiben mag, daß das Recht, die Menschen zu regieren, *unzertheilbar* sey, weil außerdem die allein zum Zielführende Einheit verloren gehen muß (³²): so folgt doch hieraus keineswegs, daß das weltliche Regiment dem geistlichen untergeordnet werden müsse, sondern vielmehr der umgekehrte Satz, weil die *Staatsverbindung* als die *oberste Bedingung* der Menschheit, die *Kirchenverbindung* dagegen als eine *untergeordnete* hervortritt; denn Sicherheit, staatsbürgerliche Freiheit, Cultur-Anstalten zur Veredlung der Menschheit und zur Erreichung der Menschenbestimmung lassen sich nicht ohne einen Staatsverband denken, aber den Gott, den ein jeder Mensch überall in der Natur, so wie in seinem Innern erblickt und wiederfindet, kann er auch allein und ohne ein Kirchenregiment verehren und anbeten. Ist also eine Trennung der weltlichen und geistlichen Gewalt dem Wohl der Völker schädlich, weil sie einen Widerspruch zwischen dem religiösen und bürgerlichen

(³¹) Was ein unbiegsamer durch keine Zeiterfahrungen gebeugter, sondern auf den Grundsatz „Rome ne recule pas“ gestützter Wille durchzusetzen vermag, das haben wir aus dem oben erwähnten Concordat und Bullen kennen gelernt.

(³²) A. Müller kirchenrechtliche Erörterungen etc. 1. Samml. Weimar 1823. Nr. IV. S. 97 flgde.

Gesetz erzeugt: so darf aus den angeführten Gründen nicht die weltliche Macht der geistlichen, sondern es muß vielmehr die geistliche Gewalt der weltlichen untergeordnet werden⁽³³⁾, wie solches auch bei den Völkern des Alterthums der Fall gewesen ist⁽³⁴⁾, und noch um deswillen von mehreren Päpsten den christlichen Kaisern die Pontifical-Würde zugestanden ward⁽³⁵⁾. Aber auch nach Ablegung dieses Titels verabsäumten die Könige und Fürsten nicht, dieses Kirchenregiment gehörig zu handhaben, sondern es soll vielmehr Kaiser Maximilian I. versucht haben, die päpstliche Würde mit der kaiserlichen zu vereinigen⁽³⁶⁾, welches man

(³³) Müller a. a. O. S. 98. von den Worten an „das größere Gewicht, welches zeitliches Interesse“ etc. Von dem dreifachen System (sagt Herr Müller mit Recht a. a. O. S. 99. Anmerk. *) über das Verhältniß des Staats zur Kirche ist das *Collegial-System*, als welches die Kirche und Staat coordinirt, das verwerflichste. Entweder das *hierarchische* — welches den Staat der Kirche subordinirt — oder das *Territorial-System* — so die Kirche der Staatsgewalt unterordnet, ist zu wählen. Da aber das hierarchische System mit den Rechten der weltlichen Oberherrschaft über die Kirche etc. nicht vereinbarlich ist etc., so werden Europas Fürsten, so weit menschliche Vernunft den Blick leitet, von dem Territorial-System sich niemals entfernen; ferner von Dohms Merkwürdigkeiten etc. Bd. II. S. 290 flgde., und Klüber a. a. O. § 425.

(³⁴) Die Beweisstellen bei Müller a. a. O. S. 99 flgde.

(³⁵) Vergl. Müller ebendas. S. 104.

(³⁶) Müller a. a. O. S. 105 flgde. Mit welcher Beharrlichkeit die weltlichen Regenten, besonders Wilhelm der Eroberer von England, die Unterwürfigkeit der Kirche unter den

ebenfalls vom Kaiser Karl V. behauptet. Nur die Schwäche liefs sich das Scepter entreißen; und der Reformation blieb es vorbehalten, auf die Zurückführung der geistlichen Macht innerhalb ihrer Grenzen zu wirken. Mögen doch die Fürsten sich wohl vorsehen, damit nicht wieder ein Vater der Christenheit auftrete, und, nach dem Beispiel *Bonifacius VIII.* an Philipp den Schönen von Frankreich, an sie schreibe: „Wisset, dafs ihr uns sowohl in weltlichen als in geistlichen Dingen unterwürfig seyd!“ Auch die weiseren unter den katholischen Fürsten haben sich schon öfters von der Nothwendigkeit dieser Lehre überzeugt⁽³⁷⁾, und die päpstlichen Anmassungen in die gehörigen Schranken zurück verwiesen. Die Zeit der ersten christlichen Jahrhunderte zeichnete sich durch eine demokratische repräsentative Verfassung und durch Anerkennung der weltlichen Macht (dem Grundsatz des Stifters unserer Religion gemäß „*Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist etc.*“) ganz deutlich aus; der Lauf der Jahrhunderte hat deren Richtigkeit bewährt, indem alle Widerlegungs- und Vernichtungsversuche gegen sie fehlschlugen, und keine anderen Erfolge haben konnten, weil Christus selbst die Grundlage der Kirche, der bischöflichen und priesterlichen

Staat zu behaupten wagten, darüber vergl. man die Beispiele a. a. O. S. 108 flgde.

(³⁷) Vergl. über das merkwürdige Beispiel, welches der treffliche Kaiser Joseph II. gab (ohne sich durch die so oft, auch in den neuesten Zeiten, versuchten Künste einer mündlichen Unterredung irre machen zu lassen) v. Dohms Merkwürdigkeiten m. Zeit, Bd. II. S. 293 flgde., 314 flgde. und 342 flgde., und Müller a. a. O. S. 118 flgde.

Macht normirt und den Arm der weltlichen Macht anerkannt hatte. Es kommt mithin alles auf eine *Wiederherstellung des ursprünglichen Christenthums und dessen Verhältnisses zu dem Staate an; eine solche wird und muß kommen*, weil sie in der gesunden Vernunft, dem Zeitgeiste und in der ewigen Menschenbestimmung ihre Verfechter findet (38). Kein Concordat wird dann mehr mit einem Papst abgeschlossen werden, weil man allgemein zu der Ueberzeugung gelangen wird, daß es da keiner Bestätigung bedürfe, wo man auch ohne selbige *allein- oder gleichberechtigt handeln kann* (39).

Nach den Grundsätzen der evangelischen Glaubensverwandten (40) (sowohl der Augsburgischen als der Calvinisten oder Reformirten) bestehet keine äußere allgemeine Vereinigung der verschiedenen Kirchengesellschaften, obgleich auch hier mehrere einfache Kirchengesellschaften eine *zusammengesetzte Kirche* und eine *äußere Vereinigung* der protestantischen Kirchengemeinden bilden und statt finden können (41).

(38) Beherzigungswerthe Worte hierüber bei Müller a. a. O. S. 127 flgde.

(39) Die *Hauptquellen* für die *ächten Grundsätze* über das wahre Verhältniß zwischen dem Staat und der Kirche findet man zusammengestellt bei Klüber a. a. O. §. 424 a. Nota c.

(40) Ueber die Benennungen „*Evangelische, Protestanten* und *Augsburg. Confessions-Verwandte*“ vergl. die angef. Schriften bei Klüber a. a. O. §. 424 b. Nota b, c, d. und e.

(41) Mehrere desfallsige gesetzliche Bestimmungen in einzel-

Da dem Staate blos ein Recht der Aufsicht und des Zwanges über die *Handlungen* der Staatesgenossen innerhalb der gesetzlichen Grenzen, nicht aber über ihre Gedanken und ihren Glauben zusteht; da ferner die Kirche eine zur Veredlung und Zielführung der Menschheit zu ihrer höheren Bestimmung gestiftete Vereinigung ist: so folgt hieraus von selbst die Verpflichtung des Staates zur Beförderung und Erhaltung der *Gewissensfreiheit* und zur gesetzlichen Ahndung der Unduldsamkeit und des Fanatismus ⁽⁴²⁾. Die Forschung über religiöse Dogmen und die Veränderungsfreiheit in der Religion ⁽⁴³⁾ muß daher ein eben so unantastbares Gut der Staatsgenossen, als die Bestimmung des kirchlichen Lehrbegriffes ein ausschließliches Recht der Kirchengesellschaft bleiben. Der Staat muß mithin den Glauben schützen, und darf ihn nicht bekämpfen, wenn er nicht die höheren Staatszwecke bedrohet oder vernichtet ⁽⁴⁴⁾. Eine Befugniß zur Abänderung der Glaubensdogmen kann nicht einmal durch eine gemeinschaftliche Uebereinkunft der Kirchengesellschaftsglieder festgesetzt werden, weil eine solche zugleich die ewige Freiheit des Glaubens

nen Bundesstaaten s. bei Klüber a. a. O. §. 424 b. Nota f. und g.

⁽⁴²⁾ Michl's Kirchenrecht §. 15., womit der württembergische Verfassungs-Vertrag von 1819. §. 24. und 27. und die königl. baierische Verfassungs-Urkunde von 1818. Tit. IV. §. 9. übereinstimmen.

⁽⁴³⁾ Moser's Religionsverfassung §. 34. flgde., und Schnauberts Kirchenrecht der Protestanten §. 75.

⁽⁴⁴⁾ A. L. Schlözers Staatsgelahrtheit I, 21., und Klüber a. a. O. §. 426, Nota d, e. und f.

und Gewissens, so wie das gesetzliche Recht der Veränderung religiöser Ueberzeugung beschränken würde (⁴⁵). Befugt ist aber die Staatsgewalt, darüber zu wachen, daß die Kirchengesellschaft nicht ihre Gesellschaftsgrenzen überschreite oder den Staatszweck gefährde (⁴⁶), andere Glaubensgenossen verfolge oder sonst beleidige; sie darf ferner keine *Proselytenmacherei* (⁴⁷) dulden, sondern muß solche gesetzlich ahnden. Da *Duldungsgeist* ohnehin die schönste Zierde der reinen Christusreligion und der nachstrebenden Augsburgerischen Confessionsverwandten ist und seyn soll: so ist eine solche Bekehrungssucht um so strafwürdiger, je mehr *Bestechungskünste* durch Verheißungen politischer Vortheile dabei angewendet werden. Auch muß sie die Erschwerung der Ehen unter verschiedenen Glaubensgenossen durch Geistliche (⁴⁸) oder Laien, so wie die Erschwerung der Wiederverheirathung geschiedener Ehegatten von verschiedener Religion zu verhindern suchen (⁴⁹).

Soll der Staat vermögend seyn, die höchsten aller Staatszwecke, *Sicherheit und Denkfreiheit* zu

(⁴⁵) Vergl. Klüber a. a. O. §. 426. Nota e. Nach der evangelischen Gewissensfreiheit ist ohnehin die eigene Forschung über religiöse Dogmen und mögliche Veränderung der symbolischen Sätze ewig (wie schon hierauf ihre Benennung „*Protestanten*“ hindeutet) zulässig und von ihrer Confession untrennbar.

(⁴⁶) Klüber a. a. O. §. 427. Nota a., §. 429. Nota a.

(⁴⁷) Schriften hierüber bei Klüber ebendas. §. 427. Nota c, und Bemerkungen in Nota d. und §. 429. Nota b.

(⁴⁸) Klüber a. a. O. §. 427. Nota e.

(⁴⁹) Schriften bei Klüber a. a. O. §. 427. Nota f, das. und das Nota 27, angef. S. Weimarische Patent.

beschirmen: so müssen ihm auch alle kirchlichen Anordnungen und Lehrsätze, so wie die beträchtlicheren Kirchenstrafen, die Anstellung der Kirchendiener (wenigstens des oberen Clerus), die Einführung und Erhaltung geistlicher Orden, in politischem Betracht, zur Prüfung und Bestätigung ⁽⁵⁰⁾ bekannt gemacht werden, es mögen solche ertheilt worden seyn von einer Social-, Synodal oder sonstigen Behörde. Mehrere Staaten haben sehr weise, den unmittelbaren Verkehr der inländischen Geistlichkeit mit der römischen und deren Behörden gesetzlich ⁽⁵¹⁾ verboten. Ferner dürfen Kirchenversammlungen, ohne sein Vorwissen und Theilnahme durch Abgeordnete, nicht statt finden ⁽⁵²⁾. Die Rechte der Kirche auf Gerichtsbarkeit bedürfen ebenfalls der Staatsbeistimmung ⁽⁵³⁾. Der Regent hat auch das Recht, *nicht aber die Verpflichtung*, päpstliche Legate oder Nuncien als Gesandte anzunehmen, die Ausübung geistlicher Facultäten oder heimlicher wie öffentlicher Gerichtsbarkeit braucht er ihnen nicht zu gestatten, und sollte solches auch, politisch betrachtet, niemahls zugeben ⁽⁵⁴⁾. Wider Mißbräuche inländischer oder auswärtiger Kirchengewalten findet Recurs an den Regenten statt ⁽⁵⁵⁾.

Was den äußern Cultus anbetrifft, so sind zwar Zeit, Ort und die Form der Gottesverehrung so wie

⁽⁵⁰⁾ Schriften hierüber s. man bei Klüber a. a. O. §. 428. Nota a.

⁽⁵¹⁾ Klüber im angef. §. Nota, b.

⁽⁵²⁾ Klüber ebendas. §. 429. Nota c.

⁽⁵³⁾ Klüber a. a. O. §. 292.

⁽⁵⁴⁾ Schriften hierüber vergl. bei Klüber a. a. O. §. 429. Nota d.

⁽⁵⁵⁾ Schriften bei Klüber a. a. O. Nota e, ebend.

die Disciplinarsachen zunächst der kirchlichen Bestimmung anheim gestellt; aber dem Staat ist die Befugniß in Hinsicht auf Aufnahme und Toleranz⁽⁵⁶⁾ Abstufungen zu normiren, vorbehalten, so wie ihm auch das oheraufsichtliche Recht, wie hinsichtlich des Lehrbegriffes⁽⁵⁷⁾ selbst, über den äußeren Cultus⁽⁵⁸⁾ zustehet. Abänderungen kirchlicher Einrichtungen darf die Staatsgewalt dann verlangen, wenn die bestehenden mit höheren Staatszwecken nicht vereinbarlich erscheinen⁽⁵⁹⁾. Das kirchliche *Lehr- und Priesteramt*, so wie die Bestellung und Direction der *Kirchenbeamten* für weltliche Geschäfte der Kirchengesellschaft sind Befugnisse, welche der Kirchengesellschaft rechtlich zugehören⁽⁶⁰⁾, und die bei der Kirche angestellten Personen sind ihm nur in staatsbürgerlicher Hinsicht untergeordnet, aber weiter stehen ihm ohne eine besondere desfallsige Uebereinkunft mit der Kirche keine Rechte als wie die, welche er über die Kirche selbst besitzt, zu⁽⁶¹⁾. Das *Patronatrecht* kommt dem Regenten bei den innerhalb seines Staatsgebietes befindlichen Kirchen in der Regel nicht zu, sondern ist vielmehr ein von der Kirchengewalt abhängiges Recht⁽⁶²⁾,

(⁵⁶) Michl's Kirchenrecht §. 16. und die bei Klüber ebend. §. 430. Nota a. genannten Schriften.

(⁵⁷) Schriften bei Klüber a. a. O. §. 430. Nota c. und §. 426. flgde.

(⁵⁸) Schriften hierüber bei Klüber §. 430. Nota b.

(⁵⁹) Schriften bei Klüber im angef. §. Nota d, e. und f.

(⁶⁰) Klüber a. a. O. §. 431 a. Nota a.

(⁶¹) Klüber ebendas. §. 422. und 431 a. Nota b. das.

(⁶²) Schriften für und wider das landesherrliche Patronatrecht

Dieses gilt auch von Erneuerung der Landesbischöfe und Metropolitanerzbischöfe (⁶³) und ihren Coad-

s. bei Klüber a. a. O. §. 431 a. Nota c. — In den Entschädigungsländern von 1802 und 1803. gieng das vormahlige freie bischöfliche Collationsrecht, so wie das Patronatrecht der aufgelöseten Stifte, Abteien und Klöster auf den neuen Landes- und Stiftungsbesitzer vermöge des Reichsdeputations-Hauptschlusses vom 25. Febr. 1803. §. 36. über. Vergl. auch Napoleons Decret vom 22. Decbr. 1807, und die königl. baierischen Verordnungen vom 16. Febr. 1808. Baiern hat sich das Nominationsrecht größtentheils in dem mit dem Papst abgeschlossenen Concordat vorbehalten (Klüber a. a. O. §. 420 b.), *Preussen* hat sich mehr (Klüber ebendas. §. 420 c.) und die übrigen Staaten am meisten hierbei beschränken lassen. (Klüber ebendas. §. 420 d.)

(⁶³) *Metropolit* ist die griechische Benennung eines Erzbischofes, weil die Hauptstadt einer Provinz *Metropolis* heisst. Der Metropolit hat den Rang über dem Bischofe. In der Regel (wenn nicht besondere Concordate entgegenstehen) kommt die Wahl der Erzbischöfe dem erztiftischen Capitel zu. Die Synode zu Antiochia verlieh ihm schon im Jahre 341. die Oberaufsicht über die gesammten Diöcesen, so wie sich in der Zeitfolge andere Vorrechte und eine förmliche Gerichtsbarkeit dazu gesellte. Im 9ten und den folgenden Jahrhunderten behielt sich der Papst die meisten dieser Vorrechte vor, doch verblieben ihnen noch die Gerichtsbarkeit über die *Suffraganbischöfe* (*Suffragan* nennt man jedes zu Sitz und Stimme berechtigte Mitglied von Klerikern in geistlichen Collegien, z. B. bei Synoden, Ordenscapiteln, Conventen etc., vorzugsweise aber die einem Erzbischof untergeordneten Bischöfe) in erster Instanz bei nicht peinlichen Fällen, und über deren Unterthanen in der Appellationsinstanz, ferner das Recht der Zusammenberufung einer *Provinzialsynode* und der Vorsitz

jutoren ⁽⁶⁴⁾. Die Staatsregierung hat übrigens ein Mitwirkungsrecht bei Errichtung der Metropolitan- und Domcapitel, ingleichen der bischöflichen Seminarien, so wie auch bei der kirchlichen Provinzial- und Diöcesan-Einrichtung, und es kann solche ohne deren Genehmigung nicht statt finden ⁽⁶⁵⁾. So stehet ihr auch die Bestimmung über Rang und Titel, welche den Erz- und Bischöfen, wie auch den übrigen Geistlichen beigelegt werden sollen, zu ⁽⁶⁶⁾.

Zufolge der teutschen Bundesacte kann die Verschiedenheit der christlichen Glaubensparteien innerhalb der teutschen Bundesgebiete keinen Unterschied bei dem Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte begründen ⁽⁶⁷⁾. Hierdurch konnte jedoch

bei solchen, die Oberaufsicht über die Bischöfe seiner Provinz, das Visitationsrecht in seiner Diöcese, die Aufsicht über die Handhabung der Kirchengesetze, Abschaffung der Mißbräuche, die Ertheilung der Indulgenz, das Devolutionsrecht, wenn die erledigten Pfründen binnen der vorgeschriebenen Zeit weder vom Bischof oder dem Capitel vergeben werden, die Vortragung des Kreuzes in der ganzen Provinz (wenn nicht der Papst oder ein Legatus a latere zugegen ist) und das erzbischöfliche Pallium. Vergl. auch Michl's Kirchenrecht §. 22., und die Schriften bei Klüber a. a. O. §. 431 a. Nota d.

⁽⁶⁴⁾ Schriften hierüber bei Klüber im angef. §. Nota e.

⁽⁶⁵⁾ Vergl. den Reichsdeputations-Hauptschluss vom 1803. §. 1., 25., 35. und. 62.

⁽⁶⁶⁾ Vergl. die königl. baierische vom 10. Jan. 1822. hierüber, und Klüber a. a. O. §. 420 d. Nota g.

⁽⁶⁷⁾ Art. 16. der Bundesacte (vergl. Klübers Schlufsacte 2. Aufl. S. 159 und die Nota a. angef. Stellen), ferner oben im Kapitel IX. §. 6. Nr. 9. unserer Darlegung, so auch in

die privatrechtliche Dispositionsgewalt der verschiedenen christlichen Kirchengesellschaften über ihr Kirchenvermögen', so wie die jedes Einzelnen nicht beschränkt werden (⁶⁸). In der neuern Zeit hat übrigens eine Vereinigung zwischen den verschiedenen Glaubensparteien über einen gleichen Festkalender statt gefunden (⁶⁹). Die Pressfreiheit in Religionssachen, besonders hinsichtlich der symbolischen (⁷⁰) Bücher ist der Bestimmung des Regenten überlassen (⁷¹). Bei der vorhandenen Religionsgleichheit muß auch dem Regenten frei stehen, sich zu einer dem Staatszwecke und Bundesgesetze nicht widerstreitenden Religion nach Belieben zu bekennen, und solche gegen eine andere, unter den gleichen Voraussetzungen, zu vertauschen (⁷²).

Ausnahmen, in Hinsicht der Religionsgleichheit, können Platz greifen I) wenn particuläre oder locale

Klübers öffentl. Recht §. 169., dessen Uebersicht etc. S. 249, 250, 251, 260, 266, 270, dessen Acten des Wiener Congresses Bd. II. S. 5, 365 und 401. — Ueber die Verhältnisse der Stadt *Frankfurt*, s. Klübers öffentl. Recht §. 432 a. Nota a., §. 157. Nota b., Acte final du 9. Juin 1815. Art. 46., Klübers Staatsarchiv Bd. I. S. 290, dessen Uebersicht etc. S. 250 flgde., 260 und 266, dessen Acten etc. Bd. IV. S. 74.

(⁶⁸) Klübers öffentl. Recht §. 432 a. Nota c. und §. 435 b. und 432 b. Nr. V.

(⁶⁹) Schriften in Klübers öffentl. Recht §. 432 b. Nota b.

(⁷⁰) Schriften über die Frage „was unter symbolischen Büchern zu verstehen sey?“ vergl. Klübers öffentl. Recht etc. §. 433. Nota c.

(⁷¹) Schriften bei Klüber a. a. O. §. 433. Nota d.

(⁷²) Klüber öffentl. Recht §. 434.

Rechte in Absicht auf den Genuß *besonderer* Rechte (⁷³), Ausnahmen oder Beschränkungen eintreten lassen. II) Findet sie bloß unter den Bekennern des christlichen Glaubens, und zwar nur unter den Katholiken und Augsburgerischen Confessions-Verwandten statt (⁷⁴). III) Kann auch eine Ausnahme eintreten, wenn eine Glaubenspartei nur bedingungs- oder eingeschränkter Weise recipirt oder tolerirt ist (⁷⁵). IV) Das Kirchengut gehört ausschließlich derjenigen Religionspartei, welche solches vermittelst eines Rechtstitels erworben (⁷⁶) hat. V) Gehen auch Rechte, welche an eine bestimmte Religions-Eigenschaft geknüpft waren, durch *Veränderung* dieser Religion *verloren* (⁷⁷). VI) Bei Festsetzung (⁷⁸) letztwilliger oder vertragsmäßiger Bestimmungen, wo der Genuß gewisser Güter oder Rechte an eine bestimmte Religions-Eigenschaft geknüpft worden ist,

(⁷³) Oder wie Hr. Klüber (im öffentl. Recht §. 435 a. Nr. II.) sich ausdrückt „*gemeindebürgerlicher*“ (wohl zu unterscheiden von *gemeinbürgerlichen*, welche ja eben nach Art. 16. der Bundesacte ein Gemeingut geworden sind.)

(⁷⁴) Ueber die Frage „ob die Religionsgleichheit nur die Katholiken, Lutheraner und Reformirten umfasse?“ vergl. was wir oben Kapitel IX. §. 6. Nr. 9. und Nota 24. und 25. daselbst bemerkt haben.

(⁷⁵) Klüber öffentl. Recht §. 424 b. Nota h. und §. 332 a. Nota a.

(⁷⁶) Klüber ebendas. §. 432 a. Nota c., dessen Uebersicht der diplom. Verhandlung etc. S. 253 und 270.

(⁷⁷) Schriften über den geistlichen Vorbehalt, vergl. bei Klübers öffentl. Recht §. 435 a. Nota e.

(⁷⁸) Klübers öffentl. Recht §. 435 b.

fällt eben so die Bestimmung des Artikels 16. der Bundesacte weg, insofern nur die zur *Bedingung* gemachte Religion im Staate *nicht verboten* oder *sonst Rechtsgründe* für deren *Unverbindlichkeit* vorhanden sind (⁷⁹).

Als selbstständige Staatsgesellschaft hat die Kirche das Recht, Vermögen zu erwerben, zu benutzen und zu verwalten. Solche Güter sind *Privatvermögen*. Der Oberaufsicht des Staates aber sind dergleichen Güter, in Absicht deren zweckgemäßen Verwendung nach den *positiven* Gesetzen, unterworfen (⁸⁰); auch können die Staatsgesetze die *übermäßige Vermehrung* der Kirchengüter aus politischen und staatswirthschaftlichen Gründen verbieten (⁸¹). Das *Vermögen aufgehobener geistlicher Corporationen* muß man den Corporationen rechtlich zusprechen (⁸²), wenn solche nur ihre frühere Corporations-Eigenschaft gegen eine andere im Staat erlaubte verwandelt haben (⁸³); außerdem

(⁷⁹) Vergl. Klübers öffentl. Recht §. 435.

(⁸⁰) Vergl. Klüber ebendas. §. 436. und Schriften hierüber in der Nota 1. das.

(⁸¹) Klüber ebendas. §. 437. Nr. III. und Schriften hierüber in der Nota e. das.

(⁸²) Klüber ebendas. §. 436. Nr. III., über den Unterschied zwischen *Veräußerung* und *Secularisation* s. Nota b. das. so wie über die Frage der Rechtmäßigkeit der *Secularisationen* die Schriften in der Nota c. das. — Auch die *Incameration* der Güter von Kirchen und sonstigen frommen Stiftungen muß man für unerlaubt halten. Klüber a. a. O. §. 437. Nr. I. und Nota a, b. und c.

(⁸³) Klüber a. a. O. §. 437. II., Schriften hierüber in der Nota d. daselbst.

aber muß es an die *Nachkommen der Stifter* vertheilt werden, es mögen solche der Staat selbst, oder Privat - Personen, und zwar Ausländer (⁸⁴) oder Inländer, gewesen seyn. Eine *Verwandlung* der Güter von frommen Stiftungen kann übrigens, wenn auch diese Güter zu einem ähnlichen guten Zweck verwendet werden sollen, doch nur den rechtlichen Grundsätzen zufolge, nach Ertheilung der Einwilligung von Seiten der Stifter oder Schenkgeber rechtmässig erfolgen, weil in den gesetzlichen Vorschriften über die Erfüllung der Verträge im Allgemeinen, so wie insbesondere in den Lehren über die Schenkungen, letzten Willensbestimmungen und Bedingungen solches ausdrücklich vorgeschrieben steht (⁸⁵).

(⁸⁴) Klüber ebendas. §. 438. I. und Nota f. und g.

(⁸⁵) Klüber ebendas. §. 438. I. Nota a, b, c, d. und e. Ueber das rechtlose Verfahren wider diese Aussprüche des Vernunft- und positiven Rechts, vergl. mehrere Beispiele in der angeführten Nota e. — Mehrere neuere positive Vorschriften hierüber s. in der Nota h. und i. des angef. §.

XIII. K a p i t e l.

Die Lehnhoheit und Lehnverbindung.

Durch die Auflösung des teutschen Reiches hat sowohl in Gemälsheit der rheinischen ⁽¹⁾ als auch der teutschen ⁽²⁾ Bundesacte die *Reichslehnverbindung* ihre Auflösung erhalten, und die teutschen Staaten haben die Eigenschaft allodialer und souverainer Staaten erhalten; das Lehn-Institut selbst aber dauert noch als ein *privatrechtliches Verhältniss* fort, und die Lehnhoheit steht jedem teutschen Staate über die in solchen etwan vorhandenen Lehen zu, die sich durch *Lehngesetze, Gerichtsbarkeit und Lehndienste oder Lehnabgaben* verkündet ⁽³⁾. Ueber *auswärtige Lehen* aber (*feuda extra curtem*) hat der Lehnherr noch dann die *Lehnhoheit*, wenn sol-

(¹) Rheinische Conföderationsacte Art. 2., 26. und 34. und die Erklärung des Kaisers Franz II. vom 6. Aug. 1806.

(²) Teutsche Bundesacte, *Eingang* derselben und Art. 1. — Klübers öffentl. Recht §. 82., 83. und 441. und 442.

(³) Klüber öffentl. Recht §. 439.

che als *Staatsdienstbarkeit* gegründet ⁽⁴⁾ ist. Manche vormahlige *Reichsvorderlehen* dauern jetzt noch fort, und haben bloß einen andern Lehnherren in der Person eines Bundesfürsten erhalten ⁽⁵⁾. *Reichsafterlehen*, welche schon früher *als solche* von einem Bundesfürsten verliehen worden waren, sind nach Auflösung des teutschen Reiches *unmittelbare* oder *Vorder-Activlehen* desjenigen Bundesmitgliedes geworden, in dessen Staatsgebiet sie gelegen sind. Solche *Reichs-Afterlehen*, welche ein rheinisches Bundesmitglied von einem zum Rheinbund (z. B. von Preussen, Oesterreich etc.) nicht gehörenden ehemahligen Reichsstand zu Lehn besaß, sind durch die Rheinbundesacte nicht erloschen, sondern in *Vorderlehen* verwandelt ⁽⁶⁾ worden, welches auch in Hinsicht derjenigen *Reichsafterlehen* der Fall ist, welche während des Reichsverbandes, von jetzt als Standesherrn untergeordneten, ehemahligen reichständischen Landesherren, an nachher zu dem rheinischen Bund *nicht* gehörige Staaten, oder an solche Reichsunmittelbare, welche rheinischen Bundesfürsten untergeordnet worden, oder an ehemahlige Reichsmittelbare verliehen worden waren ⁽⁷⁾.

Die durch die Auflösung des teutschen Reiches in der Lehnverfassung bewirkten Veränderungen

⁽⁴⁾ Klüber ebendas. §. 440. — Ueber die neuern, in den teutschen Staaten nach Auflösung der Reichsverbinding, hinsichtlich des Lehninstituts erschienenen gesetzlichen Bestimmungen, vergl. Klüber a. a. O. §. 441. Nota a.

⁽⁵⁾ Schriften hierüber bei Klüber a. a. O. §. 443. Nota a.

⁽⁶⁾ Mosers Tract. über die Lehnverfassung, 418 flgde. und 420. und Klüber a. a. O. §. 444. Nota a.

⁽⁷⁾ Klübers öffentl. Recht §. 444. und Nota b, c. und d.

haben so wenig die vormahligen reichslehnbaren Successionsrechte, Successions - Ordnungen, Mitbelehnschaften, Eventual - Belehnungen, Anwartschaften und Erbverbrüderungen als Privatrechte anderer Art vernichten können⁽⁸⁾. In Hinsicht der *Territorial - Lehen* bestehen alle bisherige *inländische Territorial - Lehnverbindungen* fort, bei welchen schon früher den jetzigen Bundesfürsten die Lehnherrlichkeit zustand, ohne eine Veränderung in der Person des Lehnherrn und seiner desfallsigen Gerechtsame. In Betreff der *auswärtigen Lehnverbindungen* (*feuda extra curtem*) ist in Absicht der *inländischen Privatbesitzungen*⁽⁹⁾ zu bemerken, daß solche von mehreren rheinischen Bundesfürsten⁽¹⁰⁾, gestützt auf den Artikel 34. der Rheinbundesacte, für *aufgehoben*, und auf diejenigen Bundesfürsten *übergegangen* betrachtet worden sind, in deren Staatsgebieten sich solche befanden, und es kann daher, *wenn* man die Rheinbundesacte für ein gültig ertheiltes⁽¹¹⁾ und selbst durch die Auflösung des

(8) Die Gründe vergl. oben Abtheil. I. Kap. I. §. 6., Dresch öffentl. Recht etc. §. 18. und 19., Klüber öffentl. Recht §. 52. und 445. — Auch aus der Wiener Schlufsacte von 1815. ergibt sich solches, vergl. z. B. Artik. 16. das., ferner *meine staatsrechtlichen Erörterungen* (Ilmenau 1823.) Seite 41. und Winkopps rheinische Conföderationsacte (Frankf. 1808.) S. 178 bis 188.

(9) Schriften s. bei Klüber a. a. O. §. 446, Nota a.

(10) Die desfallsigen landesherrlichen Edicte etc. in den einzelnen teutschen Staaten, vergl. bei Klüber a. a. O. §. 446. Nota b, c. und f.

(11) Vergl. oben Abth. I. d. Kap. I. §. 2., 3., 4. und 5., und Klüber a. a. O. §. 446. Nota d., über die vertragsweise Aufhebung s. Klüber im angef. §. Nota g.

Rheinbundes nicht unwirksam gewordenes Gesetz halten kann, eine *Consolidation* des Lehns von Seiten des früheren Lehnherren, bei einer künftigen Eröffnung des Lehns, nicht statt finden ⁽¹²⁾. Auch die Lehnverbindungen zwischen den *rheinischen Bundesfürsten* selbst wurden für aufgelöst erachtet ⁽¹³⁾, so wie die Lehnherrlichkeit jetziger Standesherrn ⁽¹⁴⁾ über souveraine Bundesfürsten.

Während der Rheinbundes-Periode wurden in mehreren Staaten *Territorial-* und *Privatlehen* allodificirt ⁽¹⁵⁾, welche Verwandlungen späterhin theils anerkannt ⁽¹⁶⁾, theils für nichtig erklärt worden sind ⁽¹⁷⁾. Uebrigens sind auch in der neuern Zeitperiode neue Staatslehen entstanden ⁽¹⁸⁾. Die Lehnverbindung *inländischer Privatlehen* mit *auswärtigen* Lehnherren ist nur beym Vorhandenseyn ausdrücklicher Gesetze ⁽¹⁹⁾ für unzulässig zu halten, welches auch hinsichtlich *inländischer* Lehnherren der Fall ist ⁽²⁰⁾. Zu dieser Classe muß man jetzt auch die noch bestehenden *inländischen Activ-Lehen* *inländischer Standes- und Patrimonialherren*

(12) Klüber a. a. O. §. 446. Nota c. — Ueber die entgegengesetzten Grundsätze anderer Bundesstaaten, s. Not. d. das.

(13) Klüber ebendas. im angef. §. Nota e.

(14) Klüber im angef. §. Nota f.

(15) Klüber a. a. O. §. 447. Nota a. und 448.

(16) Klüber im angef. §. 447. Nota b.

(17) Klüber Nota c. ebendas.

(18) Klüber Nota d. ebendas. — Ob *auswärtige Souveraine Vasallen* seyn können — oder ihnen ein Lehnbesitz zu gestatten sey? s. ebendas. §. 447. Nota e. und f.

(19) Klüber ebendas. §. 448.

(20) Klüber ebendas. §. 448. Nota a.

zählen ⁽²¹⁾, die, wenn sie früherhin Reichsafterlehen oder Territoriallehen waren, nummehr die Eigenschaft von Privatlehen angenommen haben ⁽²²⁾.

In Betreff solcher Privat-Passivlehen, die während des teutschen Reichsverbandes ein jetziger Bundesfürst *von eigenen Unterthanen* empfangen hat, ward in dem Königreich Baiern, den zeitherigen Lehennormen zuwider, der Grundsatz aufgestellt: daß kein rheinischer Bundes-Souverain fortan *Vassall eigener Unterthanen* seyn könne, sondern daß alle dergleichen Lehen für allodificirt zu erachten wären; obgleich *gegen Entschädigung der Lehenherren*, so weit sie dadurch an *wirklichen Einkünften* verlieren würden ⁽²³⁾.

(21) Klüber a. a. O. §. 448. Nota b. und c.

(22) Klüber ebendas. §. 448. Nota d. Die kaiserlich-französischen Schenkungs- und Majorat-Dotationsgüter und Renten wurden fast sämmtlich durch einen geheimen Artikel des Pariser Friedens von 1814. vernichtet. Vergl. Klüber a. a. O. §. 447. nebst den Noten g. und h. das.

(23) Klüber ebendas. §. 449. Nota a.

XIV. K a p i t e l.

Das Wehr - und Waffenrecht.

Jeder teutsche Bundesstaat besitzt das *Wehr - und Waffenrecht* zu dem nöthigen Schutz im Innern, so wie gegen auswärtige feindliche Mächte ⁽¹⁾. Hiermit ist zugleich auch das Recht zur *Kriegsgesetzgebung* und *Kriegspolizei* verbunden. Durch die teutsche Bundesvereinigung sind unter den teutschen Bundesstaaten gemeinschaftliche, vertragsmässige Grundsätze über das *Vertheidigungs-System* ⁽²⁾ aufgestellt worden, wobei zugleich die matrikelmässige Beihülfe jeder Art zu einem gemeinschaftlichen Operationsplan gegen auswärtige feindliche Mächte genau bestimmt worden ist.

Die Wehrmannschaft besteht in dem ordentlichen *Kriegsheer*, der *Landwehr* ⁽³⁾, dem *Landsturm*, der *Lehnwehr* und der allgemeinen

⁽¹⁾ Klübers öffentl. Recht etc. §. 450.

⁽²⁾ Klüber a. a. O. §. 153. flgde.

⁽³⁾ Klüber a. a. O. §. 451.

Volkswehr ⁽⁴⁾, welche letztern Gattungen doch nur für den äußersten Nothfall bestimmt sind. Der *Kriegsdienst* ist seit der Auflösung der teutschen Reichsverfassung eine *allgemeine bürgerliche Verpflichtung* geworden, welcher sich, außer in den Fällen, wo durch die Gesetze *besondere Ausnahmen* begründet worden sind, *kein wehrfähiger Mann entziehen darf*. Die Aufbringung des Kriegsheeres wird daher bewirkt 1) durch *gesetzliche Aushebung*, 2) durch *Annahme Freiwilliger* ⁽⁵⁾. Ein jeder deutscher Bundesstaat ist zur Ausschreibung ordentlicher und außerordentlicher Auflagen, zum Zweck des Wehr- und Waffenrechts, und zur Erfüllung der dahin abzielenden bundesmäßigen Verpflichtungen berechtigt ⁽⁶⁾. Da sich in Betracht dieser bundesmäßigen Obliegenheiten die teutschen Bundesstaaten zu einer gegenseitigen Beschützung gegen innere und auswärtige feindliche Anfälle verpflichtet haben: so haben wir schon oben ⁽⁷⁾ der Frage erwähnt „*wer bei einem Bundeskriege den Abgang des Contingents während des Krieges zu ersetzen habe, ob der einzelne Staat, der den Verlust erlitten habe, oder der gesammte teutsche Bund?*“ Hier haben wir nun noch einer ähnlichen Frage zu gedenken: „*Wer nämlich das Contingent eines oder mehrerer einzelner Bundesstaaten, unter gleicher Voraussetzung, dann zu unterhalten und mit der nöthigen Armatur zu versehen habe, wenn solche*

⁽⁴⁾ Klüber ebendas. §. 452.

⁽⁵⁾ Klüber ebendas. §. 453.

⁽⁶⁾ Klüber ebendas. §. 454.

⁽⁷⁾ Vergl. oben Kapit. VI. §. 3.

Bundesstaaten entweder gänzlich oder zum Theil von feindlichen Mächten besetzt sind, so daß sie sich zur Erfüllung ihrer desfallsigen Verpflichtungen außer Stand gesetzt sehen? Und wer ferner den Ersatz für dergleichen provisorische Unterhaltungen nach geschlossenem Frieden zu leisten habe?" Diese so eben genannten beiden Fragen sind ein Gegenstand der bundesmässigen Berathungen geworden. Der großherzogl. badnische Staat hatte nämlich in einer vertraulichen Sitzung vom 17. August 1820, die Frage aufgestellt: „Wer diejenigen Bundes-Contingente sowohl mit dem nöthigen Sold als auch mit den sonstigen Bedürfnissen aller Art während der Zeitperiode auszustatten habe, wo deren Staaten vom Feinde besetzt und occupirt worden sind?" Baden äusserte hierbey die Meinung, daß, nach Recht und Billigkeit, in dem angedeuteten Falle die Bundes-Operationskasse zur Bezahlung und Verpflegung solcher Contingente angestrengt werden müsse, damit nicht, was im entgegengesetzten Falle eintreten dürfte, einzelne Auflösungen erfolgten, die für das Allgemeine von den nachtheiligsten Folgen seyn könnten. Dieser Berathungsgegenstand hatte sich einer Aufnahme von dem Bundestagsausschusse in Militairsachen in der 23. Sitzung 1820 zu erfreuen, und ist auf eine von dem Großherzogthum Baden erfolgte Erinnerung wieder zur Sprache und Begutachtung gebracht worden⁽⁸⁾. Nach unserm unvor-

⁽⁸⁾ Vergl die Separatprotocolle vom 28. März, 27. Juni, 4. Jul. und 5. Decbr. 1822; Separatprotocolle vom 6. Febr. 1823, desgleichen vom 13. Febr., vom 13. März, 24. April, vom 12. Jun. und vom 12. Julius desselben Jahres.

greiflichen Dafürhalten müssen bei Entscheidung dieser Fragen *dieselben* Gründe des Rechts, der Billigkeit und der Politik zum Grunde gelegt werden, nach welchen wir die wegen der Ersatzmannschaft aufgeworfene ähnliche Frage beurtheilt haben (⁹). Wenn mithin ein Staat ohnehin schon dadurch über die Gebühr angestrengt wird, daß dessen Lande von dem Feinde occupirt und vielleicht noch dazu gebrandschatzt oder geplündert werden, so kann man ihm um so weniger zumuthen, daß er — zumahl wenn der Krieg nicht durch ihn veranlaßt worden ist (welcher Fall sich vorzüglich bei den nicht an der Grenze *auswärtiger* Staaten liegenden Bundesgebieten zweiter und dritter Classe niemahls zutragen wird) — auch noch während seines feindlich besetzten Gebietes sein für das *Allgemeine* gestelltes Bundes-Contingent auf einem fremden Kampfplatze fort erhalten soll, während vielleicht sein Staat unoccupirt geblieben wäre, wenn er solches zum *eigenen* Schutz hätte verwenden können! Ein Fall, der bei den bedeutenden Contingenten der größeren Mächte vorzüglich zu berücksichtigen seyn möchte. Hält also der teutsche Bund die Auflösung der Contingente solcher occupirten Staaten für gefährlich: so dürfte auch nur, den angeführten Gründen zufolge, deren Forterhaltung dem *gesammten Bundesvereine* zur Last fallen können, indem eine desfallsige *Wiedererstattung* nach abgeschlossenem Frieden sich nur in folgenden beiden Fällen rechtlich rechtfertigen lassen dürfte: 1) wenn die feindliche Occupation denjenigen teutschen Staat betroffen hat, *durch dessen Schuld* der Krieg veran-

(⁹) Vergl. die in der Anmerk. 7. dieses Kap. angef. Stelle.

last worden ist, oder wenn 2) ein solcher occupirt gewesener Staat in dem später abgeschlossenen Frieden für alle (*durch die Occupation seines gänzlichen Staatsgebietes oder einzelner Theile desselben*) erduldeten Kriegscalamitäten *vollständig entschädigt* worden ist. Wo aber nicht einer von diesen beiden Fällen eintritt, da kann auch, nach rechtlichen Grundsätzen, einem occupirten Staate nicht die erwähnte Last aufgebürdet werden, selbst wenn er die *unschuldige Veranlassung* zum Krieg gewesen seyn würde.

Dafs das teutsche Wehr- und Waffenrecht bei den kleinern teutschen Staaten nur in Beziehung auf deren desfallsige Bundesverpflichtungen von besonderer Wichtigkeit seyn könne, dieses ergiebt sich schon aus der besonderen Gestaltung dieser Staaten und aus deren Stellung im europäischen Staatensystem, und schon jetzt scheint man in dergleichen Staaten die Schwere der ihnen auferlegten Bundesverpflichtungen zu fühlen, wo man erst im Begriff steht, die Bundescontingente auf die vorgeschriebene Weise zu organisiren ⁽¹⁰⁾. Bei der Bundestags-Versammlung hat übrigens hinsichtlich der Regulirung der Militairverhältnisse und der Organisation der verschiedenen Armeecorps eine ungemeine Thätigkeit statt gefunden ⁽¹¹⁾.

(10) Man vergl. das Register der Bundestags-Verhandlungen von 1822. Artikel „*Contingent-Stellung verschiedener Bundesstaaten*“ unter der Rubrik „*Militairverhältnisse des teutschen Bundes*“ und die daselbst angeführten Reclamationen der verschiedenen einzelnen Bundesstaaten.

(11) Vergl. die 1. Sitzung von 1822. §. 11., 12., 13., 6te Sitzung §. 51., Separatprot. vom 28. März 1822, Separat-

prot. vom 25. April 1822, desgl. das Separatprot. vom 10. Jun. 1822. Ferner über den Stand der, der Militaircommission der teutschen Bundesversammlung, übertragenen Geschäfte die 24. Sitzung von 1822. §. 184. über die Annahme der fünf letzten Abschnitte der Grundzüge der Militairverfassung des teutschen Bundes §. 193. der 24. Sitz. von 1822. (vergl. die 17. Sitz. §. 102., und 30. Sitz. §. 224. von J. 1821.), den Commissionsbericht des Bundesausschusses in Militairsachen über die 2. Abth. der Grundzüge des teutschen Bundes. Separatprot. als Beilage zu §. 193. der 24. Sitz. von 1822, Zusammenstellung der von den verschiedenen Bundestags-Gesandtschaften zur zweiten Abtheilung der Grundzüge gemachten Bemerkungen Nr. 25. Nähere Bestimmungen der Kriegsverfassung des teutschen Bundes 2. Abth. (Loco dictaturae) Nr. 26.

XV. K a p i t e l.

Das äusserste Recht und die Einschränkungen der Staatsgewalt.

Das Recht einer jeden Staatsgewalt ist durch die Staatszwecke bedingt, so daß mithin eine jede Handlung, welche hiermit unvereinbarlich erscheint, gesetzwidrig ist ⁽¹⁾. Die durch die Staatszwecke bedingten und durch die Staatesgrundgesetze ausgesprochenen Staatsberechtigungen und Verpflichtungen dürfen daher nur dann eine Abänderung erleiden, wenn solches besondere, eintretende Gründe erfordern. Das Recht des Staates, die Grenzen seiner Gewalt in solchen besonderen oder ausnahmsweisen Fällen überschreiten zu dürfen, nennt man *das äusserste Recht des Staates*. Man nimmt an, daß dieses Recht dann seine Anwendung finde, wenn ein *evidenter, dringender Nothfall* vorhanden oder eingetreten sey, wo eine *unvermeidliche Collision* zwischen *Gemeinwohl* und *Privatwohl* vorliege. In diesem Fall soll das *Privatwohl* dem *gemeinen Wohl* weichen, und man legt sodann der Staatsgewalt das

(1) Klübers öffentl. Recht etc. §. 455.

Recht bei, im Fall die Berechtigten ihre Einwilligung versagen würden, selbst auf Kosten der *Persönlichkeit* und des *Eigenthums Einzelner*, dieses *äußerste Recht der Staatsgewalt* eintreten zu lassen ⁽²⁾. Die Ausübung eines solchen *Nothrechts* darf aber nicht ohne die *vorhergegangene strengste Prüfung* Platz greifen, und muß mit der *möglichsten Schonung* erfolgen. *Convenienzen* oder bloße staatswirthschaftliche Vorthelle berechtigen so wenig hierzu, als eine sogenannte *Beglückungsgewalt* oder *Privatinteressen* ⁽³⁾. Nur bei *unvermeidlichen Nothfällen* finden also *Machtsprüche* statt, die der Regent *unmittelbar* oder *durch andere*, mittelst hierzu *ertheilter Spezial-Befehle*, mit Uebergewalt der gewöhnlichen Entscheidungsquellen und Kompetenz, ertheilen kann ⁽⁴⁾.

Außer dem durch die Staatszwecke beschränkten Recht der Staatsgewalt können auch noch andere Beschränkungen für sie vorhanden, und, in Beziehung auf die deutschen einzelnen Staaten, nicht nur durch die deutschen Bundesgesetze, sondern auch durch besondere Staatsverträge mit einzelnen deutschen oder anderen auswärtigen Staaten, so wie durch die *inneren Landesgrundgesetze* begründet worden seyn.

⁽²⁾ Klüber a. a. O. §. 456.

⁽³⁾ Klüber ebendas. §. 457.

⁽⁴⁾ Klüber ebendas. §. 458. — Ueber die Verschiedenheit der eigentlichen Machtsprüche von andern *ungewöhnlichen* Verfahrensarten, vergl. ebendas. Nr. II.

XVI. K a p i t e l.

Ueber die äusseren Staatshoheits-, Gesandtschafts-, Friedens- und Bündnissrechte.

Ein jeder unabhängige Staat besitzt alle durch die äussere Staatshoheit begründeten Rechte. Auf diese haben nun ebenfalls die einzelnen teutschen Staaten, in ihren Verhältnissen nach Aussen, insoweit Anspruch zu machen, als ihnen nicht durch die Gesetze des teutschen Bundes ⁽¹⁾ desfallsige Beschränkungen entgegen stehen. Zu diesen Rechten gehört 1) das *Gesandtschaftsrecht* ⁽²⁾. 2) Das *Kriegsrecht* ⁽³⁾, vermöge dessen sie die Berechtigungen ihrer Staaten durch *Repressalien* ⁽⁴⁾ und nöthigenfalls durch Krieg, und zwar in Betreff des letztern als Hauptkrieg führende Theile, oder nur als Alliirte, geltend machen können. 3) Das Recht, *Durchmär-*

⁽¹⁾ Vergl. Klübers öffentl. Recht §. 159 bis 161. und 163.,
Wiener Schlufsacte Artik 35. flgde.

⁽²⁾ Klüber ebendas. §. 461.

⁽³⁾ Klüber ebendas. §. 462.

⁽⁴⁾ Klüber ebendas. §. 462. Nota a.

sche ⁽⁵⁾ fremder Truppen durch das Staatsgebiet zu gestatten, oder zu verweigern. 4) Das Recht der *Neutralität* ⁽⁶⁾.

Das Recht, mit auswärtigen Staaten Verträge abzuschliessen, es mögen solches Kriegs-, Friedens-, Bündniss-, Allianz-, Subsidien-, Handels-Polizei oder andere Verträge seyn, steht auch jedem deutschen Bundesstaat insofern zu, als er nicht durch die deutschen Bundesgesetze, durch collidirende frühere Staatsverträge, durch die innern Staatsgrundverträge, durch die seinen Unterthanen oder sonstigen Privaten zustehenden Berechtigungen, so wie überhaupt durch die Staatszwecke gewisse Beschränkungen anerkennen muss ⁽⁷⁾.

(5) Klüber a. a. O. §. 462. Nota o.

(6) Klüber ebendas. §. 462. Nota d., und Wiener Schlufs-acte von 1820. Artikel 45 bis 47.

(7) Die Schriften hierüber bei Klüber a. a. O. §. 463. Nota a, b, c, d. und f.

XVII. K a p i t e l.

S t a a t s - S e r v i t u t e n .

Eine *Staatsservitut* ist ein Recht eines Staates, vermöge dessen er die Freiheit oder Rechte eines andern Staates innerhalb dessen Staatsgebietes beschränken darf. Je nachdem ein Staat eine solche Servitut ausüben oder gestatten muß, heißt sie eine *active* oder *passive Staats-Servitut* ⁽¹⁾. In Beziehung auf das deutsche Bundesverhältniß können dergleichen Servituten *Bundes-* oder *Territorial-Servituten* ⁽²⁾ seyn. Eine jede *Staats-Servitut* setzt nothwendig voraus: 1) zwei oder mehrere unabhängige Staaten ⁽³⁾, 2) die *Unabhängigkeit* des berechtigten Staates hinsichtlich der Servitut-Befugniß, von dem mit einer Servitut belasteten Staat ⁽⁴⁾. 3) Eine *dingliche* Natur der Servitut. 4) *Hoheitsrechte*. Denn wenn gleich auch Privatrechte, z. B. Zinserhebung etc., den

(1) Klübers öffentl. Recht §. 464., Schriften hierüber Nota a. das.; über den Unterschied zwischen öffentl. Servituten und staatsrechtlichen im engern Sinn, Nota b. daselbst.

(2) Klüber ebendas. §. 465.

(3) Klüber a. a. O. §. 466. Nota b.

(4) Klüber ebendas. §. 466. Nota a.

Gegenstand einer Staats-Servitut bilden können, so müssen solche doch mit dem Hoheitsrecht hierüber verbunden seyn (⁵). 6) Rechte hingegen und Befreiungen, welche auswärtigen oder inländischen Unterthanen vermöge des daselbst statt findenden Staatsrechtes zustehen, sind keine Staats-Servituten (⁶).

Da eine jede Servitut eine Beschränkung der Freiheit eines andern enthält, so bildet sie eine Ausnahme von der Regel(⁷), und muß daher nicht weniger auf einen *besonderen Rechtstitel* (⁸) gegründet seyn, als auch einer einschränkenden Rechtsauslegung unterliegen(⁹). Die Fortdauer derselben wird durch die Zeit, für die sie errichtet worden ist, und durch die *Zweckerreichung* bedingt; doch erreicht sie auch ihre Endschaft durch aufhebende Verträge, durch den Untergang der Sache und endlich durch *Consolidation* (¹⁰).

(⁵) Klüber im angef. §. Nota c, d. und e.

(⁶) Klüber im angef. §. Nota f.

(⁷) Klüber ebendas. §. 467. Nota b.

(⁸) Klüber ebendas. §. 467. Nota a.

(⁹) Klüber ebendas. §. 467. Nota c.

(¹⁰) Klüber a. a. O. §. 467. und Nota d, e. und f. das.

E r f u r t 1 8 2 4.

Gedruckt bei Johann Immanuel Uckermann.

Verbesserungen in der Abtheilung II.

Seite 18. Zeile 10. von oben, setze man nach dem Wort Reichs-
gerichten das Wort „dem“ hinzu.

— 45. — 10. von oben, lese statt „die aber Regenten“
— „welche die Regenten.“

— 72. — 6. von oben, lese man statt „hätten nutzbar
seyn müssen“ — (unter Wegstreichung des
Worts „hätten“) nutzbar seyn mußten.

— 87. — 1. von unten, lese statt „welche“ „und.“

— 91. — 3. von unten (im Text) statt „wurde“, lese man
„werde.“

— 93. — 1. von unten (im Text), lese statt „der“ „den
privilegirten“ etc.

— 94. — 1. von oben, lese statt eximirte „eximirten.“

— 174. — 1. von oben, lese statt „Erneuerung“ „Ernen-
nung.“

Brunquell, Joseph Friedrich August,

Staatsrecht des Teutschen Bundes und der Bundesstaaten ein Beitrag zu den
Schriften von Klüber und Dresch

Bd.: 2

Erfurt 1824

J.publ.g. 117 h-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10558719-2